

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

Pol 1000 - Masterarbeit

Erstgutachterin: Prof. Dr. Marion Reiser

Zweitgutachter: Dr. Jörg Hebenstreit

Masterarbeit

*Übergangen, Verdrossen, Reaktionär –
eine Mehrebenen-Analyse der Wahl der AfD
anhand von individuellen Merkmalen und
Kontextfaktoren*

Stephan Fuhrmann

Politikwissenschaft, M.A.,

Tag der Abgabe: 27.04.2023

Abstract

Die Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit, die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen, beeinflussen, wurden in der Politikwissenschaft, Soziologie, VWL und Geographie ausführlich untersucht. Die Arbeit verbindet diese verschiedenen theoretischen Zugänge durch die Kombination von Aggregat- und Individual-Daten und füllt dabei eine Lücke in der Forschung zur AfD. Anhand des *ALLBUS 2018* und Daten der *INKAR* wird mit Hilfe von Mixed-Effects-Regressionen als Folge einer ökonomischen Modernisierung das Gefühl einer individuellen Benachteiligung durch unter anderem eine räumliche Abgehängtheit in den Mittelpunkt der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien gerückt.

Es zeigt sich, dass diese subjektive Deprivation, ausgelöst durch einen niedrigen sozio-ökonomischen Status des Individuums und eine schwächere wirtschaftliche Lage sowie einer schlechten Zukunftsperspektive der Wohnregion, politische Einstellungen verstärkt, die die Wahl der AfD wahrscheinlicher machen. Dazu zählen wirtschaftlicher Nativismus, Populismus sowie die externe political Efficacy. Ebenso erhöht ein Cultural Backlash die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD. Effekte des Cultural Backlash werden hierbei durch einen hohen durchschnittlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund verringert, während eine Zunahme von Personen mit Migrationshintergrund die Effekte verstärkt. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen, welche unter einer mangelnden Zukunftsperspektive leiden, von elementarer Bedeutung ist, um wachsenden Zuspruch demokratiefeindlicher Parteien Einhalt zu gebieten.

Keywords

Alternative für Deutschland (AfD); Modernisierungsverlierer; Sozioökonomischer Status; Deprivation; Wirtschaftliche Deprivation; Wirtschaftliche Entwicklung; Abgehängte Regionen; Wirtschaftliche Geschichte; Wirtschaftlicher Abstieg; Globalisierung; Cultural Backlash; Fremdenfeindlichkeit; Nativismus; Kulturelle Bedrohung; Migration; Wirtschaftlicher Nativismus; Populismus; Political Efficacy; Politikverdrossenheit; Rechtsextremismus; Rechtspopulismus; Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2018; INKAR; Interaktionseffekt; Multi-Level; Mixed-Effects

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	v
Tabellenverzeichnis.....	vi
Abbildungsverzeichnis	vii
Einleitung: Wait, it's all the economy, stupid?	1
Theorie und Forschungsstand.....	4
Kulturelle Erklärungsansätze.....	4
Cultural Backlash.....	4
Immigrationsanteile und Nativismus	10
Modernisierung und subjektive Deprivation	15
Abgehängte Menschen?	16
...oder abgehängte Regionen?	21
Folgen von subjektiver Deprivation	33
Politische Unterstützung, Efficacy und Populismus	33
Wirtschaftlicher Nativismus	42
Theoretisches Modell	48
Ausbildung der Deprivation.....	48
Einstellungen durch Deprivation	52
Cultural Backlash.....	53
Methode/ Daten/ Operationalisierung	55
Methode.....	55
Daten.....	55
Operationalisierung	57
Individualebene.....	57
Wahlkreisfaktoren.....	60
Analyse.....	65
Hypothese 1 – Entwicklung der Deprivation.....	65
Hypothese 2 – Deprivation und AfD-Wahl	71

Hypothese 3 – Deprivation und politische Einstellungen.....	78
Hypothese 4 – politische Einstellungen und AfD-Wahl.....	80
Hypothese 5 – Ausländeranteile im Wahlkreis und Cultural Backlash.....	83
Hypothese 6 – Cultural Backlash und AfD-Wahl.....	83
Gesamtmodell der AfD-Wahl.....	85
Zusammenfassung.....	92
Fazit: Always has been.....	94
Literatur.....	97
Anhang.....	111
Eigenständigkeitserklärung.....	146

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AIC	Akaike information criterion
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
BIC	Bayesian information criterion
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
EV	Eigenvalue
FDP	Freie Demokratische Partei
GLES	German Longitudinal Election Studies
IC/ICE/EC	Intercity/ Intercity-Express/ Eurocity
INKAR	Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung
Inter.	Interaktion
M-Mischtyp	Materieller-Mischtyp
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NUTS2	Nomenclature des unités territoriales statistiques (dt. Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PiS	Prawo i Sprawiedliwość (dt. Recht und Gerechtigkeit)
PKW	Personenkraftwagen
PM-Mischtyp,	Postmaterieller-Mischtyp
Sek. Sektor	Sekundärer Sektor
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
Subj. Deprivation	Subjektive Deprivation
WK	Wahlkreis

Tabellenverzeichnis

Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 1.	66
Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1.	68
Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 2.	72
Regression mit Hauptkomponenten zur Hypothesen 2, 4 und das Gesamtmodell..	76
Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 4..	81
Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 6..	84
Regression mit Variablen & Indizes zum Gesamtmodell.	86
Indikatoren der Literatur zu Kontextfaktoren	111
Indikatoren der Literatur zu individuellen Merkmalen und ihre Äquivalente im ALLBUS 2018	112
Thematisch einschlägige INKAR-Indikatoren.....	114
Operationalisierung der Wahlkreisfaktoren	117
Hauptkomponenten der Wahlkreisfaktoren.	121
Operationalisierung der individuellen Einstellungen und Merkmale	122
Hauptkomponenten der individuellen Merkmale.....	130
Korrelationen der Indexe und Variablen auf Wahlkreisebene.	132
Korrelationen der Hauptkomponenten auf Wahlkreisebene	133
Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegtheit und Zukunftsperspektive.	134
Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1. Robustness-Tabelle der Komponenten zur wirtschaftlichen Leistung..	135
Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 2. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegtheit und Zukunftsperspektive	136
Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 2. Robustness-Tabelle der Komponenten zur wirtschaftlichen Leistung.	137
Regression mit Hauptkomponenten zum Gesamtmodell. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegtheit und Zukunftsperspektive.	138
Regression mit Hauptkomponenten zum Gesamtmodell. Robustness-Tabelle der Komponenten der wirtschaftlichen Leistung.	140
Ergebnisse Pfadmodell.	142

Abbildungsverzeichnis

Theoretisches Modell.....	49
Theoretisches Modell mit beispielhafter Operationalisierung.....	50
Ergebnisse Pfadmodell.....	79

Einleitung: Wait, it's all the economy, stupid?¹

„It's the economy, stupid!“ – Mehr als drei Jahrzehnte sind mittlerweile seit der Aussage von Bill Clintons Kampagnenstrategen James Carville im Jahr 1992 vergangen. Dennoch werden sie und die verschiedensten Adaptionen als Titel von unzähligen Fachzeitschriften noch weiterverwendet; ihre Relevanz wird diskutiert. Auch diese Arbeit, welche die Wahrscheinlichkeit für die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD)² untersucht, reiht sich in diese „Tradition“ der Politikwissenschaft ein, nach welcher ökonomische Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Einkommensungleichheit und wirtschaftliche Benachteiligung als zentrale Erklärung für politische Phänomene wie politische Einstellungen oder Wahlverhalten genutzt werden. Doch bezieht sich diese Arbeit dabei nicht nur auf die Politikwissenschaft: Ebenso die Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Geographie versucht aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien zu erklären. In dem Kontext sind Theorien entstanden, welche aus Modernisierungsprozessen entstandene, langfristige ökonomische Abstiege der Wohnregion gepaart mit einer Nostalgie für den wirtschaftlichen Erfolg in der Vergangenheit als Ursache sehen (Greve et al. 2021). In diesen *left-behind Places* ist oftmals die lokale Versorgungslage schlecht, ein Gefühl der Benachteiligung und des *Verlassenwordenseins* entsteht, was Menschen zur AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa treibt (Fröhlich et al. 2022; Hillje 2018). Ebenso werden politische Einstellungsmuster hinzugezogen: Nativismus und eine soziale Konservativität im Zuge eines *Cultural Backlash* (Norris/Inglehart 2019) sowie im Zuge sich verändernder Anteile von Personen mit Migrationshintergrund (Kaufmann/Harris 2015), eine politische Unzufriedenheit oder populistische Einstellungen (Geurkink et al. 2020; Schmitt-Beck et al. 2017). Dabei wurden teilweise die Theorien auf kultureller Ebene mit denen auf ökonomischer Ebene in Konkurrenz gesetzt, welche Theorierichtung nun das Wahlverhalten besser erklärt oder welche nicht einschlägig ist (Inglehart/Norris 2016; Lengfeld 2017; Lux 2018).

¹ Die Titel der Einleitung und Fazit referenzieren das auf Social-Media-Plattformen bekannte Meme „Wait, It's all Ohio? Always has been“, welches zwei Astronauten im Weltraum zeigt. In dieser erschießt ein Astronaut den anderen, weil dieser eine im Meme reale Wahrheit realisiert hat, die durch eine Verschwörung geheim gehalten wird. Es spielt demnach auf den „Konflikt“ zwischen den Theorien an, welche entweder kulturelle oder ökonomische Gründe als Ursache des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien sehen (Norris/Inglehart 2019, Schröder 2018).

² Zwar wurde kurz nach der Gründung 2013 eine Einstufung der AfD als rechtspopulistisch in der Politikwissenschaft noch diskutiert, so wird diese mittlerweile als solche weitläufig eingestuft (Decker/Lewandowsky 2017, 32–34, Wolf 2017, 27–31).

Neuere Veröffentlichungen versuchen hingegen, diese verschiedenen Blickwinkel zusammenzubringen und dabei die räumlichen und individuellen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten zu verbinden. Einige Paper wie Kleinert (2021), Cohen (2021) oder Goerres et al. (2018) sehen eine Interaktion von individueller Deprivation (in Folge von Modernisierung) und nativistischen Einstellungen auf das Wahlverhalten; Manow/Schwander (2022) Rodríguez-Pose (2018) oder Carreras et al. (2019) führen aus, wie eine räumliche Abgehängtheit gepaart mit einem wahrgenommenen ökonomischen Konkurrenzdruck durch Immigration das Wahlverhalten zu rechtspopulistischen Parteien beeinflusst. Diese Arbeit möchte ihren Teil dazu beitragen und versucht, die verschiedenen Theorien und Erklärungsansätze zusammenzubringen und in ein Modell zu übertragen. Ziel der Untersuchung ist demnach, einen ganzheitlichen Blick auf die Gründe für die Wahl der AfD zu werfen und anstatt eines Antagonismus eine Symbiose herkömmlicher Erklärungsversuche zu erreichen. Weiterhin kombiniert diese Arbeit Aggregat- mit Individualdaten und füllt damit eine Lücke in der Forschung zur AfD.³ Die zugrundeliegende Fragestellung lautet daher: *Wie lässt sich das Wahlverhalten für die AfD ausgehend von Deprivationserfahrungen entstehend aus einer ökonomischen Benachteiligung der Wohnregion erklären? Wie beeinflusst weiterhin der Anteil von Ausländer*innen nativistische Einstellungen, die als Teil eines Cultural Backlash die Wahlentscheidung beeinflussen?*

Um diese Forschungsfragen zu beantworten, wird zunächst die Theorie des *Cultural Backlash* vorgestellt und aufbereitet, wie nativistische Einstellungen auch durch den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Wohnregion beeinflusst werden.⁴ Anschließend wird erläutert, wie im Kontext der Modernisierung sich durch eine ökonomische Benachteiligung im Wahlkreis sowie einen geringen sozioökonomischen Status bzw. eine objektive Deprivation eine subjektive Deprivation ausbilden kann. Dann folgt eine Darstellung, wie eine subjektive Deprivation Einstellungsmuster auslösen kann. Bevor die Methode der Mixed-Effects-Regression sowie die Operationalisierung anhand Daten des *ALLBUS 2018* sowie der *INKAR* besprochen werden, wird das theoretische Modell der Arbeit erklärt. Die Ergebnisse, welche im Anschluss besprochen werden, zeigen, dass eine subjektive Deprivation sowohl durch einen niedrigen sozioökonomischen Status als auch durch eine

³ Auf europäischer Ebene kombinieren unter anderem Rama/Cordero (2018) und Koeppen et al. (2020) Aggregat mit Individualdaten.

⁴ Da in späteren Kapiteln der Arbeit, beispielsweise im Teil des wirtschaftlichen Nativismus, explizit auf den Anteil von Ausländer*innen als Effekt eingegangen wird, wurde dieses Kapitel an erste Stelle gestellt, obwohl die zugehörige Forschungsfrage die zweitgenannte ist.

schwächere wirtschaftliche Stellung sowie eine schlechtere Zukunftsperspektive und größere Abgelegenheit des Wahlkreises erhöht wird. Eine subjektive Deprivation hat einen unmittelbar erhöhenden Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD. Weiterhin verstärkt sie den wirtschaftlichen-Nativismus und die populistischen Einstellungen und verringert die externe political Efficacy, was wiederum die Wahl der AfD begünstigt. Demnach wirkt die subjektive Deprivation auch indirekt via diese Einstellungen auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Die Daten zeigen außerdem, dass ein *Cultural Backlash* sich positiv auf die AfD-Wahl auswirkt. Zuletzt werden die Erkenntnisse und ihre Implikationen für den Umgang mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien diskutiert: Die Ergebnisse legen nahe, dass die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen, welche unter einer mangelnden Zukunftsperspektive leiden, von elementarer Bedeutung ist, um wachsenden Zuspruch demokratiefeindlicher Parteien Einhalt zu gebieten.

Theorie und Forschungsstand

In den folgenden Kapiteln wird der Forschungsstand zu den verschiedenen Theorien der Wahl rechtspopulistischer Parteien erörtert. Zunächst wird der rein kulturelle Ansatz des *Cultural Backlash* und die unterschiedlichen Einflüsse des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund im Wahlkreis vorgestellt. Anschließend wird dargelegt, wer von Modernisierungsprozessen betroffen ist und wie sich eine subjektive Deprivation sowohl aus der eigenen als auch aus der Betroffenheit der Wohnregion entwickeln kann. Wie sich aus der Deprivation politische Einstellungen in Form von einer politischen Entfremdung sowie wirtschaftlichem Nativismus ausbilden wird im Anschluss dargelegt. Zuletzt wird in diesem Kapitel das eigene theoretische Modell dargestellt, anhand dessen die empirische Analyse durchgeführt wird.

Kulturelle Erklärungsansätze

Die kulturellen Erklärungsansätze analysieren den Ursprung rechtspopulistischen Wahlverhaltens als Resonanz auf gesellschaftliche Veränderung: Als Gegenreaktion auf den in der Gesellschaft stattgefundenen Wertewandel bei jüngeren Generationen entwickeln sich bei älteren Generationen Wut, Ärger und neo-konservative Wertevorstellungen, die sich in der Wahl rechtspopulistischer Parteien ausdrückt (Ignazi 1992; Inglehart/Norris 2016). In diesem Kapitel wird zunächst die Theorie der *Silent Revolution* nach Inglehart (1971, 1977, 1981, 1990), welche den Wertewandel in der Gesellschaft analysiert, beschrieben. Darauf aufbauend wird der *Cultural Backlash* erläutert und wie dieser nativistische Einstellungen fördert. Das Kapitel schließt mit der Erörterung, wie diese durch einen hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bzw. einem Anstieg dessen verändert werden.

Cultural Backlash

Nach Inglehart (1990, 11) stellte sich bei jüngeren Generationen in westlichen Demokratien ab den 1960er/70er Jahren ein Wandel von Werten ein: Älteren Generationen sind materielle Werte wie eine wirtschaftliche und physische Sicherheit wichtiger, jüngere Generationen legen einen Fokus auf Selbstverwirklichung, Zugehörigkeit und Lebensqualität und somit postmaterielle Werte. Ursachen für diese Entwicklungen wären nach Inglehart (1977, 21f.) der wachsende Wohlstand sowie in der Abwesenheit von totalem Krieg, in welchem keine westliche Demokratie mehr invasiv angegriffen wurde. Materielle Bedürfnisse nach

Sicherheit und Nahrung werden erfüllt, sodass nun andere Aspekte des Lebens wie Liebe, Wertschätzung und Zugehörigkeit in den Vordergrund rücken (können). Diesen Effekt beschreibt Inglehart (1981, 881) in der *Mangelhypothese*: Basierend auf der Bedürfnishierarchie von Maslow (1954; zitiert nach Inglehart 1981, 881), in welcher Grundbedürfnisse wie Nahrung und Ruhe sowie Sicherheit die Basis bilden, reflektiert die sozioökonomische Umgebung einer Person ihre Prioritäten. Der größte Wert wird auf die Dinge gelegt, die nur knapp vorhanden sind. Nach der *Sozialisationshypothese* werden die Werteprioritäten nicht ständig verändert, sondern langfristig durch die Rahmenbedingungen während der Sozialisationsphase vor dem Erwachsenenalter geprägt (Inglehart 1981, 881). Dies führe zu substantiellen Werteunterschieden zwischen den Generationen, die auch nicht auf einen Lebenszyklus-Effekt zurückzuführen sind, nach welchem ältere Menschen „automatisch“ konservativer werden (Inglehart 1990, 83–86). Norris/Inglehart (2019, 36) bestimmen dabei vier verschiedene Generationenkohorten, welche sich in ihren Werten unterscheiden: (1) Die *Interwar*-Kohorte (geboren von 1900 – 1945); (2) die *Baby-Boomer* (1946 – 1964); (3) *Generation X* (1965 – 1979); (4) *Millennials* (ab 1980). Zu den durch den Wertewandel stärker hervorgetretenen Einstellungen zählen konkret etwa die Zustimmung zu Umweltschutz oder nicht-heterosexuellen Familienformen.

Verstärkt würde der Wertewandel durch drei Faktoren: Erstens wurde der Zugang zu Hochschulen und Universitäten erleichtert, sodass immer mehr Menschen studieren (können). Studierende sind oftmals die stärksten Befürworter*innen sozial liberaler und postmateriel-ler Einstellungen. Zweitens brach die feministische Bewegung traditionell-patriarchale Wertevorstellungen auf, konservative Bilder über Familie und Geschlechteridentitäten werden mehr und mehr aufgeweicht. Drittens führt eine Urbanisierung der Gesellschaft durch eine höhere Anzahl von Jobs in Städten zu (Im)Migration in diese. Die wachsende Diversität wirkt sich wiederum auf die Lebensweise und die Werte der dort lebenden Menschen aus (Norris/Inglehart 2019, 38f.; 89f.).

Die Veränderung der Einstellungen bei den Individuen führt auch auf einer gesellschaftlichen Ebene zu Wandel: Die Salienz von kulturellen Themen in der Politik wurde stärker, während die Wichtigkeit wirtschaftlicher Themen wie beispielsweise die Frage nach Umverteilung von materiellen Ressourcen abnahm. Die klassenbezogene politische Polarisierung, in welcher Arbeiter*innen traditionell linke Parteien wählten, wurde teilweise neutralisiert und wich einer wertebasierten (Inglehart/Norris 2017, 446–448). Ein neuer Cleavage entstand nun zwischen den neu gegründeten grünen Parteien, die als parteipolitische

Vertretung der Postmaterialist*innen gelten, sowie den rechtspopulistischen Parteien (Inglehart 1997, 243–246). Auf einer ideologischen Ebene beschreibt Ignazi (1992, 18f.), dass sich mit dem Aufkommen des Postmaterialismus auch eine Gegenposition entwickelt hat, der Neo-Konservatismus: Autorität, Patriotismus und traditionelle Familienbilder sowie Moralvorstellungen prägen dieses Weltbild. Es beinhaltet weniger Vertrauen in die Politik und ihre Akteure und ein pessimistisches Bild über die Zukunft. Stattdessen gibt es einen Fokus auf den freien Markt: Individuelle Entrepreneurships, Privatisierung des öffentlichen Sektors sowie Einsparungen im Sozialsystem sind wirtschaftliche Präferenzen (Ignazi 1992, 18f.).

Norris/Inglehart (2019, 44–49) beschreiben schließlich zwei mögliche Reaktionen, wie diejenigen, die eher sozial konservative Einstellungen vertreten, auf den gesellschaftlichen Wertewandel reagieren können: Zum einen würde nach der Theorie der Schweigespirale die Möglichkeit bestehen, dass Konservative sich selbst zensieren, um mit ihrer Meinung nicht negativ aufzufallen. Dies würde zu einem Schneeball-Effekt führen, nach welchem konservative Werte nach und nach nicht mehr geäußert werden würden. Zum anderen könnten sich jedoch Bedrohungsgefühle einstellen, wenn die konservativen Personen einen Verlust des Respekts für ihre Einstellungen wahrnehmen (Norris/Inglehart 2019, 44–49). Liberale verurteilen beispielsweise die sozial Konservativen für ihre Ideen und Wertevorstellungen als sexistisch, queerfeindlich oder rassistisch und demnach diskriminierend (Hochschild 2016, 137). Die Bedrohungsgefühle werden durch große Migrationsbewegungen verstärkt, die die (wahrgenommene) Kultur der Gesellschaft verändern: Unterschiedliche Sprachen, verschiedene Religionen und diverse Lebensstile können bei den sozial Konservativen zu dem Gefühl führen, in einer anderen Gesellschaft zu leben als in der, in welcher sie aufgewachsen sind (Norris/Inglehart 2019, 44–49). In den USA beispielsweise – beschreibt Hochschild (2016, 137) – werden bei den Menschen geprägt von Nostalgie Erinnerungen wach, wie das Leben früher, als christliche Werte und Handlungen mehr im Alltag präsenter waren, vermeintlich besser gewesen ist. Wenn die gesellschaftliche Zusammensetzung sich nun so verändert, dass der Anteil postmaterieller Werte steigt und die Bedrohungsgefühle immer größer werden, kann ein *Tipping Point* erreicht werden, nach welchem eine zuvor dominierende Gruppe erkennt, dass ihre Normen und Überzeugungen von einer neuen Mehrheit nicht mehr getragen werden und sie ihre hegemoniale Stellung verloren hat. Die sozial Konservativen fühlen sich nun wie *Fremde im eigenen Land* (Hochschild 2016); autoritär-populistische Politiker*innen nutzen diese Bedrohungsgefühle der sozial Konservativen zur politischen Mobilisierung. Klassische populistische Rhetorik, welche die Eliten, die Medien und die

Politiker*innen als für den Wertewandel schuldig labelt, spricht die von Bedrohungsgefühlen Betroffenen an (Norris/Inglehart 2019, 44–49).

Um die Theorie des *Cultural Backlash* zu untersuchen, nutzten Norris/Inglehart (2019) Daten des *European Social Survey*. Als autoritär-populistische Parteien stufen sie für Deutschland die NPD und AfD ein (Norris/Inglehart 2019, 235). Sowohl auf europäischer Ebene als auch in der Länderanalyse für Deutschland analysieren die Autor*innen, dass ältere Generationen signifikant mehr autoritär-populistische Parteien wählen (Norris/Inglehart 2019, 275–280).

Schäfer (2022) kritisiert die *Cultural Backlash* Theorie von Norris/Inglehart (2019) auf sowohl konzeptueller als auch empirischer Ebene: Konzeptionell teilen Norris/Inglehart (2019, 36) alle in der Untersuchung genannten Gesellschaften in vier Generationskohorten auf. Maßgebliche Unterschiede in der Sozialisation zwischen den gleichen Generationen in verschiedenen Ländern bedingt durch unterschiedliche politische Systeme und Kulturen werden hierbei nicht berücksichtigt. Denn nach Manow (2018) unterscheidet sich der Populismus nach Regionen bzw. Ländern in Abhängigkeit von historischen Erfahrungen sowie aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen. Eine Einteilung in diese Alterskohorten ohne eine Reflexion über die unterschiedlichen Erfahrungen und Umstände der Sozialisationen der Generationen in den verschiedenen Ländern sei demnach so nicht möglich (Schäfer 2022, 1980f.). Weiterhin zeigt Schäfer (2022) auf, dass zwischen den Generationen der Unterschied der Einstellungen nicht so stark wäre, wie Norris/Inglehart (2019) diesen beschreiben: So analysiert Schäfer (2022, 1981–1984), dass alle Alterskohorten grundsätzlich liberalen kulturellen Aussagen zustimmen und diese sich nur in der Stärke der Ausprägung unterscheiden. Der Autor argumentiert, dass die Varianz zwischen den Generationen jedoch nicht stark genug wäre, um von gravierenden Unterschieden zu reden. Zudem kritisiert er, dass in der Analyse des Wahlverhaltens der verschiedenen Generationen für autoritär-populistische Parteien Norris/Inglehart (2019, 278–287) zunächst den Einfluss des Alters auf die Wahl autoritärer und anschließend auf die Wahl populistischer Parteien untersuchten. Konzeptionell differenzierten Norris/ Inglehart (2019) bei letzterem nicht zwischen libertären und autoritäreren populistischen Parteien, was wiederum die Ergebnisse verfälschen könnte. Folglich untersuchten Norris/ Inglehart (2019) eigentlich nicht, ob ein *Cultural Backlash* zur Wahl autoritär-populistischer Parteien führte, sondern nur zu jeweils autoritären oder populistischen (Schäfer 2022, 1989). In ihrer Analyse führten Norris/Inglehart (2019, 275–279) aus, dass jüngere Kohorten mit einer viel größeren Wahrscheinlichkeit autoritäre Parteien wählen

würden. Schäfer (2022, 1987–1991) repliziert die Analyse von Norris/ Inglehart (2019) und hält weiter dagegen, dass der Unterschied im Wahlverhalten von der *Interwar*- bis zur *Millennial*-Generation nur 2,7 Punkte auf einer Skala von 100 Punkten beträgt – von einem starken Effekt könnte man bei so geringen Unterschieden nicht sprechen. Darüber hinaus wählen *Baby Boomer* weniger autoritäre Parteien als die *Generation X*, was konträr zu den theoretischen Erwartungen steht, dass jede jüngere Generation liberale Werte in sich trägt und diese auch bei Wahlen ausdrückt. Weiterhin zeigt sich in der Analyse von Norris/Inglehart (2019, 282–287), dass auch bei einer Kontrolle von autoritären Einstellungen jüngere Kohorten eher populistisch wählen. Wenn Populismus hingegen eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Wertewandel sein soll, steht auch dies im Widerspruch zur Theorie (Schäfer 2022, 1987–1991). Schäfers (2022, 1987–1991) eigene Regressionsanalyse hingegen zeigt, dass bei Einbeziehung von Kontrollvariablen die jüngste Generationskohorte, die Millennials, die höchste Wahrscheinlichkeit hat, autoritär-populistische Parteien zu wählen, während autoritäre Einstellungen keinen statistisch signifikanten Effekt haben. Schäfer (2022, 1990–1992) bilanziert, dass eine kulturelle Erklärung für den Aufstieg des Populismus gerechtfertigt ist, aber seine Ursprünge liegen nicht in Generationsunterschieden oder autoritären Einstellungen, sondern in der Ablehnung von Migration, die mit Autoritarismus verbunden ist.

Die unterschiedlichen Aspekte des *Cultural Backlash* wurden weiterhin ausführlich empirisch untersucht: Bei Schmitt-Beck et al. (2017, 292) macht ein höheres Alter die Wahl der AfD wahrscheinlicher, bei Best/Salheiser (2022, 357–361) verstärkt ein hohes Alter die autoritären Einstellungen. Die Studie von Dilling (2018, 95f.) unterstützt auf der einen Seite die These des *Cultural Backlash*, dass jüngere am unwahrscheinlichsten rechtspopulistische Parteien wählen. Auf der anderen Seite wären es vor allem die Generationen im Alter von 30 bis 44 sowie 45 bis 59, welche am wahrscheinlichsten die AfD wählen. Der Indikator für die Generation 60+ ist hingegen nicht signifikant (Dilling 2018, 95f.). Eingruppiert in Alterskohorten führt in der Analyse von Weiß et al. (2020, 53f.; 57–60) eine ältere Eingruppierung eher zur Wahl der AfD. Gleichzeitig führt bei Hinzunahme des Alters als ungruppierte Intervall-Skala ein jüngeres Alter zur AfD-Wahl. Daher folgen Weiß et al. (2020, 67) in ihrer Interpretation der Ergebnisse der Analyse von Dilling (2018), dass die mittleren Alterskohorten – also *Babyboomer* und/ oder *Generation X* – den Schwerpunkt der AfD-Wähler*innen ausmachen. Diese These haben sie jedoch nicht empirisch überprüft. Goerres et al. (2018, 257–259) hingegen fanden keinen Einfluss des Alters auf die Wahlentscheidung für die AfD.

Einen unmittelbaren Einfluss von materiellen Werten auf die Wahlentscheidung konnten weder Schmitt-Beck et al. (2017, 292) noch Weiß et al. (2020, 53f.; 57–60) feststellen. Bei Weiß et al. (2020, 53f.; 57–60) reduzieren materielle Werte sogar die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit, was sie wiederum methodisch auf den durchschnittlich höheren Anteil von materiellen Werten bei den Anhänger*innen der Unionsparteien im Vergleich zu denen der AfD zurückführen (Weiß et al. 2020, 62).

Ferner führen nach der Theorie des *Cultural Backlash* 'politisch konservative Einstellungen zur Wahl rechtspopulistischer Parteien. Konzeptionell differenziert haben Weiß et al. (2020, 41) diese zwischen nativistischen und sozialliberalen Einstellungen. Mudde (2007, 19) definiert Nativismus als Ideologie, nach welcher ein Staat nur von den Einheimischen bewohnt werden soll und nicht-einheimische Elemente diesen bedrohen. Nativistische Einstellungen im Kontext der AfD-Wahl werden im Rahmen dieser Arbeit durch Einstellungen gegenüber Immigration im Allgemeinen sowie auf die Einstellung gegenüber Geflüchteten im Speziellen operationalisiert. Sie beinhalten Aspekte zur Kultur und Religion von Immigrant*innen sowie Sorgen über eine steigende Kriminalität aufgrund von Migrationsbewegungen. Für Rippl/Seipel (2018, 240) ist die Ablehnung von Immigration das zentrale Motiv des *Cultural Backlash*. Sozialliberale Einstellungen beziehen sich auf gesellschaftlich relevante Themen, welche sich auch aufgrund des Wertewandels verändert haben, welche jedoch höchstens indirekt mit dem Themenkomplex Migration zusammenhängen, wie beispielsweise Umweltschutz, Homosexualität, Familienbilder und Geschlechterrollen.

Die Immigration von Geflüchteten nach Europa in Folge des syrischen Bürgerkriegs führte dazu, dass das Thema Migration in der Bevölkerung zeitweise das wichtigste wurde und somit sozioökonomische Themen wie Arbeitslosigkeit ablöste (Angeli/Otteni 2022, 375f.). Dieser Effekt zeigte sich auch bei den Wähler*innen der AfD: In der Langzeitanalyse von Klein et al. (2022, 218–223) wird deutlich, dass ab dem Jahr 2014 und somit ein Jahr nach Gründung der Partei das Thema Migration bei ihren Anhänger*innen eine hohe Salienz erfährt. Eine steigende Salienz führt weniger dazu, dass politische Einstellungen verändert werden, da Einstellungen gegenüber Immigration trotz politischer Schocks und Veränderungen langfristig stabil sind (Kustov et al. 2021, 1489–1492). Stattdessen werden die politischen Einstellungen durch die erhöhte Salienz nur aktiviert und bekommen eine stärkere Relevanz für die Individuen (Dennison/Geddes 2019, 116).

In zahlreichen Veröffentlichungen wurde der positive Einfluss von nativistischen Einstellungen auf die AfD-Wahlabsicht aufgezeigt: Dass eine wahrgenommene Bedrohung der

deutschen Kultur oder Gemeinschaft durch Immigration die Zuneigung zur AfD wahrscheinlicher macht, analysieren unter anderem Rippl/Seipel (2018, 240), Baron (2018, 11f.), Pickel/Yendell (2018, 233f.), Hartmann et al. (2022, 146f.), Bieber et al. (2018, 450–453) und Dilling (2018, 95–97). Der Wunsch nach einer Verschärfung der Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland erhöht die Sympathie für die AfD bei Giebler/Regel (2017, 26) und Arzheimer/Berning (2019, 7f.). Eine explizite Ablehnung von Geflüchteten hat in den Untersuchungen von Köppl-Turyrna/Grunewald (2017, 2–4), Hartmann et al. (2022, 146f.), Dilling (2018, 95–97) und Hambauer/Mays (2018, 149f.) einen Effekt. Indizes aus Variablen, welche die Ablehnung von Immigration im Allgemeinen sowie von Geflüchteten messen, führen bei Siegers/Jedinger (2021, 11) und Weiß et al. (2020, 53–69) zu einer stärkeren Sympathie für die AfD. Pesthy et al. (2021, 77) konzeptualisieren Nativismus anhand zweier Dimensionen: Inwiefern Bürger*innen das Konzept der Nation anhand von ethnischen Merkmalen definieren sowie Xenophobie, welche durch die Ablehnung von Immigration allgemein, der Präferenz der Assimilation von Immigrant*innen an die deutsche Kultur sowie der Intoleranz gegenüber dem Islam bestimmt wird. Nativistische Einstellungen erhöhen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen (Pesthy et al. 2021, 82–84)

Im Hinblick auf die sozialliberalen Einstellungen analysieren Berbuir et al. (2015, 171f.), dass AfD-Wählende vermehrt die Einstellungen vertreten, homosexuellen Paaren das Adoptionsrecht zu verweigern. Nach Dilling (2018, 95–97) verstärkt die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Ein Index aus vier Variablen zu den Themen gleichgeschlechtlicher Ehe, Umweltschutz, Schwangerschaftsabbruch sowie der Bevorzugung von Frauen bei Bewerbungen und Beförderungen bei gleicher Eignung hatte bei Weiß et al. (2020, 53–69) ebenfalls signifikanten Einfluss: Eine konservative Position auf dem Index erhöht die Tendenz die AfD zu wählen.

Immigrationsanteile und Nativismus

Die Bedrohungsgefühle des Wertewandels werden wie bereits beschrieben auch durch Migrationsbewegungen beeinflusst (Norris/Inglehart 2019, 44–49). Die Literatur hat indes zwei zum Teil gegenläufige Reaktionen festgestellt, welche nach dem Kontakt mit Zugewanderten oder Geflüchteten eintreten können: Zum einen die *Kontakttheorie* (Allport 1954), zum anderen die *Bedrohungstheorie* (siehe bspw. Jackson 1993). Erstere sagt aus, dass durch Kontakt mit Fremden Stereotype und Vorurteile abgebaut werden und sich dies auf politische Einstellungen auswirkt. Zweitere beschreibt, dass fremde Menschen als Bedrohung für

den eigenen Wohlstand oder die Kultur wahrgenommen werden können und sich daraus eine negative Einstellung gegenüber diesen entwickelt. Beide Theorien müssen jedoch nicht im Widerspruch stehen, sondern können in einer Art *Halo-Effekt* zusammengeführt werden. Dieser beschreibt das Phänomen, dass rechtspopulistische Parteien in den Gegenden erfolgreich sind, die selbst keine überdurchschnittlichen Anteile einer migrantischen Bevölkerung haben, aber in deren Nachbarorten dies der Fall ist.⁵

Nach der Kontakttheorie ist in allen Menschen eine Angst vor Anderen psychologisch verwurzelt, welche sich – wenn eine Person wenig bis gar keinen Kontakt zu Immigrant*innen oder Geflüchteten hat – in nativistischen oder rassistischen Einstellungen äußert (Jäckle 2022, 169f.). Ein Kontakt zu diesen Gruppen reduziert durch gesteigertes Wissen und größere Empathie dann jedoch mögliche Vorurteile (Barlow et al. 2012; zitiert nach Kaufmann/Harris 2015, 1564). Nach Allport (1954) werden diese Vorurteile nur abgebaut, wenn vier Bedingungen für den Kontakt gegeben sind: Beide Personen müssen sich in der Kontaktsituation auf der gleichen Ebene befinden; in der Situation müssen beide gemeinsame Ziele haben und nicht im Konflikt miteinander stehen; die Personen müssen miteinander kooperieren und es bedarf einer (politischen) Unterstützung von Autoritäten (Pettigrew/Tropp 2006, 752). Aus dem Abbau von Vorurteilen kann sich schließlich auch eine positivere Grundhaltung gegenüber Zuwanderung entwickeln; diese wiederum führt dazu, dass eine migrationsskeptische Rhetorik von rechtspopulistischen Parteien bei den Individuen weniger Anklang findet und die Wahrscheinlichkeit, für diese Parteien eine Stimme abzugeben, daher sinkt (Stecker/Debus 2019, 306f.).

Die Bedrohungstheorie beschreibt hingegen, dass die Anwesenheit von Minoritäten bei der (ethnischen) Mehrheit zu Sorgen und einem Angstgefühl führt (Kaufmann/Harris 2015, 1564). Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen prägen die Wahrnehmungen der jeweils anderen; (politische) Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber diesen werden beeinflusst (Stecker/Debus 2019, 305f.). Kellermann/Winter (2019, 4–7) differenzieren dabei zwischen einem ethnischen (*ethnic competition theory*) und einem ökonomischen Wettbewerb (*economic competition theory*), in welchem sich die beiden Gruppen befinden: Im ethnischen wird die fremde Minderheit als Bedrohung für die kulturelle Hegemonie und nationale Identität wahrgenommen (Angeli/Otteni 2022, 379–381). Gefühle von Unsicherheit

⁵ Da in dieser Arbeit zwecks mangelnder Daten nicht noch explizit der *Halo-Effekt* untersucht werden kann, wird aus Platzgründen der *Halo-Effekt* an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt. Siehe dazu jedoch Martig/Bernauer (2016, 390–394), Stecker/Debus (2019, 307f.) oder Rydgen/Ruth (2013, 718f.).

und Herausforderung entstehen, da die Sorge präsenter wird, durch die neue Kultur würde der eigene Alltag verändert werden (Schaub et al. 2021, 687f.). Auf ökonomischer Ebene steht die einheimische Bevölkerung mit den Immigrant*innen in einem Wettbewerb um knappe Ressourcen wie Jobs (für geringer Qualifizierte), Wohnraum und staatlichen Sozialleistungen (Kellermann/Winter 2019, 4).⁶ Aus dem Konflikt um Ressourcen auf sowohl kultureller als auch ökonomischer Ebene bilden sich Gruppenidentitäten, aus welchen sich schließlich die negativen Einstellungen gegenüber der Outgroup entwickeln (Dülmer/Ohr 2008, 495). Eine Bedrohung durch den Konflikt muss faktisch dabei gar nicht stattfinden, sondern alleine die subjektive Wahrnehmung, dass durch Zuwanderung ein Kampf um die Ressourcen entsteht, reicht hierbei aus (Stecker/Debus 2019, 305). Dazu gibt es außerdem die soziotropische Perspektive auf die von Immigration ausgelösten Konflikte: Die Personen, welche gegenüber Immigration Bedenken in sich tragen, sorgen sich weniger um ihre eigene persönliche Situation, sondern um den allgemeinen Zustand der Gesellschaft (Schaub et al. 2021, 711f.).

Zahlreiche Studien untersuchen, ob sich der Effekt der Kontakthypothese oder der Bedrohungstheorie empirisch bestätigt. In der Erhebung ihres Forschungsstandes von europäischen Analysen führen Angeli/Otteni (2022, 379–381) aus, dass Unterschiede in den Forschungsdesigns schlussendlich dazu führen, unterschiedliche Ergebnisse zu erhalten: So hat es erstens einen Einfluss, ob der generelle Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund oder eine Veränderung jenes Anteils untersucht wird. Dabei zeigt sich, dass ein konstanter, aber höherer Anteil von Personen mit Migrationshintergrund den Anteil von rechtspopulistischen Stimmen verringert, während ein Zuwachs diesen erhöht (Becker et al. 2017, 620–626; Kaufmann 2017, 58; siehe auch Newman/Velez 2014, 294f.; Patana 2020, 719). Diese Effekte analysieren auch Kellermann/Winter (2019, 25) und Angeli/Otteni (2022, 384f.) für Gesamtdeutschland, während die beiden Studien jedoch gegenläufige Ergebnisse in ihren jeweiligen Untersuchungen für Ost- und Westdeutschland aufzeigen: Höhere Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund verringern bei Kellermann/Winter (2019, 25) den AfD-Wahlanteil in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland; bei Angeli/Otteni (2022, 384f.) hat diese Variable in Ostdeutschland keinen Effekt, während sie in Westdeutschland das Wahlergebnis reduziert. Ein steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund

⁶ Siehe dazu das Kapitel: Wirtschaftlicher Nativismus.

führt auch bei Angeli/Otteni (2022, 384–388) zu einer höheren Unterstützung der AfD; dieser Effekt ist in Ostdeutschland dreimal so stark wie in Westdeutschland.

Zweitens hat nach Angeli/Otteni (2022, 379–381) die Größe der untersuchten Region einen Einfluss darauf, welche Theorie bestätigt wird: Wenn die Untersuchungsregionen vergleichsweise klein (unter 1.000 Bewohner*innen) oder sehr groß sind (ganze Länder), zeigen Studien einen einschlägigen Effekt der Bedrohungstheorie. Bei mittelgroßen Untersuchungseinheiten (5.000 bis 10.000 Bewohner*innen) wäre hingegen die Kontakthypothese einschlägig (Biggs/Knauss 2012, 638–642; Kaufmann/Goodwin 2018, 124f.; van Wijk et al. 2020, 7–10). Dies läge daran, dass in großen geographischen Einheiten die Salienz des Themas durch Medien beeinflusst wird, während in kleineren Einheiten dies durch den direkten Kontakt geschieht (Angeli/Otteni 2022, 379–381). Weiterhin führt nach der Meta-Analyse von Kaufmann/Harris (2015, 1565f.) in Regionen unter 7.500 Bewohner*innen eine hohe lokale Diversität zu einer Abnahme von Feindseligkeit gegenüber Migrant*innen während sie in größeren Regionen diese erhöht. In größeren Regionen würden geringere Möglichkeiten des Kontaktes bestehen, sodass die Effekte der Kontakttheorie nicht greifen könnten (Kaufmann/Harris 2015, 1565f.).

Studien, die explizit den Einfluss des Zuzugs von Geflüchteten in den Fokus nehmen – entweder gemessen durch die quantitative Anzahl oder durch die Präsenz einer Geflüchtetenunterkunft in der Region –, finden oftmals einen positiven Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien: in Dänemark Dustmann et al. (2019, 2064f.); in Griechenland Hangartner et al. (2019, 453f.) und Dinas et al. (2019, 253); in Deutschland Jäckle (2022, 182–184) und Kellermann/Winter (2019, 25). Stecker/Debus (2019, 315–317) finden in Bayern diesen Effekt nur für kleinere Gemeinden, in größeren ist dieser hingegen nicht signifikant. Keinen Einfluss von der Aufnahme von Geflüchteten einer Gemeinde auf eine ablehnende Haltung gegenüber Immigration bei Individuen finden auch Schaub et al. (2021, 704–706) in Ostdeutschland. Die Autor*innen erweiterten die abhängigen Variablen auch um das Wahlverhalten zur AfD sowie um einen Populismus-Index. Deiss-Helbig/Remer (2022, 229f.) finden keinen Effekt von der Anwesenheit von Geflüchtetenunterkünften in der Nähe der eigenen Wohnung auf die Ausprägung von Immigration ablehnenden Einstellungen anhand ihres Surveys im Großraum Stuttgart.

Drittens spielt es eine Rolle, ob die Analysen in sozioökonomisch besser oder schlechter aufgestellten Regionen stattfinden (Angeli/Otteni 2022, 379–381): Eine hohe Arbeitslosigkeit oder ein geringes BIP pro Person in der Region führt dazu, dass die positiven Effekte

der Kontakttheorie bei einem hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund schwächer werden (Hoxhaj/Zuccotti 2021, 287–289). Einen moderierenden Effekt der Arbeitslosenquote auf den Einfluss von der Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund auf das Wahlergebnis der AfD analysieren Angeli/Otteni (2022, 384–388): Je höher die Arbeitslosenquote in einer Region, desto schwächer ist der Einfluss einer langfristig bestehenden ethnischen Diversität einer Region auf die Stimmverteilung. In Regionen, in welchen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und ein starker Anstieg der Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren stattfand, wirkt die Bedrohungstheorie besonders stark (Angeli/Otteni 2022, 384–388). Auch Stecker/Debus (2019, 315–317) messen, dass niedrige sozioökonomische Verhältnisse einer Region – operationalisiert durch geringe Steuereinnahmen der Gemeinde – den positiven Effekt verstärken, den eine Flüchtlingsunterkunft auf den AfD-Stimmenanteil hat. Zuletzt hat die räumliche Nähe zur östlichen Grenze Deutschlands bei Jäckle (2022, 182–194), zur Grenze nach Tschechien und Österreich bei Jäckle et al. (2018, 557–562) sowie die Nähe zur Grenze nach Tschechien, nicht jedoch zu Österreich, bei der in Bayern durchgeführten Studie von Stecker/Debus (2019, 315–317) einer Region einen erhöhenden Effekt auf die AfD-Wahl: Jäckle et al. (2018, 551f.) begründen dies erstens damit, dass in diesen Regionen die chaotischen Zustände an den Grenzübergängen im Rahmen der Migration vieler Geflüchteter im Jahr 2015 den Menschen sehr präsent waren, weshalb sie empfänglicher für eine rechtspopulistische Rhetorik sind. Zweitens können Ängste durch einen wahrgenommenen Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt entstehen, da sich Menschen fürchten, ihren Arbeitsplatz an osteuropäische Arbeitnehmer*innen zu verlieren (Jäckle et al. 2018, 551f.).

Schaub et al. (2021, 707–710) analysiert weiterhin, dass sich die Einstellung gegenüber Migration durch eine Veränderung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von der politischen Ideologie verändert: Während politisch links orientierte Personen eher etwas kritischer gegenüber Migration werden, entwickeln politisch Rechte positivere Einstellungen gegenüber Migration. Dies kontrollierend zeigte sich bei Messung von autoritären Einstellungen ein ähnlicher Effekt. Demnach führt die Migration der Geflüchteten zu einer Annäherung der politischen Einstellungen (Schaub et al. 2021, 707–710).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nativistische Einstellungen die Wahl der rechtspopulistischen AfD wahrscheinlicher machen. Diese Einstellungen können als Teil eines *Cultural Backlash* betrachtet werden, der als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wertewandel entsteht, der von jüngeren Generationen mit einer Zunahme von postmateriellen

Werten vorangetrieben wird. Ältere Personen äußern ihre kulturell-konservativen Einstellung neben ihrem Nativismus auch in einer Ablehnung von liberalen Ansichten zu beispielsweise Homosexualität. Zudem werden nativistische Einstellungen auch von dem Anteil von Immigrant*innen in der näheren Wohnregion beeinflusst: Während ein hoher Anteil im Sinne der Kontakttheorie die nativistischen Einstellungen verringert, führt ein Anstieg des Anteils zu einer Zunahme dieser Einstellungen. Wie und ob es einen unmittelbaren Effekt von Wertevorstellungen sowie des Alters auf die Wahlentscheidung gibt, kann hingegen nicht abschließend gesagt werden.

Modernisierung und subjektive Deprivation

Die Umwandlung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ab den 1970er-Jahren, die Wende und die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland oder nun Veränderungen durch die sozial-ökologische Transformation: Ökonomische Modernisierungsprozesse verändern an vielen Punkten maßgeblich die Gesellschaft. Eine zunehmende Individualisierung und die Herauslösung aus klassischen Sozialbeziehungen wie Klassen- und Schichtzugehörigkeit sowie Familienstrukturen und Arbeitsbeziehungen ist nach Beck (1986, 115–248; zitiert nach Maier 1999, 66f.) ein Kernpunkt dieser Modernisierung. Die Gesellschaft verändert sich, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit werden zu einer notwendigen Charaktereigenschaft der gesellschaftlichen Mitglieder. Verstärkt wird dieser Effekt durch Finanzkrisen und -schocks, allen voran die im Jahre 2008/09, welche eine Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft weiter befördern, nicht zuletzt da staatliche Austerität zur Bekämpfung der Krisen soziale Unterstützung weiter abbaut (Rodríguez-Pose 2020, 5).

Nach diesen Veränderungsprozessen müssen sich Menschen richten; je nachdem wie erfolgreich sie dies tun, entstehen soziale Auf- oder Abstiege, *Gewinner*innen* und *Verlierer*innen* der Modernisierung (Ferber 2012, 140): Diejenigen, die sich gut an die Prozesse anpassen können oder sie sogar vorantreiben, sind die Gewinner*innen der Modernisierung. Ihre vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse können in der verändernden Welt gut adaptiert werden, ein ökonomischer Aufstieg oder Wachstum ist die Belohnung für die Anpassungsfähigkeit (Spier 2010, 59). Die Verlierer*innen können sich nicht oder kaum anpassen. Sie erleben einen Abwärtstrend bzw. eine ökonomische Stagnation (Lengfeld/Dilger 2018, 185; Schwander/Manow 2017, 6). Ihre soziale Lage verschlechtert sich und die eigene Benachteiligung wird wahrgenommen; gleichzeitig fehlt durch das Auflösen der klassischen Sozialbeziehungen ein unterstützendes Umfeld, welches Sicherheit auf sowohl sozialer als auch

ökonomischer Ebene bietet (Maier 1999, 66). Nach diesen Veränderungsprozessen kann bei denjenigen, die ökonomisch stagnieren oder absteigen, ein subjektives Gefühl der Benachteiligung oder Deprivation entstehen. *Subjektive Deprivation* bezieht sich auf diese Frustration und Unzufriedenheit einer Person, dass sie im Vergleich zu anderen in einer schlechteren oder benachteiligten Position ist, unabhängig davon, ob dies objektiv der Fall ist oder nicht. Es handelt sich um ein subjektives Gefühl der Benachteiligung, das auf der eigenen Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Position im Vergleich zu anderen beruht (Runciman 1966; zitiert nach Sthamer 2018, 568; Spier 2010, 59f.).

Verschiedene psychische Dispositionen können als Folge dieser subjektiven Deprivation ausgelöst werden, die sich in rechten Einstellungen äußern und die Zuneigung zu einer rechtspopulistischen Partei wahrscheinlicher machen (Spier 2010, 60). Erstens kann die Politik bzw. können die politischen Institutionen für die eigene Deprivation (mit)verantwortlich gemacht werden (Farah et al. 1979, 422f.): Politikverdrossenheit, populistische Einstellungen und politischer Vertrauensverlust sind die Folge und führen zur Wahl rechtspopulistischer Parteien. Zweitens kann die Anwendung rigider Wert- und Ordnungsvorstellungen erfolgen, welche Komplexität reduzieren und stattdessen Schuldige für die eigene missliche Lage suchen: Nativistische Einstellungen bilden sich, die von rechtspopulistischen Parteien bespielt werden können (Maier 1999, 67; Spier 2010, 60).

Unterschiedliche Forschungsstränge haben den Einfluss der Modernisierungsverlierertheorie auf das Wahlverhalten untersucht. Zunächst wird in den folgenden Unterkapiteln der Forschungsstand zum Einfluss objektiver und subjektiver Deprivation auf das Wahlverhalten erläutert, ohne dass in der Literatur ein expliziter Vermittlungsmechanismus in Form einer psychischen Disposition erwähnt wird. Anschließend wird ausgeführt, wie sich eine politische Entfremdung als Folge der Deprivation einstellen kann und wie diese wiederum das Wahlverhalten zur AfD begünstigt. Zuletzt wird aufgezeigt, wie Sündenböcke wie Immigrant*innen oder Geflüchtete für die Deprivation verantwortlich gemacht werden und sich nativistische Einstellungen bilden, die wiederum als Erklärung für die Wahl hin zur AfD herangezogen wurden.

Abgehängte Menschen?

Negativ betroffen von den Modernisierungsprozessen können ganze Berufsgruppen oder Wirtschaftssektoren sein (Spier 2010, 59): Automatisierung und die Expansion von

künstlicher Intelligenz (Rodríguez-Pose 2020, 5) sowie der Anstieg von Importen im produzierenden Gewerbe führte etwa dazu, dass Firmen schließen mussten (Colantone/Stanig 2018b, 937). Wenn Jobs am Fließband durch die Automatisierung wegfallen oder Güter billiger im Ausland produziert werden, spüren vor allem Menschen mit einem niedrigen Einkommen, aus statusniedrigen Berufsklassen, mit einem niedrigen Bildungsgrad bzw. geringer beruflicher Qualifikation oder Langzeitarbeitslose die negativen Konsequenzen der Prozesse (Lengfeld/Dilger 2018, 185f.). Spier (2010, 60) spricht hierbei von *objektiver Deprivation*, die sich auf materielle Merkmale wie zum Beispiel einen niedrigen sozioökonomischen Status oder Arbeitslosigkeit bezieht und die Wahl rechtspopulistischer Parteien wahrscheinlicher macht.

Als weiteres objektives Maß analysiert Cohen (2021, 299) den Einfluss des individuellen ökonomischen Risikos auf die AfD-Wahlabsicht. Konzeptualisiert hat Cohen (2021, 299) das ökonomische Risiko als latente Gefährdung von Job und Einkommen und meint damit die Erwartung, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Analysiert wird das ökonomische Risiko aus dem Vergleich mit Referenzgruppen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und ähnliche objektive Merkmale wie die (ehemalige) berufliche Klasse, das Alter, das Geschlecht und der Region innehaben. Vorausgesetzt wird jedoch, dass das objektive Risiko von einer Person subjektiv wahrgenommen wird (Cohen 2021, 301f.). Anhand der sozioökonomischen Stellung wird von Cohen (2021) berechnet, wie wahrscheinlich ein Jobverlust ist. Es zeigt sich, dass das ökonomische Risiko einer Person die Wahl der AfD wahrscheinlicher machte (Cohen 2021, 310).

Weiterhin beschreiben Kroh/Fetz (2016, 719) anhand deskriptiver Analysen aus dem Jahr 2016, dass mehr Menschen mit niedrigerer Bildung, Arbeiter*innen und Arbeitslose der AfD näherstehen als anderen Parteien. Ähnliches finden auch Brenke/Kritikos (2017, 596–600), die den AfD-Wähler*innen eine geringe berufliche Qualifikation sowie das zweitniedrigste Einkommen aller Wählergruppen beschreiben. In multivariaten Analysen zeigt sich bei Lux (2018, 267), dass ein geringes Einkommen die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlabsicht erhöht. Ein hoher Bildungsgrad sowie der Beamtenstatus oder die professionelle Selbstständigkeit verringern diese nach Arzheimer/Berning (2019, 6f.). Ein niedriger oder mittlerer Schulabschluss verstärkt nach Pickel (2019, 160) die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Die Affinität zur AfD erhöht sich nach Tutić/Hermanni (2018, 284) je schlechter die sozioökonomische Lage eines Akteurs ist: Bildung, Einkommen, Berufsstatus und Klassenzugehörigkeit haben alle einen signifikanten Einfluss, die bei geringeren Ausprägungen die Nähe zur

AfD erhöhen. Bei Weiß et al. (2020, 51f.) erhöht ein niedrige Berufsklassifikation die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Das Bildungsniveau sowie die Einkommensschicht sind hingegen nicht signifikant.

Bergmann et al. (2018, 245–250) vergleichen die Einkommensstruktur der AfD-Anhänger*innen anhand drei verschiedener Datensätze aus dem Jahr 2016: Während beim *SOEP* diejenigen mit einer AfD-Parteiidentifikation ein niedrigeres Einkommen als der Rest der Befragten haben, unterscheiden sich beim *ALLBUS* die AfD-Wählenden nur geringfügig von allen anderen: Im unteren Einkommensbereich gibt es leicht erhöhte Anteile. Bei der *GLES* finden sich überdurchschnittlich viele AfD-Wählende in der unteren Einkommensmitte. Diejenigen, die im *GLES*-Datensatz sich mit der AfD identifizieren, haben ein durchschnittlich niedrigeres Einkommen. Dies könnte nach den Autor*innen dafür sprechen, dass AfD-Wähler*innen mit einem höheren Einkommen diese nur aus Protest wählen. Weiterhin zeigt sich bei allen drei Datensätzen, dass die AfD viele Anhänger*innen in der Arbeiterschicht hat (Bergmann et al. 2018, 245–250).

Eine Vielzahl anderer Studien stellen für die sozio-demographischen und somit für die objektiven Merkmale der Modernisierungsverlierertheorie keinen Einfluss fest: Bildung, Beschäftigungsstatus und Einkommen haben nach diesen keinen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten (siehe z. B. Baron 2018, 12; Hansen/Olsen 2019, 15; Hilmer et al. 2017, 27f.; Lengfeld 2017, 227). Diese Studien heben stattdessen hervor, dass das subjektive Gefühl einer Deprivation bedeutsamer als die objektive Deprivation in der Entwicklung einer Affinität zum Rechtspopulismus ist (Lux 2018, 265; Rippl/Seipel 2018, 240; Tutić/Hermanni 2018, 284). Entscheidendes Element ist dabei der Vergleich der Modernisierungsverlierer*innen mit den Gewinner*innen: Die Verlierer*innen nehmen den Aufstieg der Gewinner*innen wahr. Das daraus resultierende Ungerechtigkeitsempfinden aus dem Vergleich der Status ist entscheidend in der Ausbildung der psychischen Dispositionen (Lengfeld/Dilger 2018, 185; Schwander/Manow 2017, 6). Für Rodrik (2018, 18) ist es sogar nicht die Ungleichheit per se, sondern eine wahrgenommene Unfairness und Ungerechtigkeit, die zu populistischen und oppositionellen Einstellungen führt.

So sind es auch nach Sthamer (2018, 565) neben Zukunftserwartungen aktuelle Ungerechtigkeitswahrnehmungen, die je nach objektiven ökonomischen Status unterschiedlich auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit wirken. Ungerechtigkeitswahrnehmungen treten dann auf, wenn Personen ihre ökonomische Lage im Vergleich zu anderen negativ einschätzen. Sthamer (2018, 568f.) bezieht sich hierbei auf das Thomas-Theorem der Soziologie, nach

welcher der wichtigste Punkt des resultierenden Verhaltens – also hier die Entwicklung eines Ungerechtigkeitsempfindens – die Wahrnehmung der Situation ist (Thomas/Thomas 1928). Sthamer (2018, 569) verknüpft das subjektive Ungerechtigkeitsempfinden mit der objektiven Lage und erwartet, dass vor allem Personen der unteren Statuslagen der AfD zuneigen, da diese in der Vergangenheit materielle Abwertungserfahrungen erlebt haben und somit der Vergleich zu den Gewinner*innen präsen-ter ist. Auch Cohen betont (2021, 304) die Relativität zu anderen bei der Wahrnehmung des ökonomischen Risikos. Diejenigen, die überdurchschnittlich gefährdet sind, erkennen dies durch die Referenz zu anderen relevanten Gruppen, welche verstärkt ökonomische Deprivationserfahrung machen. Weiterhin hat nach Sthamer (2018, 579–584) die Erwartung der zukünftigen Lageentwicklung einen Einfluss: Sowohl die Vermutung einer Verschlechterung als auch einer Stagnation in einer schlechteren Lage könnte sich positiv auf die AfD-Wahl auswirken. Dabei kann die Zukunftserwartung sich auf die eigene Zukunft beziehen, aber auch auf die der nachfolgenden Generation. Auch hier zeigt sich ein Unterschied in Abhängigkeit von der sozialen Lage: Nach Schöneck et al. (2011, 11f.) haben Menschen aus den unteren Einkommens- und Statusgruppen eher kurzfristig und auf die eigene Zukunft bezogene Ängste, während Sorgen um die Zukunft und den Wohlstand der Kinder in der Mittelschicht weit verbreitet sind.

Auch Rippl/Seipel (2018, 239f.) sehen die negative Zukunftserwartung und die Angst vor dem Abstieg als „Motor einer Radikalisierung“. Vor allem die Mittelschichten würden den sozialen Abstieg fürchten, der durch den stärker werdenden Konkurrenzdruck der Globalisierung entsteht. Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes trifft vor allem jüngere Menschen, deren Lebensgefühl durch Krisen und Instabilität geprägt ist. Zunehmende Verunsicherung würde dazu führen, der AfD eher zuzuneigen. Während die objektiven Merkmale wie ein geringerer Bildungsstand und ein niedrigeres Äquivalenzeinkommen zunächst die Wahlabsicht zur AfD erhöhen, verlieren diese beiden Indikatoren bei Hinzunahme der subjektiven ökonomischen Bedrohungsgefühle ihre Signifikanz: Starke Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft erhöhen die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD (Rippl/Seipel 2018, 247f.). Eine negative Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands erhöht auch bei Betz/Habersack (2020, 125f.) die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Ebenfalls ist die Eigeneinstufung zu einer niedrigen Schicht ebenfalls ein signifikanter Faktor, der die AfD Wahl wahrscheinlicher macht (Betz/Habersack 2020, 125f.).

Bei Hinzunahme des Indikators der Bewertung, ob der eigene Anteil, den eine Befragungsperson im Vergleich zu anderen in Deutschland bekommt, als gerecht eingestuft werden

würde, verliert bei Lux (2018, 265f.) die vormals signifikante Einkommensschichtzugehörigkeit ihre Signifikanz. Stattdessen verringert eine Einschätzung als gerecht signifikant die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Demnach führt eine subjektive Deprivation unabhängig von der Schichtzugehörigkeit wahrscheinlicher zur AfD-Wahl. Ähnliches zeigt sich auch bei Weiß et al. (2020, 51f.): Hier hat zusätzlich die Furcht vor einem Stellenwechsel einen positiven Einfluss auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Dass das Gefühl, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, die AfD-Wahlabsicht erhöht, analysiert auch Sthamer (2018, 586). Weiterhin zeigt sie auf, dass Abstiegsängste entscheidend sein können: Während diese Ängste in den unteren Einkommensgruppen zwar weiter verbreitet sind, haben sie jedoch in den mittleren Einkommensschichten einen besonders starken Einfluss auf die Wahlentscheidung (Sthamer 2018, 586).

Die Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage der Wähler*innen der im Bundestag vertretenen Parteien analysieren Jung/Jung (2022, 148–154): 14% der Wähler*innen der AfD geben an, sich in einer schlechten wirtschaftlichen Lage zu befinden. Dieser Wert ist von allen Parteien am höchsten, gleichzeitig geben 58% ihre wirtschaftliche Lage als gut an. Die allgemeine wirtschaftliche Situation bewerten 18% der AfD-Anhänger*innen als schlecht (Gesamt 7%), 55% hingegen als gut (Gesamt 62%). Dass sich die Wirtschaft jedoch schlecht entwickeln wird, befürchtet 27% der AfD-Wähler*innen (Gesamt 15%). Nur die Anhänger*innen der Linkspartei haben ein größeres Ungerechtigkeitsempfinden als die der AfD: So geben 49% der Wähler*innen der Linke und 42% der AfD an, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer geworden sind (Gesamt 30%), und meinen 41% bei der Linkspartei und 33% bei der AfD, nicht ihren gerechten Anteil zu erhalten (Gesamt 27%). Zuletzt zeigt sich ein pessimistischer Blick in die Zukunft bei den Wähler*innen der AfD bei der Frage, wie gut Deutschland für die Zukunft vorbereitet ist: 74% sagen hier aus, dass Deutschland schlecht vorbereitet sei (Gesamt 42%) (Jung/Jung 2022, 148–154).

Hartmann et al. (2022, 142) untersuchen, welchen Einfluss die objektive Deprivation gemessen anhand einer Veränderung des Einkommens in den letzten 10 Jahren und die subjektive Deprivation auf das Wahlverhalten hin zur AfD haben. Sie konzeptualisieren dabei die objektive relative Deprivation, welche die Entwicklung des Median-Einkommens mit dem eigenen Einkommen vergleicht, die objektive absolute Deprivation, welche das eigene Einkommen heute mit dem Einkommen von vor 10 Jahren vergleicht, sowie die subjektive Deprivation, welche die Einschätzung zum Einkommensverlauf in den letzten 10 Jahren widerspiegelt. Sowohl eine objektive relative Deprivation als auch eine objektive absolute

Deprivation erhöhten nicht die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD. Nur bei denjenigen, die ihre Einkommenssituation als instabil beschreiben, findet sich die stärkste Unterstützung für die AfD. Dieser Effekt verstärkt sich bei Personen mit einem schwachen Einkommen (Hartmann et al. 2022, 147–149).

Befunde zu objektiven Merkmalen von AfD-Wählenden bei Goerres et al. (2018, 258f.) oder Bergmann et al. (2017, 71f.) stehen im Widerspruch zu den oben genannten theoretischen Erwartungen der Modernisierungsverlierertheorie. Stattdessen finden beide Paper, dass ein hohes Einkommen eher zu AfD-Wahl führt; Arbeitslosigkeit und der Bezug von Sozialleistungen haben hingegen keinen Einfluss. Weiterhin ist jedoch die Angst vor dem wirtschaftlichen Abstieg stark signifikant: Furcht vor Arbeitslosigkeit oder davor, die Alltagskosten nicht mehr bezahlen zu können, steigern die Wahrscheinlichkeit für die AfD zu stimmen (Bergmann et al. 2017, 71f.; Goerres et al. 2018, 258f.). Hilmer et al. (2017, 33) sagen schließlich aus, dass weniger objektive Indikatoren, sondern vor allem zukünftige Abstiegsängste oder ein wahrgenommener Abstieg in der Vergangenheit dazu führen, die AfD zu wählen.

Die bisherige Literatur ist sich demnach uneins, ob eine objektive Deprivation im Sinne eines niedrigen sozioökonomischen Status die Wahl der AfD begünstigt. Größere Einigkeit herrscht hingegen dabei, dass eine subjektive Deprivation die Wahl der AfD wahrscheinlicher macht. Aktuelle Forschung der Wirtschaftsgeographie betont zu letzterem, dass Deprivationserscheinungen nicht nur durch die eigene Betroffenheit entstehen, sondern auch durch die Wahrnehmung einer ökonomischen Abhängigkeit im Umfeld.

...oder abgehängte Regionen?

Wenn Modernisierungsprozesse zu Arbeitslosigkeit führen, wirkt sich dies nicht nur auf die politischen Einstellungen und das Verhalten der Arbeitslosen selbst aus, sondern kann auch deren soziales Umfeld beeinflussen. Von vielen wird es wahrgenommen, dass Menschen in ihrer Region ihre Jobs verlieren (Bisbee 2019, 86f.). Nicht nur darüber wird sich in den sozialen und gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen ausgetauscht: Auch werden Erfahrungen über die quantitative oder qualitative Abnahme von lokalen sozialen oder infrastrukturellen Versorgungsangeboten miteinander geteilt (Brachert et al. 2020, 6). Dadurch entsteht das Bild eines strukturellen Wandels, was sich auf die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auswirkt, die sowohl auf nationaler als auch regionaler Ebene

angesiedelt sein kann. Die Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage prägt die politischen Präferenzen, das soziale und politische Verhalten und nicht zuletzt nach dem Ansatz des *Economic Voting* das Wahlverhalten (Brachert et al. 2020, 6; Manow 2018, 73f.).

Wegen Modernisierungsprozessen und des daraus resultierenden Strukturwandels, aber auch durch den in Ostdeutschland stattgefundenen Systemwandel und der folgenden Transformation wurden ganze Industriezweige wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit oder geringer Innovationskraft heruntergefahren (Fröhlich et al. 2022, 7). Orte, die vormals Industriezentren und für den wirtschaftlichen Erfolg auf sowohl regionaler als auch nationaler Ebene essentiell waren, wurden von der Globalisierung hart getroffen. Diese sogenannten *left-behind places* konnten mit der industriellen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung, die sich beispielsweise im Aufschwung des globalen Handels und der Automatisierung äußert, nicht umgehen und sind nun im Niedergang (Rodríguez-Pose 2020, 5). Hierbei spielt auch eine geographische Abgelegenheit eine wichtige Rolle: In eher dicht besiedelten Regionen hat die globale Handelsintegration Arbeitsplätze geschaffen. Neue Technologien begünstigen die Konzentration von wissensintensiven Sektoren in diesen Metropolregionen und Arbeitsplätze verlagern sich dorthin (Iammarino et al. 2019, 281f.). Begünstigt wird dies dadurch, dass große Städte gute wirtschaftliche Voraussetzungen mit sich bringen, in welchen Arbeitskräfte gepoolt, Infrastruktur geteilt und Transportkosten gering sind (Rodríguez-Pose 2018, 191). Im Vergleich zu den florierenden Metropolregionen leiden die *left-behind places* unter den Folgen der Modernisierung: Arbeitslosigkeit entsteht, den kommunalen Haushalten fehlen Steuereinnahmen, Infrastruktur kann nicht ausgebaut oder erneuert werden, Perspektiven werden mangelhaft und Abwanderung resultiert. In der Konsequenz sinkt auch die Attraktivität für neue Investitionen, Wirtschaftszweige oder potenziell Zuziehende (Fröhlich et al. 2022, 7), was zu selbstverstärkenden Effekten wirtschaftlicher Deprivation führt.

Die Bürger*innen in diesen Regionen nehmen die Entwicklung wahr und sind müde auf Antworten von der Regierung oder auch super-nationalen Organisationen zu warten, die scheinbar den Niedergang bisher ignoriert oder sich von dort zurückgezogen haben (Rodríguez-Pose 2020, 5). Die dort Ansässigen können das Gefühl entwickeln, dass es keine Zukunft oder Hoffnung für die Region gibt, was den Eindruck entstehen lässt, dass für die Politik diese Orte keine Relevanz haben (Rodríguez-Pose 2018, 196). Studien mit den Titeln „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ von Hillje (2018) oder „Die Übergangenen“ von Fröhlich et al. (2022) greifen genau diese Sorgen und Probleme, aber auch die politischen Einstellungen derjenigen auf, die in den abgehängten Regionen leben. Sie differenzieren

dabei räumlich zwischen ländlichen und städtischen abgehängten Regionen. Während in beiden Regionen vor allem Migration als Problem auf nationaler Ebene genannt wird, wird in ländlichen Gegenden als Problem auf regionaler Ebene am häufigsten eine Unzufriedenheit mit der Verkehrs- und Sozialinfrastruktur genannt. Die Menschen geben an, dass die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Einkaufsmöglichkeiten und die ärztliche Versorgung abgenommen sowie Schulen und Kindergärten geschlossen haben. Ein Gefühl des *Verlassenwordenseins* entsteht (Hille 2018, 8–12). Die genannten Alltagsprobleme sind ebenfalls wirtschaftlicher Natur bzw. die Daseinsvorsorge betreffend: In städtischen Räumen werden die Arbeitsbedingungen als der größte Stressfaktor genannt. Dazu gehören eine entstehende Unsicherheit durch Leiharbeit, eine schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein zu geringer Lohn. In ländlichen Räumen wird die mangelnde Verkehrsinfrastruktur kritisiert und im vor- und kleinstädtischen die Abwanderung sozialer Infrastruktur (Hillje 2018, 12–15). Auf die Frage, worüber sich die Bewohner*innen der *left-behind places* in Deutschland Sorgen mit Blick auf die Zukunft machen, sind es Abstiegssängste, die am häufigsten genannt werden. Vor allem bei den jüngeren Befragten zwischen 18 und 35 Jahren sticht diese Antwort hervor (Hillje 2018, 18f.). Soziale Herausforderungen sowie die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sind neben Umwelt- und Klimaschutz die drei am häufigsten genannten Herausforderungen der Zukunft in der Studie von Fröhlich et al. (2022, 12–15). Die Klimakrise wird oftmals jedoch nicht alleinstandend als Herausforderung betrachtet, sondern im Zusammenhang mit einer „sozial verträglichen Bewältigung des Klimawandels“ (Fröhlich et al. 2022, 14). Auf regionaler Ebene ist die Sorge um den Abstieg der Region sehr hervorstechend: Das Abgehängtsein wird von 54,4% der 217 Befragten als regionalbezogene Zukunftssorge genannt. Furcht, nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können oder dass die Möglichkeit dazu weiter abnimmt, und Sorgen, dass die Sozial- und Verkehrsinfrastruktur sich nicht verbessert, prägen die Lebensrealitäten der Personen in den *left-behind places* (Fröhlich et al. 2022, 15–17). Die Menschen haben dabei jedoch nicht die Sorge, dass ihr Wohnumfeld zukünftig abgehängt sein könnte, sondern dass es „weiterhin abgehängt bleiben wird“ (Fröhlich et al. 2022, 15, Hervorhebung im Original). Sie argumentieren, dass die Wohnregionen der Befragten durch den vorigen Strukturwandel bereits negative Erfahrungen mit großen Transformationsprozessen gemacht haben und deswegen eine Angst vor weiteren ökonomischen Veränderungen präsent ist. Dies verstärkte die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeiten – auch auf nationaler Ebene – und ermöglicht das Aufblühen von Ängsten über den persönlichen, aber auch über den regionalen Absturz (Fröhlich et al. 2022, 14f.).

Auch Greve et al. (2021) heben den regionalen Abstieg als Erklärungsgrund für rechtspopulistisches Wählen hervor. Der heutige wirtschaftliche Niedergang der Region wird mit einer Vergangenheit verglichen, die von wirtschaftlichem Erfolg und Wohlbefinden sowie einer nationalen Leadership-Rolle geprägt ist. Die Erinnerung an das Vergangene ist Teil eines ortsbasierten kollektiven Gedächtnisses, was auf der Idee basiert, dass Orte ihre eigenen Bedeutungen, Geschichten, Erinnerungen und Identitäten haben (Greve et al. 2021, 5). Im ortsbasierten kollektiven Gedächtnis schaffen die Orte eine Konstanz, welche die Institutionen definiert und Stabilität sowie Bedeutung gewährleistet (Jones et al. 2019, 212). Jedoch brechen die tatsächlichen historischen Entwicklungen mit der Konstanz der Orte, sodass ein Gefühl des Abgehängtseins entsteht. Das Gefühl mag verstärkt werden, wenn der regionale Niedergang nicht als ein Ergebnis interner Schwäche, sondern als durch externe Entwicklungen verursacht wahrgenommen wird. In der Konsequenz wählen Menschen aus den Regionen populistische Parteien (Greve et al. 2021, 5). Das Gefühl, dass diese externen Entwicklungen, welche die eigene Region schlechter dastehen lassen, von Eliten und/ oder Bürger*innen anderer Regionen verursacht wurden, wird von Lange et al. (2023, 405) als *regional resentment* definiert. Dieses Konzept hat dabei nicht nur eine politische oder wirtschaftliche Dimension, sondern ebenso eine kulturelle: Zuschreibungen, negative Stereotype und Vorurteile über die Regionen verstärken das pessimistische Urteil über die eigene Region (Rodríguez-Pose 2018, 196). Abwertende Begrifflichkeiten wie „Rustbelt“ oder „Flyovercountry“ in den USA oder „der Osten“ in Deutschland fördern hierbei nicht nur die Wahrnehmung, dass die eigene Region abgehängt ist, sie können auch den Eindruck prägen, dass die Politik und Gesellschaft ihnen mitteilen, nicht wichtig genug zu sein oder bevormundet zu werden. Aus Frustration und Wut wählen sie gegen das System, welches durch politische Entscheidungen ihre Chancen und Möglichkeiten eingeschränkt hat (Rodrik 2018; zitiert nach Rodríguez-Pose 2018, 199).

Auf verschiedene Weise zeigt sich demnach, wie sich die räumliche Abgehängtheit auf die Einstellungen auswirkt: Sorgen über die Zukunft, wahrgenommene Ungerechtigkeit sowie eine kulturelle Komponente beeinflussen die subjektive Deprivation. Forschung zur *geography of discontent* greift diese theoretischen Überlegungen auf und untersucht, welche räumlichen, wirtschaftlichen oder historischen regionalen Indikatoren individuelle Eigenschaften beeinflussen, die sich wiederum auf das Wahlverhalten hin zu rechtspopulistischen Parteien auswirken (Los et al. 2017, 788). Für Thüringen untersucht Salomo (2019, 109–112), dass in Landkreisen mit einer schlechten Beschäftigungslage – gemessen durch eine hohe Arbeitslosenquote, das durchschnittliche Haushaltseinkommen und den Anteil von

Angestellten im Dienstleistungssektor – die subjektive Deprivation höher ist. Im Vereinigten Königreich sind gravierende Unterschiede in der lokalen Produktivität – gemessen durch das pro Person durchschnittliche verfügbare Einkommen in der Region oder das durchschnittliche BIP in der Region – der Hauptgrund für lokale Unzufriedenheit (McCann 2020, 264). Auf EU-Ebene zeichnen sich die *left-behind places*, in welchen sich höhere Stimmanteile für Parteien wiederfinden, die sich gegen die europäische Integration aussprechen, durch eine langfristige Abnahme der lokalen Wirtschaft (gemessen durch durchschnittliche BIP pro Person) und Industrie (gemessen durch den Anteil von Industriearbeitsplätzen an allen Arbeitsplätzen) zusammen mit einer geringen Beschäftigungsquote und niedriger ausgebildeten Arbeitskräften aus (Dijkstra et al. 2020, 749–751). Lenzi/Perucca (2021, 430–434) stellen in ihrer Studie zu Unzufriedenheit und Ablehnung der EU auf der Ebene der NUTS2-Regionen innerhalb der EU fest, dass bei Hinzunahme des Gini-Koeffizienten in ihr Modell, nicht mehr ein niedriges Wachstum des BIP pro Person der Region einen Einfluss hat, sondern nur eine wachsende intraregionale Ungleichheit. Sie argumentieren, dass die Verteilung von Wohlstand in den Regionen dazu führt, dass einige Menschen wichtiger als andere wahrgenommen werden und dies zu politischer Unzufriedenheit führt (Lenzi/Perucca 2021, 441). Bei wachsendem BIP pro Person hat der Gini-Koeffizient jedoch keinen Einfluss mehr: Die größere Einkommensschere würde den Personen nicht so auffallen, da sich ihre eigene Situation ebenfalls verbessert und sich nicht das Gefühl einstellt, zurückgelassen zu werden, obwohl andere deutlich mehr profitieren (Lenzi/Perucca 2021, 434). Georgiadou et al. (2018, 108–112) untersuchen, ob sich auf der NUTS2-Ebene der EU-Staaten die Einflüsse für den Stimmenanteil populistisch rechtsradikaler oder rechtsextremer Parteien bei Wahlen für die jeweiligen nationalen und das europäische Parlament von 2002 bis 2014 unterscheiden.⁷ Eine hohe Einkommensungleichheit und eine hohe Arbeitslosigkeit erhöhen die Stimmanteile von populistisch rechtsradikalen Parteien. Bei rechtsextremen Parteien reduziert hingegen erstere den Stimmenanteil, während der Effekt bei letzterer in gleicher Richtung ausgeprägt ist (Georgiadou et al. 2018, 108–112). Dass eine Einkommensungleichheit die Wahl rechtspopulistischer Parteien in 20 fortgeschritten-kapitalistischen Staaten erhöht, analysieren Engler/Weisstanner (2020, 393–396). Die Autor*innen differenzieren zwischen einer Ungleichheit von verfügbarem Einkommen, welches von einem Haushalt ausgegeben werden kann, sowie einer Ungleichheit des Markteinkommens, welches (hypothetisch) vor

⁷ Für Deutschland wurden nur Daten von den Wahlen 2002 bis 2009 analysiert. Dabei wurde die NPD und die Deutsche Volksunion (DVU) als rechtsextrem und die Republikaner (REP) als populistisch rechtsradikal eingestuft (Georgiadou et al. 2018, Appendix, 24).

Abzügen durch Steuern sowie Sozialversicherungen oder Unterstützungsleistungen der Regierung berechnet wird. Während hohe Ungleichheitswerte auf beiden Skalen den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien erhöhen, hat letzteres, welches stärker globalen wirtschaftlichen Veränderungsprozessen und dem daraus resultierenden Druck ausgesetzt wäre, eine stärkere Erklärungskraft als erstgenanntes (Engler/Weisstanner 2020, 393–396).

Einen positiven Einfluss der langfristigen Abnahme des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens auf das Wahlergebnis der AfD haben Greve et al. (2021, 17–21) auf Landkreisebene festgestellt: Die Variable des Pro-Kopf-Einkommens im Jahr 2015 verliert die Signifikanz, wenn die Entwicklung des Einkommens hinzugefügt wird. Weiterhin erhöht ein hoher Anteil von in der produzierenden Industrie arbeitenden Personen sowie eine größere Distanz zum nächsten IC/ICE-Bahnhof den Stimmanteil der AfD der Region. Bei Zunahme der Arbeitslosenquote oder des Anteils von Menschen mit höherem Bildungsabschluss wird die Variable der Einkommensentwicklung insignifikant. Greve et al. (2021, 20) argumentieren, dass diese beiden Faktoren den Effekt der Einkommensentwicklung vermitteln und begründen dies damit, dass vor allem statusniedrigere Personen den ökonomischen Abstieg wahrnehmen und das Wissen über den in der Vergangenheit liegenden wirtschaftlichen Erfolg in sich tragen.

Dass ein hoher Anteil von Beschäftigten in der Industrie den Anteil der Stimmen für die AfD auf Ebene der Wahlkreise erhöht, zeigen auch Bergmann et al. (2018, 260f.). Bezüglich eines generellen Einflusses von Prekarisierung – gemessen durch Arbeitslosigkeit und dem verfügbaren pro-Kopf Einkommen – beschreiben Bergmann et al. (2018, 260f.) eine Ambivalenz, da sowohl in wohlhabenden Regionen Bayerns als auch in den ärmeren Regionen des Ruhrgebiets die AfD überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt. Jedoch hat ein hoher Anteil von Industriebeschäftigten einen positiven Einfluss auf den AfD-Erfolg. Die Autor*innen betonen daher die kulturellen und historischen Gegebenheiten einer Region als einflussreiche Faktoren, während eine rein ökonomische Betrachtung zu kurz kommt (Bergmann et al. 2018, 260f.).

Regionen mit einer hohen wirtschaftlich-strukturellen Verwundbarkeit, die Franz et al. (2019, 292) durch eine überdurchschnittliche Dichte von Handwerksunternehmen, einen hohen Anteil von im verarbeitenden Gewerbe tätigen Personen und durch einen hohen Anteil von Beschäftigten in Berufen, welche ein hohes Potenzial haben, ersetzt zu werden, operationalisieren, haben einen höheren Stimmenanteil für die AfD (Franz et al. 2018, 140f.; Franz et al. 2019, 295f.). Weiterhin erfährt die AfD dort mehr Zuspruch, wo nach Franz et al.

(2019, 295f.) eine „ungesunde wirtschaftliche Lage“ der Landkreise/ kreisfreien Städte – gemessen durch das durchschnittliche verfügbare Einkommen pro Haushalt, durch dessen Entwicklung sowie durch die lokale Arbeitslosenquote – herrscht. Da eine hohe Dichte von Handwerksunternehmen auf dem ländlichen Raum in Ostdeutschland vorherrscht sowie das durchschnittliche Einkommen im Osten geringer ist als im Westen, erfährt die AfD nach Franz et al. (2018, 140–144) dort mehr Zuspruch. Ähnliches bilanziert auch Kurtenbach (2019, 60): Die AfD bekommt die meisten Stimmergebnisse dort, wo Kommunen unter wirtschaftlichem Druck stehen. Als Folge der Wiedervereinigung sind in vielen Regionen Ostdeutschlands die wirtschaftlichen, makrostrukturellen Gegebenheiten im Vergleich zum Westen schlechter. Eine höhere Arbeitslosigkeit, ein geringeres BIP sowie Bildungsniveau machen diese messbar und führen zur größeren Unterstützung für die rechtspopulistische Partei.⁸

Auf Wahlkreisebene können Richter/Bösch (2017, 43f.) aufzeigen, dass im Vergleich zu 2013 die AfD in sozioökonomisch abgehängten Regionen bessere Erfolge erzielt. Eine steigende Arbeitslosenquote sowie eine abnehmende wirtschaftliche Leistung gemessen anhand des BIPs erhöhen das AfD-Zweitstimmenergebnis des Wahlkreises. Die höchsten sozioökonomischen Deprivationswerte finden sich bei den Wahlkreisen, bei denen die NPD viele Stimmen erhalten hat, sowie in denen viele Menschen nicht zu Wahl gingen. Wenn der Nichtwähler*innen Anteil sowie das NPD-Zweitstimmenergebnis vergangener Wahlen mit in die Analyse aufgenommen werden, steigt das AfD-Zweitstimmenergebnis bei höherem Durchschnittseinkommen. Demnach werden die sozioökonomischen Effekte durch das Wahlergebnis der NPD sowie dem Anteil der Nichtwähler*innen vermittelt. Das zeigt jedoch auch auf, dass die sozio-ökonomische Struktur der AfD-starken-Wahlkreise heterogen ist (Richter/Bösch 2017, 43f.).

Für die ostdeutschen Bundesländer sowie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg finden auch Giebler/Regel (2017, 15) Belege dafür, dass eine hohe Arbeitslosenquote auf Landkreisebene den Wahlerfolg der AfD begünstigt. Ein hoher Anteil Hochgebildeter reduziert hingegen den Stimmenanteil der AfD. In ihrer Sinus-Milieu-Studie zeigen Vehrkamp/Wegschaidner (2017, 60) auf, dass die AfD mehr Stimmen bekommt, wenn mehr Haushalte aus statusniedrigeren Schichten in einem Wahlbezirk wohnen.

⁸ Siehe dazu mehr im Kapitel Besonderheit Ostdeutschland

Fang (2020, 12) analysiert konträr den genannten empirischen Ergebnissen, dass ein hoher Stimmenanteil für die AfD auf Wahlkreisebene nicht durch schlechte makroökonomische Gegebenheiten – gemessen durch die Arbeitslosenquote sowie die Anzahl der Personen, die Sozialleistungen beziehen, pro 1000 Einwohner*innen – zustande kommt, sondern durch durchschnittliche oder exzellente wirtschaftliche Situationen. Das Bildungsniveau ist in den Wahlkreisen jedoch geringer (Fang 2020, 12).

Zusammenfassend zeigen sehr viele Analysen, dass eine negative wirtschaftliche Lage der Region, die sich beispielsweise in einer hohen Arbeitslosenquote oder geringer Wirtschaftskraft, aber auch in einem hohen Anteil Industriebeschäftigter ausdrückt, zu Unzufriedenheit bzw. einer Deprivation führen kann. Dass sich dies auch auf Wahlverhalten auswirkt, machen Studien deutlich, nach welchen solche Regionen durch einen höheren Anteil rechtspopulistischen Wahlverhaltens geprägt sind.

Besonderheit Ostdeutschland

Im vorigen Kapitel wurde bereits kurz darauf eingegangen, dass die Wende und die dazugehörige ökonomische Transformation in Ostdeutschland langfristige Auswirkungen auf Gefühle von Unsicherheit und Deprivation ausgelöst haben (Fröhlich et al. 2022, 7; Manow 2018, 87–89). In diesem Kapitel wird dies noch etwas weiter ausgeführt und aufgezeigt, welche Unterschiede in den räumlichen Begebenheiten und politischen Einstellungen der Bevölkerung zwischen Ost- und Westdeutschland aktuell vorliegen.

Der wirtschaftliche Abstieg Ostdeutschlands begann nicht erst nach der Wende, sondern bereits durch die Teilung Deutschlands in Ost und West: Großen Firmen zogen mit Teilen ihrer Belegschaft (forciert) durch die sowjetische Herrschaft in den Westen, ein Brain-Drain war die Folge. Die Planwirtschaft führte weiterhin dazu, dass die Wirtschaft sich nicht so entwickeln konnte wie in Westdeutschland (Greve et al. 2021, 8f.). Die Wendezeit verschlimmerte die bereits bestehenden wirtschaftlichen Differenzen zwischen Ost und West; analog zum langfristigen sozialen Wandel der Modernisierung in vielen westlichen Ländern produzierte dieser Systembruch Verlierer*innen des Wandels (Maier 1999, 68f.). Nicht alle konnten mit der Veränderung der Sozialsysteme oder des Wirtschaftssystems schritthalten. Doch „erlaubte“ der gravierende Umbruch oftmals auch gar nicht ein Schritthalten mit den Veränderungen: Deindustrialisierung und Privatisierung der volkseigenen Betriebe der DDR, welche von ihren westdeutschen Äquivalenten gekauft wurden, nur um sie in der Folge zu schließen,

fürten zu Arbeitslosigkeit, *gebrochenen Biographien* und *entwerteten Karrieren* sowie Schmerz und Machtlosigkeit (Dicke 2018, 26f.; Weisskircher 2020, 617–619). Während manche Städte einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebten, sind vor allem ländliche Gegenden starker Emigration von Jüngeren, überwiegend Frauen, ausgesetzt (Rösel 2019; Weisskircher 2020, 617–619). Zuletzt äußert sich die strukturelle Benachteiligung des Ostens durch die massiven Unterschiede der Repräsentation der west- und ostdeutschen Bevölkerung in der wirtschaftlichen und politischen Elite Deutschlands: Nach Weisskircher (2020, 620) sind nur 2% der wirtschaftlichen und politischen Elite ostdeutsch, selbst in Ostdeutschland wird nur 23% von „ihresgleichen“ vertreten.

Aus all diesen strukturellen Problemen inklusive der herrschenden ökonomischen Unsicherheit, dem Statusverlust sowie dem Abbau von sozialstaatlichen Leistungen entsteht schließlich ein ökonomisches Deprivationsempfinden. Der Vergleich mit Westdeutschland führt zu kollektiven Benachteiligungsgefühlen, welche jene Deprivation intensivieren (Best/Salheiser 2022, 343), und in diesem Zuge auch die Wahlentscheidung prägen (Manow 2018, 87–89). Zusammenfassend argumentieren Betz/ Habersack (2020), dass

the AfD's success in Eastern Germany is to a large extent an expression of a panoply of pent-up emotions provoked and engendered by the collective psychological shocks, traumas, and injuries sustained in the years following unification, which have apparently never fully healed (Betz/Habersack 2020, 117).

Stattdessen wuchs die sogenannte „Ostalgie“: Ein nostalgischer Blick auf das Leben früher, vor der Wende, in welcher die vorhandene soziale Sicherheit und Gemeinschaft hervorgehoben wird (Betz/Habersack 2020, 119). Schließlich entstanden im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 erneut Ängste vor drohenden Abstiegs- und Verlustserfahrungen: Zwar waren die faktischen Betriebsschließungen und Entlassungen viel geringer als die in den 90er-Jahren, jedoch reichte die bloße Möglichkeit einer Wiederholung der Erfahrungen aus, starke Gefühle von Unsicherheit bei der ostdeutschen Bevölkerung auszulösen (Brachert et al. 2020, 9).

Auf Einstellungsebene werden die Unterschiede nun deutlich: Die ostdeutsche Bevölkerung ist anfälliger für populistische Einstellungen, was auch auf die Sozialisationserfahrungen in der DDR und den Einfluss von Eltern auf jüngere Generationen zurückzuführen sein könnte: Nach Pesthy et al. (2021, 75) wurde in der DDR innerhalb der sozialistischen Ideologie das Volk als eine Einheit von Arbeiter*innen gesehen. Verstärkt wurde dieser Einheitsgedanke innerhalb des Wiedervereinigungsprozesses durch identitätsstiftende Slogans wie „Wir sind das Volk!“, welche in starker Abgrenzung zu den politischen Eliten der SED entstanden

sind. Dies prägt zum einen die Einstellung zur alleinigen Souveränität des Volkes, welche teilweise konträr zur liberal-repräsentativen Demokratie in Westdeutschland steht (Pesthy et al. 2021, 75). Zum anderen ist dieser Antagonismus zwischen dem Volk und den (vermeintlich korrupten) Eliten Kernelement des Populismus (Mudde 2007, 23). Weiterhin ist die ostdeutsche Bevölkerung grundsätzlich weniger zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie (Weiß et al. 2020, 49f.; Weisskircher 2020, 619f.). Dies läge nach Weisskircher (2020, 619f.) daran, dass Ostdeutsche mehr Erwartungen an den Output der Demokratie hätten, von welcher sie enttäuscht werden.

Jung/Jung (2022, 140) zeigen auf, dass ökonomische Themen bzw. die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit als wichtiges Problem in Ostdeutschland häufiger genannt wird als in Westdeutschland. Im Hinblick auf die Unterstützung der AfD zeigen sich auch Unterschiede zwischen der ost- und westdeutschen Bevölkerung: In Ostdeutschland haben nach Pesthy et al. (2021, 82–84) populistische und nativistische Einstellungen einen stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung für die AfD als in Westdeutschland; Weiß et al. (2020, 59f.) analysieren hingegen, dass nativistische und populistische Einstellungen in Ostdeutschland einen schwächeren Einfluss haben. Weiterhin zeigen die Autor*innen, dass in Ostdeutschland eine Unzufriedenheit mit der Bundesregierung die Sympathie für die AfD signifikant erhöht, während in Westdeutschland hingegen eine Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie diese steigert. Zuletzt zeigt sich bei Weiß et al. (2020, 59f.), dass ein höheres Unge-rechtigkeitsempfinden in Ostdeutschland die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit verringert, während der Effekt Westdeutschland nicht signifikant ist. Eine niedrige Schichtselbstestufung sowie eine Furcht vor dem Stellenwechsel erhöhen im Westen die Wahrscheinlichkeit, die AfD anzukreuzen. Im Osten hat diese Variable hingegen keinen signifikanten Effekt. Letztgenannte Ergebnisse unterstützen die Analyse von Manow/Schwander (2022, 178–180): Diese untersuchen, dass in Westdeutschland auf der Individualebene Arbeitsmarktinsider⁹, deren Job nicht sicher ist und welche durch die Aufweichung der sozialen Sicherungssysteme Angst haben, ihren Status zu verlieren, am wahrscheinlichsten die AfD wählen. Diejenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben sowie Arbeitsmarktoutsider, die bereits keinen unbefristeten Vollzeitarbeitsplatz haben, wählen hingegen weniger wahrscheinlich die AfD (Manow/Schwander 2022, 178–180).

⁹ Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis, also diejenigen, welche unbefristet und Vollzeit arbeiten. Arbeitsmarktoutsider sind diejenigen, welche arbeitslos sind, befristete Verträge haben oder in Teilzeit arbeiten, unabhängig ob freiwillig oder nicht.

Auch auf räumlicher Ebene zeigen sich Unterschiede darin, welche Faktoren zwischen Ost und West die Wahlergebnisse der AfD begünstigen: Anhand von Wahlkreisdaten der Bundestagswahl 2021 untersuchen Hansen/Olsen (2022, 116–122) die Unterschiede zwischen den Wahlergebnissen der AfD in Ost und West. Während das verfügbare Haushaltseinkommen sowie der Anteil von Personen, die im Ausland geboren sind, keinen Einfluss auf das Wahlergebnis haben, erhöht ein höherer Anteil von Personen älter als 59 Jahre und reduziert ein höherer Anteil von Personen mit Hochschulberechtigung (Abitur) das Wahlergebnis der AfD in Ost- und Westdeutschland. Der Alterseffekt ist dabei im Osten stärker ausgeprägt als im Westen. Die Arbeitslosenquote eines Wahlkreises hat nur im Osten einen Effekt auf das AfD-Wahlergebnis: Dort verringert eine hohe Arbeitslosenquote den Anteil von AfD-Stimmen, was den theoretischen Erwartungen der Modernisierungsverlierertheorie widerspricht (Hansen/Olsen 2022, 116–122). Diese Ergebnisse stimmen mit der Analyse von Manow/Schwander (2022) und Manow (2018) überein: Indikatoren von Deprivation auf Gemeinde- oder Landkreisebene (Manow/Schwander 2022, 174–178) oder auf Wahlkreisebene (Manow 2018, 90–98) wie der Anteil der geringfügigen Beschäftigung oder die aktuelle Arbeitslosenquote haben keinen signifikanten Einfluss bzw. verringern die Unterstützung für die AfD. Hingegen hat in Westdeutschland ein hoher Anteil regulärer Beschäftigung sowie die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe einen starken positiven Effekt. In Ostdeutschland sind es Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit, welche den AfD-Stimmenanteil erhöhen. Folglich ist es eine Statusverlustangst, welche zwar in Ost und West unterschiedlich zustande kommt, jedoch ein gutes Abschneiden der AfD in bestimmten Regionen erklärt (Manow 2018, 90–98; Manow/Schwander 2022, 174–178).

Weisskircher (2020, 619) führt aus, dass es in die DDR – ähnlich zu vielen Sowjet-Staaten – nur wenig Migration gab: So immigrierten zwar kleine Communities aus Vietnam und Mozambique in die DDR, jedoch war die Anzahl im Vergleich zu den sogenannten Gastarbeiter*innen in Westdeutschland viel geringer. So blieb ein interkultureller Austausch für viele Menschen in der DDR aus, weshalb Effekte der Kontakttheorie, nach welcher ein regelmäßiger Kontakt zum Abbau von Vorurteilen und Stereotypen führt, zumeist nicht eintreten konnten. Demnach sind in Ostdeutschland stärker ablehnende Einstellungen gegenüber Immigration verbreitet als in Westdeutschland, diese wiederum begünstigen die AfD-Wahl (Weisskircher 2020, 619). So haben beispielsweise bei Weiß et al. (2020, 47) die Wähler*innen aller Parteien mit Ausnahme der FDP sowie Nichtwähler*innen in Ostdeutschland ausgeprägtere nativistische Einstellungen als in Westdeutschland.

Zuletzt spielt nach Yoder (2020) der Faktor der politischen Repräsentation eine Rolle, weshalb die AfD in Ostdeutschland besonders erfolgreich ist: Die AfD vertritt zwar eine ostdeutsche Identität und Interessen und bezieht sich beispielsweise in Wahlkampfkampagnen auf die entstandenen Unzufriedenheiten über den Wendeprozess und auf die Ostdeprivation. Bei der deskriptiven Repräsentation – eine demographische, identitäre oder kulturelle Vertretung der AfD-Wählenden aus Ostdeutschland – kann die AfD jedoch nicht punkten. Die Wurzeln der Partei und viele ihrer Mandatsträger*innen liegen in Westdeutschland. Doch trifft die Partei den Nerv, dass Ostdeutsche in der Politik und Wirtschaft nicht adäquat vertreten sind (Yoder 2020, 53f.).

Die allen voran wirtschaftliche Benachteiligung von Ostdeutschland als Folge der DDR und Wendezeit wirkt sich demnach bis heute auf die Sozialisation der dort Aufgewachsenen aus. Gemeinsam mit einer heutigen mangelnden Repräsentation und stetiger Unsicherheit prägt sie ein Ungerechtigkeitsgefühl – eine subjektive Deprivation – der ostdeutschen Bevölkerung.

Demographische Entwicklung

Der wirtschaftliche und industrielle Abstieg einer Region wirkt sich auch unmittelbar auf die Demographie aus: Für bessere wirtschaftliche Chancen ziehen jüngere, gut ausgebildete Menschen weg von den *left-behind places*; die Folgen der Emigration und des Brain-Drains sind Entvölkerung und eine weitere Abnahme von privaten sowie öffentlichen Dienstleistungen, was zu einer stetigen Unbefriedigung von Grundbedürfnissen führt (Quent et al. 2019, 6; Rodríguez-Pose 2020, 6). Dies führt schließlich dazu, dass sich das durchschnittliche Alter in einer Region erhöht. Nach dem Journalisten Jörg Schönenborn wirkt sich die Abwanderung auch auf die Einstellung der zurückbleibenden Menschen aus: Sie werden „konservativer und autoritärer“ (Meisner 2019). Empirisch zeigt Salomo (2019, 109–114) in Thüringen auf, dass eine negative Bevölkerungsentwicklung, welche durch die Altersstruktur, den Anteil von Männern und Frauen sowie die Netto-Migrationsquote operationalisiert wurde, die subjektive Deprivation erhöht.

Dass ein Rückgang der Bevölkerung den Anteil der AfD-Stimmen erhöht, ergeben Studien von Bergmann et al. (2018, 253f.) und Richter et al. (2022, 318–321) für Gesamtdeutschland, von Endt (2019) für Ostdeutschland und von Richter et al. (2022, 313–318) für Thüringen.

Dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil älterer Menschen das AfD-Wahlergebnis erhöht, analysieren Franz et al. (2018, 140f.), Franz et al. (2019, 295f.) und Greve et al. (2021, 19). Brachert et al. (2020) führen in ihrer Analyse zu den langfristigen Einflüssen der Transformationserfahrung der Wendejahre sowie der Wirtschaftskrise 2008/09 in Ostdeutschland die demographische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Konzeptualisierung von Gewinner- und Schockregionen zusammen. Operationalisiert wurden diese mit der Entwicklung der Einwohner*innen und Beschäftigtenzahlen in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Landkreise bzw. kreisfreie Städte, die in den jeweiligen Kategorien im unteren Drittel zugeordnet werden, wurden als Schockkreise und die im oberen Drittel als Gewinnerkreise eingestuft (Brachert et al. 2020, 10f.). Es zeigt sich, dass in den Schockkreisen der Anteil der Personen, die subjektiv depriviert sind, höher ist als in den Gewinnerregionen. Gleichzeitig fällt die Wahlbeteiligung in den Schockregionen geringer aus; diejenigen, die ihre Stimme dort abgeben, wählen vergleichsweise häufiger die AfD als in anderen Regionen (Brachert et al. 2020, 14–24).

Folgen von subjektiver Deprivation

Politische Unterstützung, Efficacy und Populismus

Wie zuvor erwähnt kann es sein, dass die Bürger*innen die Politik für ihre Deprivation und die erlebte Ungerechtigkeit in der Verantwortung sehen. Vertrauen in die Politik und die Einstellung, dass diese kompetent ist, Lösungen für Probleme zu entwickeln, nimmt bei den Deprivierten ab (Kleinert 2021, 102–105). Stattdessen hat sich ein anderes Bild der Politik eingepreßt: Lobbyismus und nur die Interessen der Wirtschaft bestimmen die Entscheidungsprozesse, die Meinung des Volkes spielt keine (relevante) Rolle mehr (Rippl/Seipel 2018, 241). Die Politiker*innen würden nur an ihre eigenen Motive denken und nicht auf die Belange der Bevölkerung eingehen. Unfähigkeit, dringende gesellschaftliche Probleme zu behandeln, wird ihnen stattdessen attestiert (Spier 2010, 98–101). Der Glauben an die Korruption der Politik geht Hand in Hand mit einer politischen Unzufriedenheit und Entfremdung, in der jeglicher Output des politischen Systems abgelehnt wird (Goerres et al. 2018, 252): Antibürokratische und antielitäre Einstellungen stellen sich ein, die sich gegenüber den politischen Institutionen und ihren Amtsinhaber*innen ausdrücken können. Protestverhalten wie eine sogenannte Protestwahl bis hin zur Ablehnung der Demokratie und ihrer Normen und Prozesse können die Folge sein; die politische Unterstützung auf sowohl diffuser als auch spezifischer Ebene nimmt ab (Spier 2010, 98–101). Weiterhin dient die

Ablehnung des politischen Systems und der Politiker*innen als Nährboden für populistische Einstellungen bzw. eine Offenheit bezüglich der populistischen Rhetorik rechtspopulistischer Parteien. Geurkink et al. (2020, 248) fassen zusammen, dass drei verschiedene Sets von Einstellungen das Wählen von populistischen Parteien unabhängig ihrer ideologischen Links-Rechts-Ausrichtung erklären: (1) das politische Vertrauen, (2) populistische Einstellungen und (3) politische Efficacy. Diese drei Einstellungsmuster sollen im Rahmen dieser Arbeit unter dem Schlagwort politische Entfremdung zusammengefasst werden.

Politische (Un-)Zufriedenheit und Vertrauen

Wenn eine wahlberechtigte Person mit der Arbeit oder der programmatischen Position *ihrer* Partei unzufrieden ist, hat sie nach dem „exit-and-voice“-Modell nach Hirschman (1970; zitiert nach Maier 1999, 120f.) drei Optionen: Sie kann nicht zur Wahl gehen (exit), die Partei trotzdem wählen (loyalty) oder sie kann aus Protest eine andere Partei wählen, um so deutlich zu machen, dass sie unzufrieden ist (voice) (Maier 1999, 120f.). Diese Wahl einer anderen Partei als Folge politischer Unzufriedenheit wird als Protestwahlthese beschrieben: Wähler*innen fühlen sich einer anderen Partei eigentlich zugehörig und identifizieren sich beispielsweise mit dieser, jedoch sind sie mit der Arbeit jener Partei unzufrieden. Um diese Unzufriedenheit deutlich zu machen, wählen sie aus Protest die Protestpartei (Pappi 1990; zitiert nach Spier 2010, 98). Oftmals bezieht sich die Unzufriedenheit und der Protest *nur* auf ein spezifisches Policyissue, welches als von der eigenen Partei falsch bearbeitet bewertet wird. Ziel der Protestwahl wäre es, durch die Wahl der Protestpartei die ursprünglich präferierte Partei zu einer Policyänderung zu bewegen (Bieber et al. 2018, 438). Nach Arzheimer (2008, 108f.) lassen sich für diese Protestwahlthese bei der Wahl rechter Parteien jedoch nur kaum Hinweise finden: So sind in der Regel neben einer hohen politischen Unzufriedenheit auch ideologische Überschneidungen zwischen Wähler*innen und Parteien der extremen Rechten vorhanden, sodass eine bewusste Entscheidung für die Wahl aufgrund inhaltlicher Übereinstimmungen nahe liegt und diese nicht nur auf Grund von einer Unzufriedenheit geschieht. Demnach könne nicht von einer reinen Protestwahl gesprochen werden, sondern eher von einer Interaktion von Unzufriedenheit und rechten Einstellungen (Arzheimer et al. 2001, 238; Arzheimer 2008, 108f.).

Bieber et al. (2018, 446–455) untersuchen, ob die Protestwahlthese bei den Wähler*innen der AfD zutrifft und falls ja, wie sich die Protestwähler*innen von den „überzeugten“ AfD-Wähler*innen mit einer AfD-Parteidentifikation oder den ungebundenen ohne eine

Parteiidentifikation unterscheiden. Im Jahr 2013 hatten 37,1% der Wähler*innen der AfD eine Parteiidentifikation mit einer etablierten Partei, 32,1% bereits eine Parteiidentifikation mit der AfD entwickelt und 26% keine Parteiidentifikation¹⁰. Bis 2016 erhöhte sich der Anteil derjenigen unter den AfD-Wählenden, die eine Parteiidentifikation mit einer etablierten Partei haben, auf 42,9%. Der Anteil derjenigen, die keine Parteiidentifikation haben, blieb mit 24,2% sowie der Anteil derjenigen mit AfD-Parteiidentifikation mit 31,9% relativ stabil. Da zumindest bis 2016 ein Großteil der Wähler*innen der AfD eine Parteiidentifikation mit einer anderen Partei hatte, lassen sich hier Ansätze für die Bestätigung der Protestwahlthese wiederfinden. Unterschiede auf der Einstellungsebene zwischen den verschiedenen Typen der AfD-Wähler*innen können Bieber et al. (2018, 453–455) ebenfalls festmachen. Während die Demokratiezufriedenheit, die Einstellung zur Migration sowie zum Euro bzw. der EU sich nicht unterscheiden, positionieren sich diejenigen mit einer AfD-Parteiidentifikation ideologisch weiter rechts. Weiterhin haben die Protestwähler*innen im Vergleich zu den überzeugten oder denjenigen ohne Parteiidentifikation ein positiveres Bild von der damaligen Bundeskanzlerin Merkel oder anderen Parteien (Bieber et al. 2018, 453–455).

Demnach zeigt sich, dass die AfD aus einer Unzufriedenheit mit der eigenen bevorzugten Partei gewählt werden kann. Die Unzufriedenheit über den einzelnen politischen Akteur ist Teil eines breiteren Frameworks, welches die politische Unterstützung misst. Nach der Typologie von Easton (1975)¹¹ wird zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden. Die spezifische Unterstützung bewertet die Leistung des Systems: Wie zufrieden ist eine Person mit der Performanz und dem Output, den es produziert? Dabei ist diese vor allem kurzfristiger Natur (Easton 1975, 437). Die diffuse Unterstützung beschreibt die Anerkennung der Legitimität und das Vertrauen in das politische System und seine Institutionen. Letztlich wird damit auch die Unterstützung der Demokratie als Staatsform gemessen (Easton 1975, 444). Auf Grundlage dieser Typologie der politischen Unterstützung untersuchen Schmitt-Beck et al. (2017, 283f.) die Eliten- und Systemkritik der AfD-Wählenden in Baden-Württemberg: Die geringe spezifische Unterstützung gemessen durch die Zufriedenheit mit der Arbeit verschiedener Regierungsinstitutionen ist der stärkste Prädiktor für die AfD-Wahl (Schmitt-Beck et al. 2017, 293–297). Ein ähnlicher Effekt der spezifischen

¹⁰ 4,8% hatten eine Parteiidentifikation mit sonstigen Parteien. Dieser Wert nahm bis ins Jahr 2016 auf 1,0 ab.

¹¹ Eine weitere Typologie ist die von Norris (1999, 9–21; 2011, 21–31), welche zwischen fünf Ebenen differenziert: (1) dem Zugehörigkeitsgefühl zur politischen Gemeinschaft, (2) der Zustimmung zu den Grundlegenden Werten und Prinzipien, (3) der Evaluation der allgemeinen Leistung des Regimes, (4) dem Vertrauen in die Regierungsinstitutionen und (5) der Akzeptanz der Amtsinhaber*innen.

Unterstützung zeigt sich bei Giebler/Regel (2017, 20) bzgl. der Zufriedenheit mit der jeweiligen Landesregierung in den fünf ostdeutschen Flächenländern sowie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Auf Bundesebene zeigt sich eine hohe Unzufriedenheit mit Angela Merkel als Prädiktor für die AfD-Wahl (Diermeier 2020, 51f.). Eine negative Bewertung über den Bestand der Demokratie in Deutschland – und demnach ein Merkmal der diffusen (Nicht-)Unterstützung – macht die Wahl der AfD auf bundesdeutscher Ebene bei Hambauer/Mays (2018, 148f.) und Bieber et al. (2018, 450–455) wahrscheinlicher. Weiterhin reduzieren hohe Werte auf einem additiven Index des politischen Vertrauens in den Bundestag, die Bundesregierung und Parteien in Studien von Goerres et al. (2018, 257–260) und Steiner/Landwehr (2018, 483–486), welche dem Index zusätzlich das Vertrauen in Politiker*innen hinzugefügt haben, die Wahrscheinlichkeit, die AfD anzukreuzen. Schließlich zeigt sich bei Weiß et al. (2020, 55–60), dass in einem Model ohne Einstellungsvariablen als Kontrolle ein Einfluss auf das AfD-Wahlabsichtsverhalten von sowohl einer geringen diffusen als auch spezifischen Unterstützung vorhanden ist: Die Bewertung der Demokratie als Staatsform und ein Index bestehend aus Variablen, die das Vertrauen in verschiedene politische Institutionen messen, sind ebenso signifikant wie die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung. Geringe Werte erhöhen jeweils die AfD-Wahlabsichtswahrscheinlichkeit. Beim Hinzufügen von Merkmalen subjektiver und objektiver Deprivation sowie politischer Einstellungen in das Modell erhöht lediglich eine hohe Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie¹² die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD (Weiß et al. 2020, 55–60). Dass diese die Wahl der AfD wahrscheinlicher macht, analysieren auch Kroh/Fetz (2016, 718), Steiner/Landwehr (2018, 483–486), Diermeier (2020, 51f.), Hartmann et al. (2022, 146f.) und Dilling (2018, 96–98) sowie Hansen/Olsen (2019, 9–15) im Vergleich zur SPD, Grünen, FDP und den Unionsparteien. Nur im Vergleich zu den Wählenden der Linkspartei unterscheiden sich die Wähler*innen der AfD im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie nicht (Hansen/Olsen 2019, 9–15).

In der Studie von Kleinert (2021, 110–115) untersuchte der Autor mögliche Mediationseffekte von ökonomischer Deprivation auf politische Unzufriedenheit: In allen acht Wellen des *GLES Langfrist-Online Trackings* von Januar 2016 bis Dezember 2017 zeigte sich ein

¹² Was das Item „Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie“ genau misst, wird in der Politikwissenschaft ausführlich diskutiert. Es kann sich je nach Nation unterscheiden, ob es Unterstützung für die Autoritäten, für das politische System oder für Demokratie als Staatsform misst (Canache et al. 2001, 524f., siehe auch Linde/Ekman 2003, Poses/Revilla 2022).

Mediationseffekt von politischer Unzufriedenheit des Einflusses ökonomischer Deprivation auf die Wahl der AfD (Kleinert 2021, 110–115).

Populistische Einstellungen

Die Zufriedenheit mit dem existierenden Regime sowie seinen Institutionen und Personen beeinflusst wiederum, wie und ob sich Personen alternative Entscheidungsverfahren wünschen. Steiner/Landwehr (2018, 477) argumentieren, dass durch eine politische Unzufriedenheit ein illiberales Demokratieverständnis entstehen kann, in welchem eine populistische Konzeption von Demokratie vorherrscht. Diese Demokratiekonzeption ist Teil einer „dünnen“ Ideologie des Populismus, welche mit „dicken“ Ideologien kombiniert wird. Dieser Ansatz folgt der Populismus-Definition von Mudde (2007, 23), welcher Populismus definiert als

thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people (Mudde 2007, 23).

Demnach ist vor allem der Antagonismus zwischen Volk und Elite für den Populismus essentiell, in welchem das Volk als gut und die Elite als korrupt gilt. Letztgenannte besteht nach den Populist*innen aus den etablierten Parteien (Mudde 2004, 546). In Abgrenzung zu „einfacher“ politischer Unzufriedenheit ist die Zentrierung auf das Volk und dessen Einigkeit und Reinheit das entscheidende Element (Akkerman et al. 2017, 380): Der Fokus auf die Volkssouveränität lässt Hoffnung auf Veränderung entstehen, dass, wenn die etablierten Politiker*innen und Parteien gescheitert sind, die einfache Bevölkerung an der Macht ist und Lösungen entwickeln sowie durchsetzen kann (Spruyt et al. 2016, 336). So ist nach Canovan (1999, 4) Populismus nicht nur die Reaktion gegen bisherige Machtstrukturen, entstehend auf einer Unzufriedenheit, sondern auch ein Aufruf an die bestehenden Autoritäten, den Willen des Volkes unvermittelt umzusetzen. Da die politischen Eliten jedoch alle korrupt wären, könnte der Wille des Volkes nur durch *Nichtpolitiker*innen* umgesetzt werden, welche unmittelbar aus dem Volk kommen (Geurkink et al. 2020, 252f.)

Als Auslöser des *populistischen Zeitgeists* (Mudde 2004) werden in der Populismusforschung¹³ auf der Makroebene oftmals gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und daraus

¹³ Priester (2017, 553–555) erstellt eine Auflistung der verschiedenen möglichen Gründe für den Aufstieg des Populismus und ordnet sie einer makro-, einer meso- und einer mikrostrukturellen Ebene zu.

resultierenden Krisen genannt (Decker/Lewandowsky 2017, 23): Die Postindustrialisierung bzw. Tertiarisierung führt zu einer massiven Veränderung der Arbeitswelt, in Folge einer zu schnellen Veränderung treten Wert- und Orientierungsverluste ein (Priester 2017, 553); Panreck (2019, 34) hebt beispielsweise die Digitalisierung als „Motor des Strukturwandels“ hervor, welche den Erfolg des Populismus begründet. Diese Theorien über den Ursprung von populistischen Parteien fügen sich demnach in die oben genannten Ausführungen ein. Moffitt (2016, 113–132) argumentiert hingegen, dass Populismus nicht die Reaktion auf Krisen ist, sondern Krisen ein essentieller Bestandteil und dem Populismus inhärent sind. Krisen sind nach Moffitt (2016, 113–132) keine neutralen bzw. objektiven Phänomene, sondern werden immer durch eine bestimmte Brille gesehen und die Frage, ob eine Krise eine Krise oder nicht „nur“ ein Problem, Fehler oder eine Herausforderung ist, ist damit abhängig vom jeweiligen Auge des*der Betrachter*in. Eine Krise entsteht nach dieser Logik nur dann, wenn sie kulturell, sozial und/oder politisch von Menschen als solche wahrgenommen wird. So werden Krisen von verschiedenen Akteur*innen unterschiedlich bespielt und je nach Blickwinkel anders stilisiert, so auch von Populist*innen. Populist*innen können einen Fehler bzw. eine gesellschaftliche Herausforderung identifizieren und diese als Krise stilisieren, indem sie den ausgewählten Fehler mit anderen Problemstellungen verknüpfen und als Symptom eines strukturellen Problems darstellen. Sie framen, wer verantwortlich für die Krise ist, und stellen diese Gruppe als Elite antagonistisch zum „wahren Volk“ da. Dies wird von ihnen in den Medien bespielt: Sie präsentieren ihre einfachen Lösungen und inszenieren sich im Kontrast zur korrupten und unfähigen Elite als krisensichere Politiker*innen, wofür sie schlussendlich gewählt werden. Durch die allgemeine Unsicherheit der Bevölkerung in Krisenzeiten profitieren Populist*innen; demnach entsteht ein Anreiz für sie, eine Krise weiter zu propagieren und stetig neue zu beschwören (Moffitt 2016, 113–132). Da verschiedene Beschwerden und Probleme von Populist*innen bespielt werden, entsteht nach Spruyt et al. (2016, 336–338) eine Variabilität darin, wer genau die antagonistische Elite vom wahren Volk ist. Das Volk ist jedoch stetig gut und demokratisch und wird in einem positiven Licht gesehen. Dies findet Anklang bei den Personen, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen überfordert und desorientiert sind, ökonomisch nun schlechter dastehen und in der Folge Schwierigkeiten haben, über ein positives Selbstbild bzw. soziale Identität zu verfügen. In Abgrenzung von der korrupten Elite fühlen sie sich als Teil eines Volkes, welches die Verantwortung für die eigenen Unsicherheitsgefühle von sich wegschiebt und ein gutes Selbstbild mit Respekt vor und für sich selbst aufrechterhalten will. Sie hoffen, die

schwierigen Zeiten mit einem Selbstbild des handelnden und absolut souveränen Volkes zu „überstehen“ (Spruyt et al. 2016, 336–338).

Aus diesem Selbstbild des absolut souveränen Volkes leitet sich ein illiberales Verständnis von Demokratie ab, in welchem dem Volk umfassende politische Gestaltungskompetenz zugesprochen wird. Um den Willen des Volkes immer umzusetzen, sollen vermehrt direktdemokratische Entscheidungsverfahren angewandt werden sowie die Abgeordneten einem imperativen Mandat folgen. Dies impliziert einen Rückbau von Minderheitenschutz und Grundrechtsgarantien, welche entgegen einem möglichen Volkswillen stehen könnten (Schmitt-Beck et al. 2017, 284f.). Steiner/Landwehr (2018, 468–470) haben die illiberale populistische Demokratiekonzeption anhand drei Einstellungsmuster konzeptualisiert: *Majoritarismus*, *Unmittelbarkeit* und *Antipluralismus*. *Majoritarismus* beschreibt eine „unbedingte Privilegierung des Mehrheitswillens, der mit einem allgemeinen Willen gleichgesetzt wird“ (Steiner/Landwehr 2018, 468f.). Schutz und Interessen von Minderheiten werden dabei nicht berücksichtigt. Dieser Mehrheitswille muss unmittelbar von den Repräsentant*innen umgesetzt werden: Im Sinne eines imperativen Mandats müssen die Abgeordneten als Delegierte dem Willen des Volkes direkt folgen und haben keinen eigenen Ermessungs- und Handlungsspielraum (*Unmittelbarkeit*). Aus der Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens, den alle teilen, ergibt sich zwangsläufig eine Ablehnung von politischem Pluralismus, anderen Meinungen und des Austauschs von Interessen (*Antipluralismus*) (Steiner/Landwehr 2018, 468–470).

Dass AfD-Wählende direktdemokratische Elemente gegenüber Verfahren der Repräsentation im Entscheidungsprozess bevorzugen, zeigt sich bei Schmitt-Beck et al. (2017, 293–296). Ebenfalls findet sich bei den AfD-Wählenden eine Bevorzugung der Herrschaft der Mehrheit gegenüber dem Schutz der Minderheiten. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei Steiner/Landwehr (2018, 478–482): Die AfD-Wähler*innen haben im Vergleich zu Wähler*innen anderer Parteien höhere Werte auf den Items Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Anti-Pluralismus. Bei Weiß et al. (2020, 54–59) erhöhen hohe Werte auf dem Index der Unmittelbarkeitsvariablen sowie der Antipluralismusvariablen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen.

Die „dünne“ Ideologie des Populismus wird neben der populistischen Demokratiekonzeption von Steiner/Landwehr (2018) auch durch populistische Einstellungen gemessen (so z. B. Akkerman et al. 2014; Hawkins et al. 2012). Diese beinhalten alle drei Kernkonzepte des Populismus: (1) Anti-Elitismus und eine volkszentrierte Sichtweise auf die Politik. In diesem

steht die Souveränität des Volkes im Vordergrund. (2) Politik ist inhärent antagonistisch zwischen dem reinen Volk und der korrupten Elite. (3) Politik soll immer den Willen der Mehrheit ausdrücken (Geurkink et al. 2020, 251f.). Bei Geurkink et al. (2020, 257–262), Akkerman et al. (2014, 1344f.) und Akkerman et al. (2017, 389–392) erhöhen hohe Werte auf der Populismusskala, welche aufbauend auf diesen drei Kernkonzepten operationalisiert wurde, die Wahlwahrscheinlichkeit populistischer Parteien.

Political Efficacy

Auf der Ebene der *Political Efficacy* lassen sich zwei Typen unterscheiden: Interne und externe politische Efficacy. Craig (1979, 229) konzeptualisiert interne politische Efficacy als das Vertrauen einer Person in ihre Fähigkeit, politisch aktiv zu werden sowie die Wahrnehmung, wie sehr Kanäle der politischen Partizipation für sie offenstehen. Externe politische Efficacy bezieht sich auf die Wahrnehmung, für wie erfolgreich man das eigene politische Handeln hält: Wie groß ist die eigene Einflussnahme auf den politischen Prozess? Gleichzeitig beinhaltet das Konzept auch die Fragen, für wie responsiv die politischen Institutionen gehalten werden (Craig 1979, 229).

Nach Rico et al. (2020, 799–801) kann eine hohe interne politische Efficacy populistische Einstellungen verstärken bzw. die Wahrscheinlichkeit, eine populistische Partei zu wählen, erhöhen: Die populistische Ideologie beinhaltet, dass das Volk im Zentrum politischer Handlungen steht und der Souverän politischer Entscheidungen ist. Dies impliziert, dass die Menschen sich politisch kompetent und in der Lage fühlen, Entscheidungen treffen zu können. Selbstbewusste Bürger*innen kritisieren wahrscheinlicher die Kompetenz und Autorität der Eliten bzw. das politische System als Ganzes, ähnlich wie Populist*innen es tun. Demnach kann eine hohe interne politische Efficacy populistische Einstellungen erhöhen. Dies bestätigt sich in der empirischen Analyse von Rico et al. (2020, 809f.). Dabei reicht ein subjektiver Eindruck, dass man selbst kompetent ist und das Selbstbewusstsein hat, politisch zu handeln: Effekte davon, dass Menschen mit geringerer Bildung bzw. einem niedrigeren Faktenwissen oftmals eine geringe interne politische Efficacy haben, sind hier reduziert (Rico et al. 2020, 809f.). Die theoretische Kausalkette könnte jedoch auch nicht ausgehend von einer hohen internen politischen Efficacy zur Unterstützung populistischer Einstellungen führen, sondern auch umgedreht stattfinden: Eine Person kann aus anderen Gründen bereits eine populistische Partei unterstützen. Die Kommunikation der Partei, in welcher die etablierten

Politiker*innen kritisiert und die Souveränität des Volkes betont wird, kann dazu führen, dass man sich selbstbewusster fühlt (Rico et al. 2020, 799–801).

Die externe politische Efficacy – also die wahrgenommene Responsivität der Eliten sowie die Einflussnahme auf den politischen Prozess – knüpft nach Geurkink et al. (2020, 251f.) an den Anti-Elitismus des Populismus an. Wenn die Eliten als nicht auf Bedürfnisse der Menschen eingehend wahrgenommen werden, erfüllen diese nicht ihre Aufgabe und die Unzufriedenheit steigt. Dies betrifft jedoch nur die aktuellen Eliten, nicht alle Eliten per se. Demnach unterscheidet sich eine geringe externe politische Efficacy an dieser Stelle vom Populismus dadurch, dass sie eben nicht einen Antagonismus zwischen Volk und der korrupten Eliten heraufbeschwört, sondern sich nur auf eine Unzufriedenheit mit den aktuellen Eliten bezieht. Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass das Volk nicht der umfassende Souverän der Politik ist, sondern die Macht an Eliten abgeben wird (Geurkink et al. 2020, 251f.). Die externe politische Efficacy misst an dieser Stelle eine Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik; sie ist eine Diagnose für einen allgemeinen Zustand, welcher wenig Hoffnung gibt (Spruyt et al. 2016, 341). Eine geringe externe politische Efficacy erhöht bei Spruyt et al. (2016, 342–344) populistische Einstellungen; bei Geurkink et al. (2020, 257–262) erhöht eine niedrige externe politische Efficacy die Wahlwahrscheinlichkeit populistischer Parteien. Wenn jedoch auf populistische Einstellungen sowie politisches Vertrauen kontrolliert wird, verliert der Prädiktor seine Signifikanz.

Rooduijn (2018, 363–365) untersucht in elf westeuropäischen Staaten, dass ein geringes politisches Vertrauen und eine niedrige Responsivität nicht in allen Staaten die Wahrscheinlichkeit erhöht, populistisch zu wählen. Krause/Wagner (2021, 170f.) führen dazu aus, dass der Effekt der externen politischen Efficacy dabei vom Alter der populistischen Partei und der Etablierung im politischen System abhängt: Niedrige Level von externer politischer Efficacy erhöhen nur die Wahlwahrscheinlichkeit der populistischen Partei, wenn sie nicht selbst Teil des politischen Establishments ist. Wenn sie jedoch bereits zu einem etablierten Teil des Parteiensystems geworden sind und gar Regierungserfahrung haben, können sie nicht mehr von anti-Eliten-Einstellungen der Bürger*innen profitieren (Krause/Wagner 2021, 170f.). Die AfD stufen Krause/Wagner (2021, 166) als vergleichsweise sehr junge und nicht etablierte Partei ein, sodass ein Effekt von niedriger politischer Efficacy auf die Wahlentscheidung für die AfD noch gelten könnte.

Aus Unzufriedenheit über die eigene Situation entstehend aus gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen sowie den *bespielten* Krisen kann sich Unzufriedenheit über die Politik

ausbilden. Diese kann unterschiedlich tief und ausgeprägt sein: So könnte einerseits zwar die Leistung der Regierung negativ bewertet, andererseits das politische System noch grundsätzlich unterstützt werden. Ein mangelndes Vertrauen in dieses, geringe wahrgenommene Responsivität und Einflussnahme auf den politischen Prozess sowie die Ansicht, dass alle politischen Eliten korrupt sind und nur das Volk politische Entscheidungen treffen kann, zeigen eine deutliche Ablehnung des politischen Prozesses. All dies sind Aspekte einer politischen Entfremdung, die als Folge eines Ungerechtigkeitsempfinden entstehen kann.

Wirtschaftlicher Nativismus

Spier (2010, 60) beschreibt, dass eine rein aus der Deprivationserfahrung entstehende politische Unzufriedenheit das Wahlverhalten für eine rechte Partei am wenigsten erklären kann. Stattdessen führt Spier (2010, 60) aus, dass die Frustrations-Aggression-These nach Dollard et al. (1939) genutzt wird, um das Wahlverhalten zu erklären. Aus Deprivation entstehen Frustration, Unsicherheit und ein Verlust der Identität; aggressive Haltungen können die Folge sein (Spier 2010, 60). Rechtspopulistische Parteien wissen dies zu nutzen und schieben die Verantwortung für den ökonomischen Abstieg einer diskriminierbaren Outgroup als Sündenböcke zu, auf welche sich die Aggression projiziert (Spier 2010, 104f.). Nach Mudde (2007, 63f.) ist die Gruppe von Sündenböcken dabei austauschbar; sie diene vor allem der Mobilisierung von Ressentiments und der Bildung einer eigenen Identität. Die Kernideologischen Elemente von populistischen rechtsradikalen Parteien sind Nationalismus, Nativismus und Populismus, die eine Outgroup von Einwander*innen oder Menschen anderer Religionszugehörigkeit erzeugen (Mudde 2007, 22). Jedoch können als Sündenböcke auch Menschen nicht der Norm entsprechender Sexualität oder Gender-Identität hinzugezogen werden, wie dies beispielsweise mit der PiS-Partei in Polen der Fall ist (Yermakova 2021).

Dass in Deutschland rechtspopulistische Bewegungen entstehen, die wegen ökonomischen Entwicklungen Migration als Ziel von Wut und Protest haben, liegt nach Manow (2018) und Rodrik (2018) an der politischen Ökonomie Deutschlands. Populistische Bewegungen entstehen in Folge der Globalisierung und als Interaktion von Nachfrage- und Angebotsseite: Als Voraussetzung für einen liberalen Handel, welcher Gewinner*innen und Verlierer*innen produziert, ist nach der Kompensationstheorie der Globalisierung eine sozialstaatliche Absicherung für die Verlierer*innen notwendig. Eine Kompensation entschädigt die Verlierer*innen für die entstehenden Nachteile der Globalisierung; sie sollen mit dieser etwas versöhnt werden (Rodrik 1998a, 1998b; zitiert nach Manow 2018, 43f.). Dennoch wird die

Ungerechtigkeit in der Verteilung von den Verlierer*innen wahrgenommen, die zu Unzufriedenheiten in der Bevölkerung führen kann und wodurch sich ein Potenzial für politischen Protest außerhalb der etablierten Regeln und des Mainstreams entwickelt. Doch muss dieser Protest über bestimmte programmatische Kanäle kanalisiert werden, um diesen Ausdruck zu verleihen. Dies wird auf der Angebotsseite bestimmt: Populistische Bewegungen oder Parteien präsentieren eine Antwort, die auf der Nachfrageseite den Wunsch nach Erklärung der Probleme und dem Finden eines*einer Schuldigen bedient. Je nachdem, wer als schuldig eingestuft wird, kann sich ein Populismus politisch links oder rechts aufladen. Rodrik (2018, 24–27) definiert dabei zwei Konfliktlinien, die er als *Cleavages* bezeichnet und welche jeweils das Feindbild des Volkes definieren: den Identitäten-Cleavage, welcher Minderheiten und Migration als Feindbild produziert und zu Rechtspopulismus führt; und den Einkommens-Cleavage, welcher große wirtschaftliche Akteure wie reiche Personen sowie große Unternehmen oder internationale Finanzinstitutionen wie die *Troika*¹⁴ als Ziel von Protest hat, und zu Linkspopulismus führt. Welcher der beiden Cleavages bespielt werden kann, liegt an der Salienz der Themen in der jeweiligen Bevölkerung: Wenn eine Gesellschaft einen Zuzug vieler Menschen mit unterschiedlichen religiösen oder kulturellen Identitäten erlebt, ist es wahrscheinlich, dass die ökonomischen Ängste in der Bevölkerung auf diese projiziert werden. Wenn starke Schocks der Globalisierung, die sich durch Finanzkrisen und ein damit einhergehendes Eingreifen internationaler finanzpolitischer Institutionen oder dem Eindringen großer Unternehmen in den lokalen Markt ausdrücken, die Gesellschaft geprägt haben, sind eher die internationalen Akteure Ziele von Wut und populistischen Protest (Rodrik 2018, 24–27). Deutschland hat nach Manow (2018, 87–90) eine exportorientierte politische Ökonomie mit einem vergleichsweise ausgeprägten staatlichen Sozialsicherungssystem. Da die Globalisierung nach Manow (2018) eher Arbeitsplätze in der Bundesrepublik sichert, ist der internationale Handel kein Ziel für Protest. Stattdessen spielt der „Agenda-Effekt“¹⁵ eine entscheidende Rolle: Die Abnahme der Absicherung verstärkt ökonomische Ängste; durch die faktische Gleichstellung des sozialen Status mit dem von Migrant*innen entsteht weiterhin Unmut über Zuwanderung, deren Salienz durch die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland ab dem Jahr 2015 verstärkt wurde.

¹⁴ Bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds.

¹⁵ Die Reformen der Agenda 2010 weichten die sozialstaatliche Sicherung auf, indem sie langfristig Leistungen auf ein Existenzminimum kürzte, wodurch unabhängig von dem vorigen beruflichen Status oder den Qualifikationen ein Statusverlust nun viel schneller geschehen kann (Manow 2018, 87–89).

Hillje (2018, 9f.) beschreibt, dass das häufigste Argument gegen Migration in den „Gesprächen“ seiner Studie der angeblich zu hohe Kostenfaktor und eine daraus resultierende finanzielle Benachteiligung deutscher Staatsbürger*innen gewesen ist. In der Wahrnehmung der Befragten wird das Leben der Migrant*innen einfacher gemacht, den Befragten selbst jedoch staatliche Unterstützung verwehrt. Dadurch werden sie als Konkurrent*innen um staatliche Sozialleistungen gesehen und man fordert, dass weniger Migrant*innen im eigenen Land leben, um selbst mehr Sozialleistungen zu erhalten (Hillje 2018, 9f.). Dies definieren Lengfeld/Dilger (2018, 186) als *Wohlfahrtschauvinismus*: Soziale Rechte wie die staatliche Wohlfahrtsversorgung sollen nur der einheimischen Bevölkerung ermöglicht werden.

Stahmer (2018, 567–571) sieht auch Verteilungskonflikte als Grund für das rechte Wahlverhalten: Eine wahrgenommene Konkurrenz um knappe Ressourcen ist vor allem in den unteren Einkommensschichten präsent: Die Arbeitsplätze der Menschen in den unteren Schichten werden von diesen als am meisten von Migrant*innen aus ökonomisch schlechter dastehenden Ländern bedroht angesehen. Kriesi et al. (2008, 28) bezeichnen diesen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze als *ethnic competition*. Sowohl das Konzept des *Wohlfahrtschauvinismus* als auch das des *ethnic competition* betonen ein ökonomisches Ungerechtigkeitsempfinden als Ursache für nativistische Einstellungen. Im Rahmen der Analyse dieser Arbeit wird die Ablehnung von Einwanderung bzw. Immigrant*innen als wirtschaftlicher Nativismus bezeichnet.

Die Tiefengeschichte von Hochschild (2016, 135–151) greift diese Faktoren auf: Die Metapher des Wartens in der Schlange vorm amerikanischen Traum beschreibt die Hoffnung auf Fortschritt, welcher sich vor allem in einer ökonomischen Sicherheit ausdrückt, die sich daran misst, ob es einer Person finanziell besser geht als noch ihren Vorfahren. Bei allen Menschen wuchs der Wunsch nach ökonomischer Sicherheit, die finanzielle Situation vieler älterer Menschen wurde immer prekärer. Eine Abwärtsmobilität ist Realität für die Generationen, die nach 1950 geboren sind. Die eigene Unsicherheit wurde auch immer präsenter: Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 führte dazu, dass viele Angestellte ihren Job oder ihr Haus verloren haben. In der Warteschlange vorm amerikanischen Traum werden nun neben Frauen und queeren Personen auch Schwarze, Immigrant*innen und Geflüchtete vorgelassen. Ein Gefühl der unfairen Behandlung entsteht, wenn in der eigenen Wahrnehmung diese durch Antidiskriminierungsmaßnahmen vordrängeln dürfen. So wird beispielsweise um neu entstehende Jobs mit Frauen, Einwander*innen und Geflüchteten konkurriert, aus dem Konkurrenzdruck entsteht eine Ablehnung gegenüber Immigration (Hochschild 2016, 135–151).

Pardos-Prado/Xena (2019, 302) zeigen auf, dass objektiv Deprivierte nicht wegen dem Zugang von Migrant*innen nativistische Einstellungen entwickeln, sondern dass eine sinkende Nachfrage ihrer Tätigkeit und fehlende Skills für den Transfer zu einem neuen Job zur Angst vor Arbeitslosigkeit führt. Es wird sich dabei gegen Immigration ausgesprochen, um den Konkurrenzdruck um die knappen Stellen zu vermeiden. Cohen (2018; zitiert nach Cohen 2021, 305) analysiert zudem einen Zusammenhang des ökonomischen Risikos einer Person mit ablehnenden Einstellungen gegenüber Immigration. In ihrer deskriptiven Analyse machen Jung/Jung (2022, 154–157) deutlich, dass diejenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Zukunft negativer sehen, ablehnender gegenüber Geflüchteten sind bzw. die Einstellung stärker vorhanden ist, dass Deutschland sie nicht verkraften könnte. Vor allem AfD-Wähler*innen haben negativere Ansichten über ihre wirtschaftliche Situation und berichten gleichzeitig über negative Auswirkungen der Migration von Geflüchteten nach Deutschland.

Dass ein Effekt von ökonomischer Deprivation durch die Ablehnung von Migration mediiert wird, wird empirisch in zahlreichen Studien angenommen, wenn in Regressionsanalysen bei Hinzunahme von Variablen zum Thema Einwanderung, Variablen zum objektiven oder subjektiven sozioökonomischen Status oder zu ökonomischen Ängsten ihre Signifikanz verlieren. Ein solcher Effekt zeigt sich bei Lengfeld/Dilger (2018, 193), wo sowohl das Einkommen, der Bildungsstand sowie die Schichtzugehörigkeit als objektive Merkmale als auch Sorgen zur finanziellen Situation sowie über einen möglichen Verlust des Arbeitsplatzes als subjektive Merkmale ihre Signifikanz verlieren. Das Ungerechtigkeitsempfinden darüber, dass man nicht den gerechten Anteil erhält, wird bei Sthamer (2018, 579–583) insignifikant, wenn die Zustimmung zur Aussage hinzugefügt wird, dass der deutsche Staat sein Geld lieber für die eigene Bevölkerung ausgeben soll anstatt nur auf bestimmte Gruppen (z. B. Banken, Griechenland, Flüchtlinge) zu achten. Hohe Zustimmungswerte zu diesen Items erhöhen dabei die AfD-Wahlabsicht. Während die subjektiven Deprivationsindikatoren wie die Furcht vor einem Stellenwechsel sowie die Schichteinstufung signifikant bleiben, verliert bei Weiß et al. (2020, 57f.) das objektive Merkmal Einkommensschicht bei Hinzunahme eines Nativismus-Indexes, der verschiedene Fragen zur Einstellung bezüglich Einwanderung und Geflüchteten beinhaltet. Bei Rippl/Seipel (2018, 247) verlieren die objektiven Statusvariablen Einkommen und Bildung bei Hinzunahme von Variablen, die ökonomische Aspekte von Fremdenfeindlichkeit zu den Themen Wohnungs- und Arbeitsmarkt aufgreifen, ihre Signifikanz. Hohe Werte auf den letztgenannten Items erhöhen die AfD-Wahlabsicht.

Goerres et al. (2018, 257–259) untersuchen verschiedene Aspekte der ökonomischen Präferenzen und ihren Einfluss auf nativistische Einstellungen: Während AfD-Wähler*innen zwar staatliche Maßnahmen für eine hohe Rente oder Gesundheitsversorgung befürworten, lehnen sie Umverteilungsmaßnahmen für Ärmere und Arbeitslose ab. Goerres et al. (2018, 252) begründen dies mit einem nativistischen Hintergrund, da sich in den unteren sozialen Schichten mehr Personen mit Migrationshintergrund wiederfinden. Weiterhin befürworten die Wähler*innen der AfD die Einschränkung des Zugangs zu staatlichen Sozialleistungen für Immigrant*innen (Goerres et al. 2018, 257–259).

Empirisch verlieren bei Lengfeld (2018, 304–307) bei Hinzunahme der nativistischen Items in das Modell die Deprivationsvariablen ihre Signifikanz. Gleichzeitig ist die Erklärungskraft des Modells stark gestiegen. Lengfeld (2018, 306f.) interpretiert diesen Effekt so, dass einige AfD-Wähler*innen die Partei aus wirtschaftlichem Konkurrenzdruck wählen, jedoch Zuwanderung eher aus einem kulturellen Bedrohungsgefühl ablehnen.

Best/Salheiser (2022, 357–360) analysieren anhand von Daten des Thüringen-Monitors, dass ein niedriges Bildungsniveau sowie eine Statusverlustangst ethnozentrische sowie neonationalsozialistische Einstellungsmuster erhöhen. Gleichzeitig verringert ein hohes Bildungsniveau die Statusverlustangst, was wiederum ethnozentrische und neonationalsozialistische Einstellungen unwahrscheinlicher macht. Eine negative Beurteilung der eigenen finanziellen Situation verstärkt ebenfalls, jedoch nur indirekt über eine steigende Statusverlustangst, eine negative Einschätzung des Wendeprozesses sowie das Gefühl kollektiver Deklassierung und rechtsextreme Einstellungen (Best/Salheiser 2022, 357–360). Weiterhin mediieren bei Kleinert (2021, 110–115) nativistische Einstellungen den Effekt ökonomischer Deprivation auf die Wahlentscheidung für die AfD: Eine ökonomische Deprivation erhöht nativistische Einstellungen, welche wiederum die Wahl der AfD begünstigen.

Dass auch eine wirtschaftliche Deprivation in der Region zur Ausbildung nativistischer Einstellungen führt, zeigen auch Carreras et al. (2019) für das Vereinigte Königreich oder Colantone/Stanig (2018a, 2018b) für Europa. Steigende chinesische Importe führen zu einer Lohnreduktion und Arbeitslosigkeit in dieser Region; das durchschnittliche Einkommen eines Haushalts nimmt ab (Autor et al. 2013, 2159). Diese wiederum lässt die Deprivation steigen; in der Folge haben Befragte in der betroffenen Region eine geringere Unterstützung für Demokratie, eine stärkere Ablehnung gegenüber Immigration und tragen mehr autoritäre Werte in sich (Colantone/Stanig 2018a, 18–29) Weiterhin erhöhen starke chinesische Importe den Stimmenanteil von nationalistischen und rechtsradikalen Parteien

(Colantone/Stanig 2018b, 944–951). Carreras et al. (2019, 1408–1415) analysieren, wie verschiedene Konstrukte des *Cultural Backlash*, wie zum Beispiel Nativismus oder eine Nostalgie für die vergangene Welt, den Einfluss langfristiger wirtschaftlicher Entwicklungen auf die Unterstützung des Brexits vermitteln. Demnach führt eine langfristige negative Entwicklung des Haushalteinkommens sowie eine steigende Arbeitslosenquote vermittelt durch kulturellen Groll zur Unterstützung des Brexits. Gleichzeitig hat die wirtschaftliche Entwicklung auch einen direkten bzw. unvermittelten Effekt auf die Wahlentscheidung, bei welchem negative Entwicklungen unmittelbar die Wahlwahrscheinlichkeit für den Brexit erhöhen (Carreras et al. 2019, 1408–1415).

Im Pfadmodell von Salomo (2019, 109–114) erhöht in Thüringen ein durchschnittlich niedriges Bildungsniveau, eine negative Bevölkerungsentwicklung und eine schlechte Beschäftigungslage – gemessen durch eine hohe Arbeitslosenquote, das durchschnittlichen Haushaltseinkommen und den Anteil von Angestellten im Dienstleistungssektor – die subjektive Deprivation eines Individuums, welche wiederum nativistische und rechtsradikale Einstellungen erhöht. Den Einfluss regionaler Einflussfaktoren in Thüringen untersuchend bilanzieren Best/Salheiser (2022, 360f.), dass deren Einflussstärke nur gering ist. Dadurch, dass die Unterschiede zwischen den Thüringer Kreisen auf sozioökonomischer und soziodemographischer Ebene vergleichsweise gering sind, lassen sich kaum Unterschiede feststellen. Dennoch werden Deprivationsempfindungen leicht durch bessere regionale Strukturmerkmale reduziert (Best/Salheiser 2022, 360f.).

Die Verknüpfung von Ökonomie und Nativismus ist demnach sehr deutlich: Aus der Sorge um die eigene Existenz entsteht ein Ungerechtigkeitsempfinden und Benachteiligungsgefühl gegenüber Einwander*innen, die in der Wahrnehmung einer Person zu viele staatliche Sozialleistungen erhalten oder den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. In der Folge wird Migration schließlich abgelehnt. Dieser wirtschaftliche Nativismus ist hierbei noch stärker, wenn der ökonomische Druck durch mangelhafte Bedingungen in der Wohnregion verstärkt wird.

Theoretisches Modell

Das theoretische Modell der Arbeit besteht aus drei großen Abschnitten: Erstens wie sich eine subjektive Deprivation ausbildet und wie diese unmittelbar zur Wahl der AfD führt. Zweitens wie politische Einstellungen aus der subjektiven Deprivation entstehen und diese die Wahl der AfD begünstigen. Drittens der Einfluss des *Cultural Backlash* auf das Wahlverhalten zur AfD. Dabei folgt es grundsätzlich dem sozialpsychologischen Ansatz zur Untersuchung des Wahlverhaltens, dem Ann-Arbor-Modell (Campbell et al. 1960). Dies beinhaltet sowohl die sozioökonomischen Faktoren und Gegebenheiten als auch die politischen Einstellungen und Werte, welche die Wahlentscheidungspräferenz beeinflussen (Dalton 2013, 184f.).¹⁶ Abbildung 1 zeigt das theoretische Modell mit den Konzepten, Abbildung 2 zeigt es mit einer beispielhaften Operationalisierung jeweils eines Indikators der Konzepte.

Ausbildung der Deprivation

Diese Arbeit geht davon aus, dass eine *subjektive Deprivation* – ausgelöst durch eine ökonomische Modernisierung – die Ursache für wirtschaftlich-nativistische Einstellungen sowie politisch Entfremdungsgefühle ist, und folgt dabei den theoretischen Überlegungen von Kleinert (2021, 101–105) oder Spier (2010, 55–57). Diese Einstellungen werden verstärkt durch einen gesellschaftlichen Wertewandel gepaart mit einer (wachsenden) ethnischen Diversität, welche nativistische Einstellungen ausbauen. Die verschiedenen Einstellungen machen dann die Wahl der AfD wahrscheinlicher.

Ausgangspunkt des theoretischen Modells in Abbildung 1 ist die ökonomische Modernisierung, welche klassische Industrien und Beschäftigungsfelder aufbricht und mögliche Firmenschließungen zur Folge hat. Arbeitsplätze können durch Automatisierung wegfallen; den Mitgliedern der Gesellschaft wird vermehrt Flexibilität und Anpassungsfähigkeit abverlangt (Beck 1986, 115–248; Lengfeld/Dilger 2018, 185f.; zitiert nach Maier 1999, 66f.). Diejenigen, die sich nicht an diese Prozesse anpassen können, sind die Verlierer*innen der Modernisierung: Ihre soziale Lage verschlechtert sich maßgeblich und der eigene Abstieg wird wahrgenommen. Dies wird in dieser Arbeit als *objektive Deprivation* definiert. Der eigene Abstieg lässt ein subjektives Gefühl des Verlierens entstehen; ein Ungerechtigkeitsempfinden wird verstärkt durch den stetigen Vergleich mit anderen (Sthamer 2018, 565). Diese subjektive Deprivation äußert sich beispielsweise in negativen Erwartungen über die

¹⁶ Issues und Kandidatenpräferenzen, welche nach dem Modell ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, können im Zuge dieser Arbeit nicht behandelt werden, da sie zum einen im Datensatz nicht abgefragt werden und zum anderen über den Rahmen der Forschungsfrage hinausgehen.

Zukunft, entstehend aus der Sorge über den (weiteren) sozialen Abstieg (Rippel/Seipel 2018, 239f.; Sthamer 2018, 579–584). Daraus lässt sich folgende Hypothese ableiten: *H1a: Eine schlechte soziale Lage verstärkt das Gefühl der subjektiven Deprivation.*

Abbildung 1 - Theoretisches Modell. Eigene Abbildung.

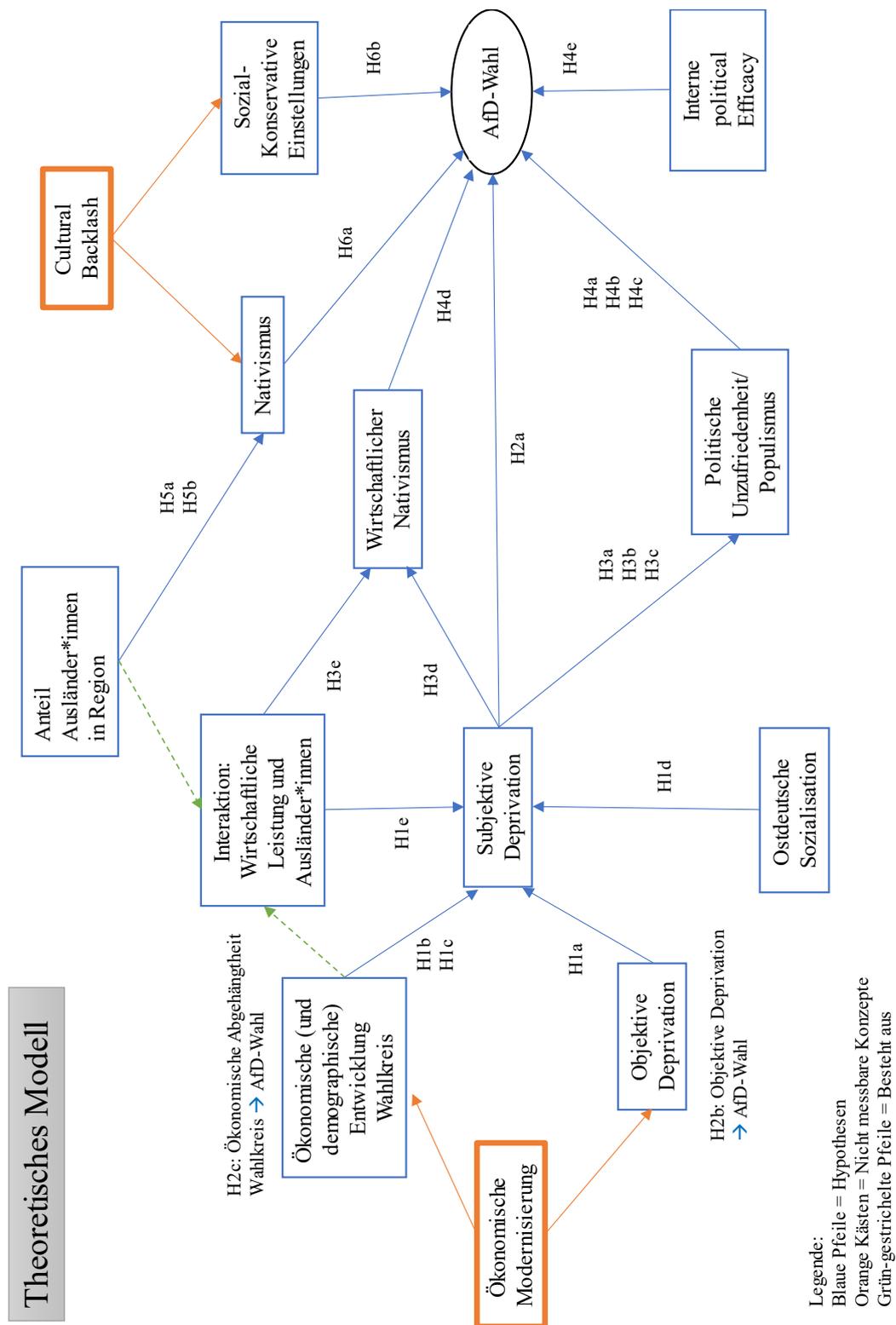
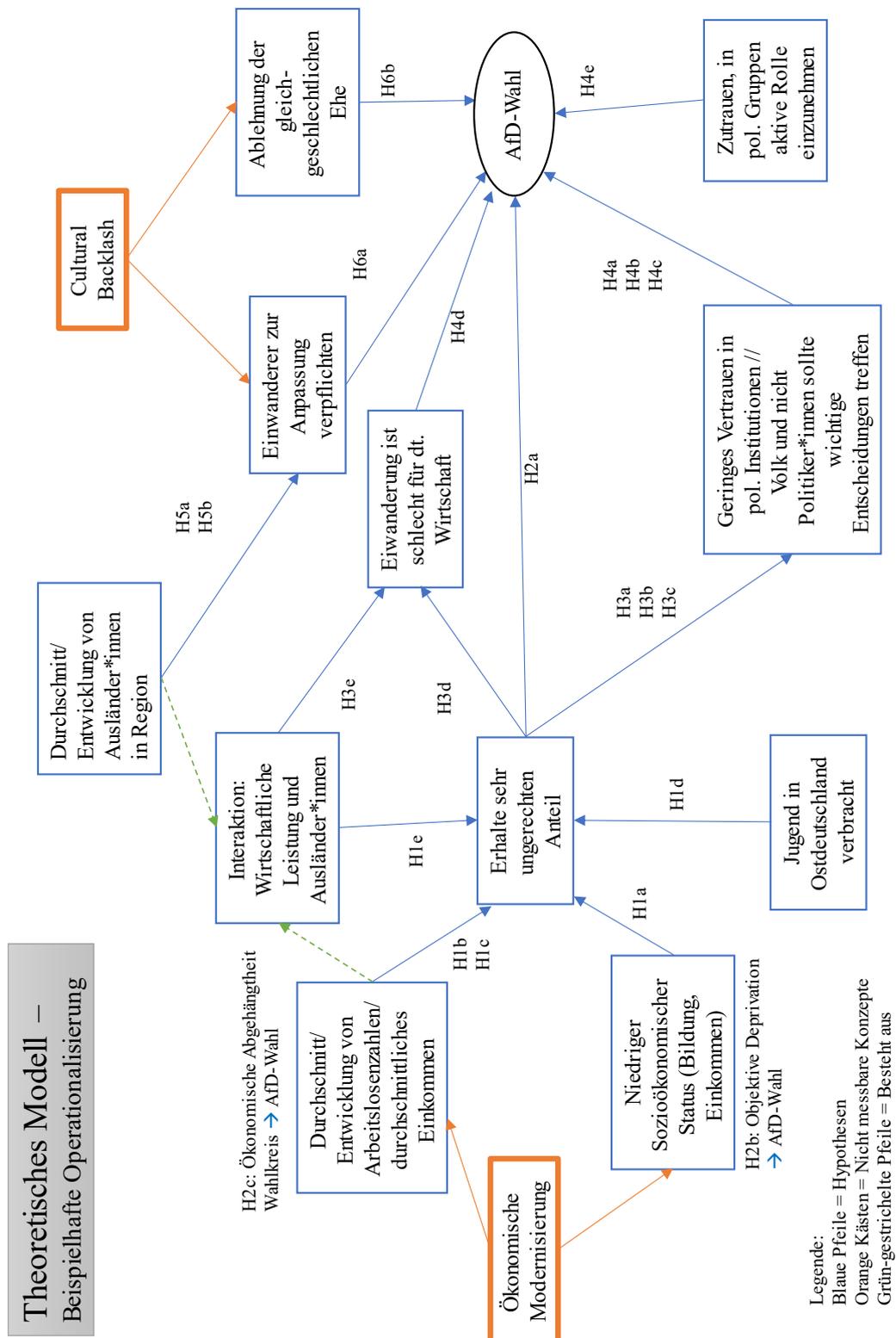


Abbildung 2 - Theoretisches Modell mit beispielhafter Operationalisierung anhand Variablen des ALLBUS 2018 und IN-KAR. Eigene Abbildung.



Die subjektive Deprivation kann auch entstehen, wenn man zwar vielleicht selbst ökonomisch abgesichert dasteht, aber ein Abstieg im eigenen Umfeld wahrgenommen wird

(Bisbee 2019, 86-67; Brachert et al. 2020, 6): Nicht nur die eigene Betroffenheit, sondern ein soziotropischer Blick auf die eigene Wohnregion, ihrer Bewohner*innen und die Entwicklung dessen beeinflusst die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation: Wenn der Wohlstand in der Region langfristig gesunken ist, Versorgungsangebote abnehmen oder viele Menschen ihren Job verlieren, fühlt es sich so an, als wäre der eigene Ort abgehängt oder *left-behind* (Fröhlich et al. 2022, 7; Rodríguez-Pose 2020, 5). Eine abnehmende Bevölkerungsentwicklung kann die Folge der ökonomischen Abgehängtheit sein (Quent et al. 2019, 6; Rodríguez-Pose 2020, 6). Folglich leiten sich aus der ökonomischen Lage der Region die Hypothesen *H1b* und *H1c* ab: *H1b: Eine ökonomische Benachteiligung der Wohnregion verstärkt das Gefühl der subjektiven Deprivation. H1c: Eine negative Bevölkerungsentwicklung verstärkt das Gefühl der subjektiven Deprivation.*

In all diesem spielt die historische Besonderheit von Ostdeutschland eine starke Rolle: Bereits vier Jahrzehnte Planwirtschaft unter der DDR führten dazu, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Wendezeitpunkt nicht gleichauf mit denen des Westens waren (Greve et al. 2021, 8f.). Die im Zuge des Wendeprozesses stattgefundene Deindustrialisierung und Privatisierung durch die Treuhand führte zu massiver Arbeitslosigkeit; viele litten unter fehlenden Perspektiven (Weisskircher 2020, 617–619). Diese Erfahrungen prägen bei denjenigen, die in Ostdeutschland sozialisiert worden sind, bis heute die ökonomischen Sorgen, welche sich wiederum auf die politischen Einstellungen auswirken (Manow 2018, 94; Manow/Schwander 2022, 169–172). Hypothese *H1d* lautet daher: *H1d. In Ostdeutschland aufgewachsen zu sein, verstärkt das Gefühl der subjektiven Deprivation.*

Weiterhin werden diese Effekte durch den Anteil von Ausländer*innen und Asylsuchenden in der Region verstärkt: Die Agenda 2010 führte dazu, dass durch das Fallen in die sozialen Sicherungssysteme eine Person mit dem sozialen Status von Migrant*innen gleichgestellt ist (Manow 2018, 87–90). Eine schlechte wirtschaftliche Situation der Region, in welcher viele beispielsweise auf staatliche Sozialhilfe angewiesen sind, macht diese wahrgenommene Ungerechtigkeit über die Verteilung staatlicher Gelder präsenter, vor allem, wenn viele Migrant*innen ebenso dort leben. Weiterhin steigt die Sorge vor dem eigenen Abstieg und der Gleichstellung des sozialen Status mit dem von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Daher führt die Interaktion von Arbeitslosigkeit und Zuwanderung in der Wohnregion zu einer steigenden subjektiven Deprivation: *H1e. Die Interaktion von schlechter wirtschaftlicher Leistung und hohem Ausländeranteil erhöht die subjektive Deprivation einer Person.*

Die subjektive Deprivationsempfindung wirkt sich im nächsten Schritt unmittelbar auf das Wahlverhalten aus, indem sie die Wahl von rechtspopulistischen Parteien begünstigt (Lux 2018, 265f.; Spier 2010, 60). Ebenso wirkt sich eine objektive Deprivation auf die Wahl der AfD aus (Pickel 2019, 160; Tutić/Hermann 2018, 284). Zuletzt wurde aufgezeigt, dass schlechte wirtschaftliche Bedingungen in der Wohnregion den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien erhöhen (Georgiadou et al. 2018, 108–112; Greve et al. 2021, 17–21). Daraus ergeben sich die folgenden Hypothesen: *H2a. Eine subjektive Deprivation erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. H2b. Eine objektive Deprivation erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. H2c. Eine ökonomische Abhängigkeit in der Wohnregion erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen*

Einstellungen durch Deprivation

Weiterhin beeinflussen die objektiven und subjektiven Deprivationsempfindungen andere Einstellungsmuster: Erstens kann für die eigene Deprivation die Politik als verantwortlich angesehen werden, welche es nicht schafft, die strukturellen Probleme zu lösen. Konzeptuell unterschieden wird hier aufbauend auf Geurkink et al. (2020, 248) zwischen dem politischen Vertrauen bzw. Unterstützung, externer political Efficacy und populistischen Einstellungen: Das politische Vertrauen misst dem Glauben daran, dass die politischen Akteure Output produzieren, welcher im öffentlichen Interesse liegt (Craig 1979, 229). Eingeordnet in die Typologie von Easton (1975) ist das politische Vertrauen Teil der verschiedenen Ebenen der politischen Unterstützung. Eine hohe Deprivation kann das politische Vertrauen, aber auch andere Ebenen der politischen Unterstützung beeinflussen. Daher lautet die Hypothese *H3a. Deprivationsempfindungen reduzieren die politische Unterstützung.*

Die externe political Efficacy misst die Wahrnehmung, wie responsiv die politischen Institutionen gegenüber den Bürger*innen sind und wie diese die Politik beeinflussen können. Populistische Einstellungen zeichnen sich dadurch aus, dass es ein viel grundlegendes Misstrauen gegenüber allem Politischem vorherrscht und das Volk als absoluter Souverän antagonistisch der vermeintlich korrupten Elite gegenübersteht (Geurkink et al. 2020, 251f.; Mudde 2007, 23; Spier 2010, 98–101). Beide Einstellungsmuster können aus einer subjektiven Deprivation entstehen; daher lauten die daraus abgeleiteten Hypothesen: *H3b. Deprivationsempfindungen reduzieren die externe political Efficacy. H3c. Deprivationsempfindungen verstärken populistische Einstellungen.*

Zweitens können sich nativistische Einstellungen entwickeln, wenn aus der Deprivation Frust über die eigene ökonomische Situation und schließlich Aggression wird, welche sich auf Immigrant*innen entlädt, die als Sündenböcke für die eigene missliche soziale Lage verantwortlich gemacht werden (Spier 2010, 104f.). Die Immigrant*innen werden dabei als Konkurrent*innen in einem Wettbewerb um sowohl staatliche Leistungen als auch um Arbeitsplätze gesehen (Hillje 2018, 9f.; Kriesi et al. 2008, 28; Lengfeld/Dilger 2018, 186). Hypothese H3d lautet daher: *H3d Deprivationsempfindungen verstärken wirtschaftlich-nativistische Einstellungen.*

Der Effekt wirkt beeinflusst von Faktoren auf der Kontextebene: Eine schlechte ökonomische Situation in der Region interagiert mit der Anzahl von Migrant*innen, da ein Wettbewerb um sozialstaatliche Maßnahmen und Arbeitsplätze wahrgenommen wird (Angeli/Otteni 2022, 379–381). H3e heißt demnach wie folgt: *H3e. Die Interaktion von schlechten sozioökonomischen Gegebenheiten der Wohnregion mit einem hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund erhöht die wirtschaftlich-nativistischen Einstellungen.*

Nativistische Einstellungen basierend auf einer ökonomischen Sorge sowie eine mangelnde politische Unterstützung, eine geringe externe political Efficacy und populistische Einstellungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu unterstützen. Die Grundlage der jeweiligen politischen Einstellungen sind die ökonomischen Deprivationserfahrungen, welche demnach das Wahlverhalten via politischer Entfremdung sowie nativistischen Einstellungen beeinflussen (Kleinert 2021, 99–105). Um den Einfluss der politischen Einstellungen, welche durch eine subjektive Deprivation ausgebildet werden, auf die Wahlwahrscheinlichkeit zu messen, ergeben sich folgende Hypothesen: *H4a. Eine geringe politische Unterstützung führt dazu, die AfD zu wählen. H4b. Eine geringe externe political Efficacy erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. H4c. Populistische Einstellungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. H4d. Wirtschaftlich-nativistische Einstellungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen.* Weiterhin analysiert Rico et al. (2020), dass eine hohe interne political Efficacy populistische Einstellungen erhöht: *H4e. Eine hohe interne political Efficacy erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen.*

Cultural Backlash

Nativistische Einstellungen werden durch den Kontakt mit Personen mit Migrationshintergrund beeinflusst: Auf der einen Seite werden nach der *Kontakttheorie* nach Allport (1954)

Ängste vor und Stereotype von Anderen – in dem Falle Immigrant*innen und Geflüchteten – abgebaut, wenn ein regelmäßiger Austausch zwischen den Personengruppen – hier Einheimischen und Migrant*innen – besteht (Jäckle 2022, 169f.). Eine positivere Grundhaltung gegenüber Migration entsteht, diese reduziert die Unterstützung für eine rechtspopulistische Partei (Stecker/Debus 2019, 306f.) Diese Theorie ist einschlägig, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg viele Menschen mit Migrationshintergrund in einer Region leben (Angeli/Otteni 2022, 379–381; Kellermann/Winter 2019, 25). H5a lautet daher: *H5a. Ein hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Region verringert nativistische Einstellungen.* Auf der anderen Seite steht die Bedrohungshypothese, nach welcher die Präsenz von Minoritäten Unsicherheits- und Angstgefühle sowie Sorgen bei (ethnischen) Mehrheiten auslösen kann (Kaufmann/Harris 2015, 1564). Eine abrupte Veränderung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Bedrohungshypothese einschlägig ist. Als Hypothese bedeutet dies: *H5b. Ein Zuwachs von Personen mit Migrationshintergrund in der Region erhöht nativistische Einstellungen.*

Als Kernstück des *Cultural Backlash* – nach welchem ältere Generationen materielle Werte sowie rechte Einstellungen in sich tragen und diese in der Gegenreaktion gegen den Wertewandel ausgelöst werden – führen nativistische Einstellungen zur Wahl rechtspopulistischer Parteien (Inglehart/Norris 2016, 13–16; Norris/Inglehart 2019, 44–49; Rippl/Seipel 2018, 240). In Abgrenzung zum wirtschaftlichen Nativismus wird hier keine Verbindung zu ökonomischen Aspekten des Nativismus gezogen. Weiterhin sollten auch konservative Einstellungen zu anderen sozialliberalen Aspekten wie die Gleichstellung der Geschlechter, Sexualität oder Umweltschutz stärker bei den Wähler*innen ausgeprägt sein (Weiß et al. 2020, 22f.). Daraus ergeben sich folgende Hypothesen: *H6a. Nativistische Einstellungen ohne eine ökonomische Komponente erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. H6b. Konservative sozialliberale Einstellungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen.*

Methode/ Daten/ Operationalisierung

Methode

Um diese Hypothesen zu untersuchen, werden diverse Multi-Level bzw. Mixed-Effects Modelle sowie ein Pfadmodell berechnet. Ziel dessen ist es, den Einfluss der verschiedenen unabhängigen Variablen auf Mikro- und Makroebene auf die zwei abhängigen Variablen – *subjektive Deprivation* und *AfD-Wahlwahrscheinlichkeit* – zu untersuchen. Pro Hypothese werden dazu verschiedene Regressionstabellen erstellt, welche mehrere aufeinander aufbauende Modelle beinhalten. Weiterhin werden Regressionstabellen erstellt, welche die verschiedenen Indikatoren nicht als einzelne Variablen, sondern als Hauptkomponenten beinhalten. In letzteren werden auch Interaktionsterme aufgenommen; diese lassen sich durch die Hauptkomponenten besser erstellen. Zuletzt wird ein Pfadmodell berechnet, um so alle gegenseitigen Abhängigkeiten und Einflüsse festzustellen und diese graphisch festzuhalten. Für alle Berechnungen wird das Statistikprogramm Stata in der Version 16 benutzt. Bei den Mixed-Effects-Regressionen wurde die Maximum-Likelihood-Methode zur Schätzung der Parameter angewandt; da das Modell für die Hypothese 1 in Stata keine Konvergenz mit dem Standard-Algorithmus finden konnte, wurde hierfür die der Broyden-Fletcher-Goldfarb-Shanno (BFGS) Algorithmus angewandt. Als Gruppierungsvariable wurde bei allen Regressionen die Wahlkreisnummer bestimmt. Als Random-Effect wurde ab den Regressionsmodellen zur Hypothese 2 die subjektive Deprivation angegeben, da ich davon ausgehe, dass sich diese durch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen sowie Migrationsanteile in den Wahlkreisen unterscheidet (Random Slope). Das Pfadmodell wurde mit Hilfe des *Generalized Structural Equation Modeling*¹⁷-Builder erstellt.¹⁸ Alle Werte werden in der Ergebnisbesprechung auf die zweite Dezimalstelle gerundet.

Daten

Die Analysedaten bestehen sowohl aus Daten auf Individualebene als auch Kontextfaktoren, welche miteinander kombiniert wurden. Auf der Individualebene wurde die *Allgemeine*

¹⁷ Der *Generalized Structural Equation Modeling*-Builder wurde anstelle des „gewöhnlichen“ Structural Equation Modeling-BUILDER verwendet, da in diesem kategoriale Variablen wie die Generationenzugehörigkeit sowie der Inglehartindex aufgenommen werden können. In der „gewöhnlichen“ Version ist dies nicht möglich.

¹⁸ In der Stata Version 16 sind leider kaum Postestimation-Befehle für das Generalized Structural Equation Modeling eingefügt; diese sind erst mit der Version 17 vorhanden. Daher können viele verschiedene Goodness-of-Fit-Berechnungen, wie beispielsweise das Bestimmtheitsmaßes R-Squared, nicht berechnet werden.

Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2018 (ALLBUS 2018) genutzt (GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften 2019). Diese wurde mit den Wahlkreiszugehörigkeiten der Befragten ergänzt, welche für diese Arbeit von der GESIS angefragt wurden (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2021). Erhoben wurde der *ALLBUS 2018* von April bis September 2018 via Computer-assistierter, persönlicher Interviews. Von den 3.477 Befragten wurden 1.090 Interviews in den neuen Bundesländern erhoben, sodass diese überrepräsentiert sind. Folglich wurde in der ganzen Analyse das *Personenbezogene Ost-West-Gewicht* „wghtpew“ des *ALLBUS 2018* eingesetzt. Non-Response sowie fehlende Werte wurden als missings kodiert und aus der Analyse ausgeschlossen.

Kombiniert wurden die Daten des *ALLBUS 2018* mit *INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung* des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2022). *INKAR* bündelt als Sekundärquelle Daten und Informationen verschiedener Anbieter, wie zum Beispiel der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit oder des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. *INKAR* stellt dabei Daten, welche bis in das Jahr 1995 zurückreichen, ab dem Gemeindelevel als kleinste Einheit zur Verfügung. Im Rahmen der Arbeit wurden die Daten auf der Ebene Landkreis bzw. kreisfreie Stadt abgerufen. Da aus datenschutzrechtlichen Gründen die GESIS keine Landkreis- bzw. kreisfreie Stadtzugehörigkeit der Befragten, sondern nur die Wahlkreiszugehörigkeiten der Befragten zur Verfügung stellen konnte, mussten alle Landkreis- bzw. kreisfreie Stadt¹⁹ in Wahlkreisdaten transformiert werden. Mit Hilfe der Daten des Bundeswahlleiters zur Bundestagswahl 2017 wurde wie folgt vorgegangen: Zunächst wurde die Gesamtbevölkerungszahl eines Wahlkreises berechnet, indem die Bevölkerungszahlen der verschiedenen Teilkreise – also die Anzahl der Bewohner*innen eines Kreises, welche zu einem Wahlkreis gehören – mit Hilfe der Daten des Bundeswahlleiters addiert wurden. Anschließend wurden die jeweiligen Bevölkerungsanteile der jeweiligen Kreise am Wahlkreis berechnet, indem die Bevölkerung des Teilkreises durch die Gesamtbevölkerung geteilt wurde. So ergibt sich pro Wahlkreis für jeden Kreis ein Quotient, zu welchem Anteil ein Wahlkreis aus dem Kreis besteht.²⁰ Mit Hilfe dieses Quotienten wurden die einzelnen

¹⁹ Von nun an werden Landkreise und kreisfreie Städte als Kreise bezeichnet.

²⁰ Ein Beispiel: Der Wahlkreis 1 besteht aus der kreisfreien Stadt Flensburg sowie dem Landkreis Schleswig-Flensburg. Nach den Daten des Bundeswahlleiters besteht die wahlberechtigte Bevölkerung der kreisfreien Stadt Flensburg in Wahlkreis 1 aus 85.942 Personen und im Landkreis Schleswig-Flensburg in Wahlkreis 1 aus 196.839 Personen. Die Gesamtbevölkerung des Wahlkreis 1 beträgt demnach 282.781. Die anteilige Bevölkerungsquote für die Stadt Flensburg beträgt somit ~ 0,30; die für den Landkreis Schleswig-Flensburg ~ 0,70.

Variablen des *INKAR*-Datensatzes von der Kreisebene auf die Wahlkreise umgerechnet, indem alle mit dem anteiligen Quotienten multiplizierten Werte summiert wurden. Wenn ein Kreis jedoch aus mehreren Wahlkreisen besteht, wie es beispielsweise bei der Stadt Berlin der Fall ist, konnten nicht für die verschiedenen Wahlkreise individuelle Wahlkreisindikatoren berechnet werden, da die Rohdaten von *INKAR* nur die Werte für den ganzen Kreis beinhalten, nicht für unterschiedliche Stadtteile. Dies verwässert leider die Analyse, da dadurch Unterschiede innerhalb einer Stadt nicht berücksichtigt werden. Weiterhin wurden alle Daten auf Wahlkreisebene z-transformiert. Im *ALLBUS 2018* wurden nur Personen aus 173 verschiedenen Wahlkreisen befragt, sodass die Daten aus den anderen Wahlkreisen nicht in der Analyse miteinbezogen wurden.

Operationalisierung

Im folgenden Kapitel wird aufgelistet, mit Hilfe welcher Variablen und Indizes die Hypothesen untersucht werden. Um zunächst einen Überblick über die verschiedenen Messinstrumente zu generieren, wurden die in der Literatur bereits genutzten Indikatoren in einer Tabelle übertragen.²¹ Im nächsten Schritt wurde analysiert, welche der Indikatoren im *ALLBUS 2018* für die Individualebene sowie bei *INKAR* für die Wahlkreisfaktoren²² einschlägig sind.

Individualebene

Auf der Individualebene wurden die Daten des *ALLBUS* grundsätzlich so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Ausnahmen werden an dieser Stelle erwähnt. Die ausführliche Operationalisierung der Variablen und Indizes, inklusive der Fragetexte, der Skala und mögliche Cronbachs Alpha-Werte findet sich in Tabelle 13 im Anhang. Die abhängige Variable der Forschungsfrage ist die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit.²³ Die Wahl der abhängigen Variablen als *Propensity to Vote*-Frage könnte sogar zu einer korrekteren Abbildung der Wählerschaft der rechtspopulistischen Partei führen, da die soziale

²¹ Tabelle 8 im Anhang beinhaltet die Kontextfaktoren, Tabelle 9 die individuellen Einstellungen und Merkmale.

²² Eine Liste darüber, welche Variablen bei *INKAR* vorhanden sind und die zur Beantwortung der Fragestellung möglicherweise relevant wären, findet sich in Tabelle 10 im Anhang.

²³ Die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD wurde anstatt der „klassischen“ Sonntagsfrage in dieser Arbeit benutzt, da Stata teilweise die logistischen Mixed-Effects-Regressionen mit der Sonntagsfrage nicht berechnen konnte, da die vorhandenen Daten nicht ausreichend waren. Mit der Variable der Wahlwahrscheinlichkeit war dies hingegen möglich. Als Robustness-Check könnte hier versucht werden, die empirische Analyse auch mit der klassischen Sonntagsfrage durchzuführen und mögliche andere statistische Verfahren zu verwenden.

Erwünschtheit schwächer ausfallen könnte als bei „klassischen“ Sonntagsfrage (Aichholzer et al. 2014, 122; Johann et al. 2016, 451f.). Als Kontrollvariablen werden das Geschlecht, welches nur binär mit 0 = männlich und 1 = weiblich kodiert ist, sowie die Frage, ob die Jugend in West-(= 0) oder Ostdeutschland (= 1) verbracht wurde, aufgenommen.²⁴ Die objektive Deprivation wird durch die Einkommensschicht anhand des Äquivalenzeinkommens der *OECD* (in Abhängigkeit des Nettoeinkommens sowie der Anzahl und des Alters der Haushaltsmitglieder), den Berufsstatus anhand des *Internationalen Sozioökonomischen Index des beruflichen Status*, den Bildungsgrad sowie mit der Erfahrung mit Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren gemessen.

Die subjektive Deprivation wird durch die folgenden Items operationalisiert: Die Frage, ob eine Personen ihrer Meinung nach den gerechten Anteil erhält; die Einschätzung zur aktuellen und zukünftigen Wirtschaftslage zu sowohl der BRD als auch des*der Befragten selbst; die subjektive Schichteinstufung; die Wahrnehmung, wie viel Freund*innen und Verwandte arbeitslos sind; die Einschätzung, ob die Weltmarktöffnung nicht dem Wohl aller dient; und die gesellschaftliche Zukunftsperspektive, was ein additiver Index der dichotom-kodierten Fragen ist, ob man bei dieser Zukunft keine Kinder mehr bekommen sollte sowie ob es eine Lageverschlechterung für die einfachen Leute gibt.²⁵ Weiterhin ist von Hypothese 1 die zu erklärende Variable die subjektive Deprivation einer Person. Dazu wurde eine Hauptkomponentenanalyse aller Einstellungsfragen zur subjektiven Deprivation durchgeführt, in welcher drei Komponenten einen Eigenvalue über 1,0 erhielten (Tabelle 14 im Anhang). Davon wurde die Komponente mit dem größten Eigenvalue (2,55) die Komponente zur subjektiven Deprivation.

Das Konzept des *Cultural Backlash* wird durch vier verschiedene Indikatoren gemessen: Die Generationszugehörigkeit, differenziert nach Norris/Inglehart (2019, 36); der Inglehart-Index zu Postmaterialismus (kodiert von 1 = Postmaterialist*innen zu 4 = Materialist*innen); ein Nativismus-Index bestehend aus den Fragen, ob Einwander*innen zur Anpassung verpflichtet werden sollten, ob die BRD gefährlich überfremdet ist und ob der Zuzug von Flüchtlingen unterbunden werden soll; sowie ein Index zu sozialliberalen Fragen, welche

²⁴ Dies führt dazu, dass alle Befragten, welche nicht in Deutschland geboren worden sind, aus der Untersuchung ausgenommen werden (N=344).

²⁵ Cronbachs Alpha ist bei diesem Index mit 0,44 äußerst gering. Dennoch macht eine inhaltliche Zusammenführung der Variablen Sinn, da dieser Index sehr plastisch die Sicht auf die Zukunft misst. Eine Kreuztabelle zeigt darüber hinaus, dass AfD-Wähler*innen im Vergleich zu den Wähler*innen anderer Parteien eine sehr negative Zukunftssicht haben.

die Gleichstellung der Geschlechter, die Einstellung zum Umweltschutz, zu Homosexualität und zu Schwangerschaftsabbrüchen thematisch beinhalten.²⁶ Weiterhin wurde ein Index aufgenommen, welcher explizit wirtschaftlich-nativistische Einstellungen misst, sprich Fragen zu Ausländer*innen in Verbindung mit ökonomischen Themen bringt: Die Fragen, ob Einwander*innen gut für die Wirtschaft sind und ob Flüchtlinge eine Chance oder ein Risiko für die Wirtschaft sowie den Sozialstaat sind.

Die verschiedenen Aspekte einer mangelnden politischen Unterstützung einer Person wurde anhand der Typologisierung nach Easton (1975) bzw. Schmitt-Beck et al. (2017, 289f.) durch die Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD und die Bewertung der Demokratie als Idee abgefragt. Weiterhin wurden zwei Indizes zum Vertrauen in staatliche Institutionen erstellt: Zum einen das Vertrauen in die Politik, welches das Vertrauen zu Bundestag, Bundesregierung und politischen Parteien beinhaltet. Zum anderen das Vertrauen in die staatliche Gerichtsbarkeit, welches das Vertrauen in Bundesverfassungsgericht, Justiz und Polizei zusammennimmt. Die externe political Efficacy ist ein Index aus zwei Variablen: Die Fragen, ob Politiker*innen die Gedanken des*der Befragten vertreten sowie ob Politiker*innen die Interessen der Bevölkerung vertreten.²⁷ Der Index zur internen political Efficacy besteht aus den Items, ob der*die Befragte sich zutraut, in einer politischen Gruppe aktiv zu werden, ob der*die Befragte Politik als zu komplex für sich einschätzt sowie ob er*sie über sich selbst denkt, wenig über Politik zu wissen. Zuletzt wurde die populistische Einstellung anhand der Populismus-Skala nach Akkerman et al. (2014) gemessen.²⁸ Dabei wurde der Durchschnitt durch die folgenden sieben Einstellungsvariablen gezogen: Die Abgeordneten sind nur dem Volk verpflichtet; die Politiker*innen reden zu viel und handeln zu wenig; einfache Bürger*innen sind bessere Volksvertreter*innen; der politische Kompromiss ist ein Verrat von Prinzipien; das Volk sollte politische Entscheidungen treffen; das Volk ist einig was politisch passieren muss; Politiker*innen vertreten nur die Reichen.

²⁶ Zwar hat dieser Index ein äußerst geringes Cronbachs Alpha von 0,24, jedoch wurde dieser Index zur besseren Vergleichbarkeit auf gleiche Weise wie bei Weiß et al. (2020, 87) aufgenommen. Dort war dieser Index ein starker Prädiktor für das Wahlverhalten zur AfD (Weiß et al. 2020, 57–59).

²⁷ Nach Blanz (2015, 256) wäre der Cronbachs Alphawert von 0,61 zwar „fragwürdig“, da jedoch keine anderen Variablen im *ALLBUS 2018* zur Analyse der externen political Efficacy vorhanden sind, ist dieser Wert vertretbar.

²⁸ Um die populistische Einstellung zu messen, hätte auch die Skala von Steiner/Landwehr (2018) genutzt werden können. Zur besseren Vergleichbarkeit mit anderen Publikationen wurde jedoch auf die weitaus verbreiteter Skala von Akkerman et al. (2014) zurückgegriffen.

Zur einfacheren Berechnung von Interaktionseffekten sowie als Robustness-Check wurden die Konzepte auch durch die Berechnung von Hauptkomponenten zusammengefasst (siehe Tabelle 14 im Anhang). Dabei wurden die oben aufgelisteten Variablen der einzelnen Indikatoren jeweils in der Hauptkomponentenanalyse verwendet. So wurden unter anderem anstelle der gemittelten Indizes nun Hauptkomponentenanalysen erstellt; die Variablen der ökonomischen Deprivation sowie der politischen Unterstützung wurden erstmals in einem Konzept zusammengefasst. Es wurde dabei immer nur die Hauptkomponente mit dem größten Eigenvalue weiterverwendet. Nur bei der subjektiven Deprivation hat die zweite Komponente einen Eigenvalue größer als 1 (EV 1,29); dies ist bei der subjektiven Deprivation auch bei der dritten Komponente der Fall (EV 1,03). Dadurch entsteht ein Verlust von Informationen. Dies ist jedoch zur Einhaltung des Parsimonie-Prinzips verzeihbar. Zuletzt wurden Interaktionsterme zur Interaktion von subjektiver Deprivation mit jeweils Nativismus, wirtschaftlicher Nativismus sowie politischer Unterstützung erstellt.

Wahlkreisfaktoren

Dadurch, dass die Daten der *INKAR* bis 1995 zurückreichen, konnten auch viele Langzeitentwicklungen in die Analyse mit aufgenommen werden. Dies führte dazu, dass die ökonomische Benachteiligung der Wohnregion mit zehn verschiedenen Indikatoren gemessen wurde, welche aus wiederum insgesamt 27 verschiedenen Variablen bestehen.²⁹ Weiterhin wurden vier verschiedene Variablen aufgenommen, welche den Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bzw. Asylsuchende angeben.

Zunächst wurde die wirtschaftliche Leistung einer Region in die Analyse aufgenommen. Diese zeigt sehr plastisch, ob eine ökonomische Benachteiligung vorliegt. Sie wurden dabei auf zwei Arten erhoben: die (1) *Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung* sowie die (2) *durchschnittliche wirtschaftliche Leistung*, beides von 1998 bis 2018³⁰. Zur Berechnung der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung wurde die Differenz der Arbeitslosenquote, des durchschnittlichen Haushaltseinkommen sowie der Steuereinnahmen der Gemeinde von

²⁹ Die ausführliche Zusammensetzung der Variablen inklusive ihrer Zeiträume findet sich in Tabelle 11 im Anhang.

³⁰ Der Zeitraum von 1998 bis 2018 ergibt sich daraus, dass die Arbeitslosenquote eines Kreises erst ab dem Jahr 1998 in *INKAR* zur Verfügung stand. Dieser Zeitraum wurde nun der Referenzzeitraum für alle Langzeitentwicklungen, falls dafür Daten vorhanden sind.

2018 zu 1998 berechnet. Die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung besteht aus den Durchschnitten aller Jahreswerte jener drei Variablen.³¹

Als Folge einer schlechteren Ökonomie werden – wenn Arbeitslosigkeit entsteht und Infrastruktur zurückgebaut wird oder verfällt – Perspektiven mangelhaft. Jüngere Generationen wandern ab, Überalterung bei den Dortgebliebenen führt zu dem Gefühl, zurückgelassen zu werden. Daher werden Faktoren aufgenommen, die die (3) *demographische Entwicklung* eines Wahlkreises messen. Diese wird durch die Differenz der Bevölkerungszahlen sowie des Durchschnittsalters von 2018 minus 1998 quantifiziert. Um nicht nur die Entwicklung von 1998 bis 2018, sondern auch bereits bestehende Unterschiede aufzunehmen, wird ebenfalls das (4) *Durchschnittsalter des Wahlkreises* aufgenommen, gemessen durch den Durchschnitt aller Durchschnittsalter von 1998 bis 2018.³²

Im Vergleich zu ländlichen Gegenden finden sich in dicht besiedelten Regionen viele, zum Teil durch die Globalisierung neu geschaffene Arbeitsplätze. Dort sind Wege kurz, Infrastruktur besser ausgebaut und die Versorgung vor Ort stärker gewährleistet. Im Kontrast dazu werden auf dem Land industrielle Arbeitsplätze abgebaut. Dies führt dazu, dass sich Menschen in ländlichen Regionen eher abgehängt fühlen (Iammarino et al. 2019, 281f.; Rodríguez-Pose 2018, 191). Daher wird die (5) *Ländlichkeit eines Wahlkreises* mit als unabhängige Variable aufgenommen. Gemessen wird sie durch die Einwohnerdichte sowie durch das regionale Bevölkerungspotenzial, was meint, wie viele Personen innerhalb eines 100km-Umkreis um den Wahlkreis leben.

Modernisierungsprozesse führen dazu, dass sich die industrielle Produktion verändert. Regionen mit einem hohen Anteil von Erwerbstätigen im sekundären Wirtschaftssektor sind eher von Globalisierungsprozessen betroffen, welche die Automatisierung und das Outsourcing von Jobs beinhalten (Greve et al. 2021, 14). Daher werden Variablen zu dieser Wirtschaftsstruktur aufgenommen: Diese sind einmal die (6) *Entwicklung des Anteils der*

³¹ Die Entscheidung, statt der aktuellen wirtschaftlichen Leistung eines Wahlkreises die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung des Wahlkreises der letzten 21 Jahre zu benutzen, lässt sich damit begründen, dass nicht nur die aktuelle wirtschaftliche Leistung zum Ausbilden einer subjektiven Deprivation relevant ist, sondern die langfristige Wahrnehmung einschneidend ist.

³² An dieser Stelle wurde überlegt, dass Binnenwanderungssaldo eines Wahlkreises ebenfalls aufzunehmen, um Wegzüge aus der Region innerhalb Deutschlands zu messen. Jedoch gab es in den Daten von *INKAR* starke Outlier, wie beispielsweise der Landkreis Göttingen mit einem durchschnittlichen Binnenwanderungssaldo von ca. -77 pro 1.000 Einwohner*innen, was im Vergleich zu den anderen Werten von ca. -25 bis ca. +11 an der Qualität dieser Daten zweifeln lässt. Weitere Forschung sollte an dieser Stelle anknüpfen und die Ursache des Outliers untersuchen, da das Binnenwanderungssaldo ein guter Indikator ist, um die Attraktivität und die Qualität der Wohnregion zu untersuchen (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2022).

Erwerbstätigen im sekundären Sektor, gemessen durch die Differenz der Jahre 2018 und 1998 sowie der (7) *Durchschnitt jenes Anteils*, gemessen durch den Durchschnitt aller Durchschnitte von den Jahren 2018 bis 1998.

Hillje (2018, 8–12) analysiert in seiner qualitativen Studie, dass durch eine Unzufriedenheit mit der Verkehrs- und Sozialinfrastruktur sowie der medizinischen Versorgung ein Gefühl des Verlassenwerdens entstehen kann. Daher werden Indikatoren zur Messung der (8) *medizinischen Versorgung*, der (9) *Grundversorgung* sowie der (10) *Erreichbarkeit von überregionalen Mobilitätsstrukturen* aufgenommen. Die medizinische Versorgung wurde durch die Anzahl der Ärzt*innen und Hausarzt*innen pro 10.000 Einwohner*innen sowie die Anzahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohner*innen operationalisiert. Die Grundversorgung besteht aus der einwohnerinnengewichteten Luftliniendistanz – also die Distanz eines Ortes gepaart mit der Anzahl der Einwohner*innen in einer Region – zur nächsten Hausarztpraxis, Apotheke, Grundschule und zum Supermarkt. Damit kann berechnet werden, wie gut die lokale Versorgungslage ausgeprägt ist. Die Erreichbarkeit überregionaler Mobilitätsstrukturen ist ein Index aus der durchschnittlichen PKW-Fahrtzeit zur nächsten Autobahn, zum nächsten Flughafen sowie zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof.

Da der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Region nach der Kontakttheorie bzw. der Bedrohungstheorie einen Einfluss auf die politischen Einstellungen haben kann, wurde der durchschnittliche Anteil der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Wahlkreis sowie die Entwicklung des Anteils von 1998 bis 2018 aufgenommen.³³ Weiterhin wurde die Entwicklung des Anteils von Asylsuchenden sowie der durchschnittliche Anteil von Geflüchteten an der Bevölkerung von 2007 bis 2018 berechnet.³⁴

In der weiteren Untersuchung wurden diese Variablen bzw. Indikatoren als Hauptkomponenten weiter zusammengefasst; eine Tabelle mit den Eigenvalues der Komponenten findet sich im Anhang in Tabelle 12. Aus den drei Variablen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung wurde eine Hauptkomponente, ebenso aus den drei Variablen zur durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung. Der Durchschnitt des Ausländeranteils sowie der Asylsuchenden wurde ebenfalls in einer Hauptkomponente zusammengefasst. Eine

³³ Da jedoch auch Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, jedoch mit (familiären) biographischen Migrationshintergrund auch als Ausländer*innen von Personen mit nativistischen Einstellungen angesehen werden können, wären Daten hierzu für das Forschungsdesign förderlich.

³⁴ Zwar ist es schade, dass zur Einheitlichkeit der Arbeit die Daten zur Anzahl der Asylsuchenden nicht ab dem Jahr 2000 bzw. 1998 vorhanden sind, jedoch sollte das für die Analyse kein Problem darstellen.

Hauptkomponentenanalyse von der Entwicklung des Ausländeranteils sowie der Asylsuchenden ergab, dass beide Konzepte sich nur schwer vereinbaren lassen: Die erste Komponente hatte ein Eigenvalue von 1,06, die zweite von 0,94. Daher wurden sie nicht zusammengefasst und werden stattdessen einzeln aufgenommen.

Die demographische Entwicklung, das Durchschnittsalter sowie der Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor wurden zunächst in der Hauptkomponente Zukunftsperspektive zusammengefasst: Eine negative demographische Entwicklung bedeutet, dass zukünftig weniger Menschen in dieser Region berufstätig sind; Probleme wie der Fachkräftemangel werden dort immer stärker werden. Ein hoher Anteil in der Industrie Beschäftigter zeigt an, dass in der Region durch die fortschreitende Modernisierung zukünftig Jobs bedroht sein können. Daher wurden diese beiden Faktoren unter dem Label Zukunftsperspektive zusammengefasst. Die Indikatoren zur medizinischen Versorgung, Erreichbarkeit von überregionalen Mobilitätsstrukturen, Grundversorgung und Ländlichkeit wurden ebenfalls nur zunächst in der Hauptkomponente Abgelegenheit zusammengefasst, da all diese Indikatoren eine Abgelegenheit von Infrastruktur, Angeboten der Versorgung und Mobilität messen.

Die Korrelationsmatrizes in Tabelle 15 und Tabelle 16 im Anhang zeigt zum Teil starke (negative) Zusammenhänge zwischen den Variablen. So hat beispielsweise eine hohe Grundversorgung eine starke Korrelation mit der Erreichbarkeit von Mobilitätsmöglichkeiten: Dies erscheint logisch, da zum Beispiel in Städten das Versorgungsangebot besser ist als in ländlichen Regionen; gleichzeitig haben diese oftmals einen Flughafen oder Fernverkehrsbahnhof. Abgelegene Regionen haben ebenso mit einer negativen demographischen Entwicklung zu kämpfen. Da die Konzepte nicht in einem unmittelbaren kausalen Zusammenhang stehen, ist dies für die weitere Analyse unbedenklich.

Ähnliches lässt sich bei den Hauptkomponenten wiederfinden. Dort zeigt sich auch, dass die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung stark mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung korreliert: Demnach haben die Wahlkreise, welche bereits eine hohe wirtschaftliche Leistung hatten, sich ökonomisch besser entwickelt als schwächer aufgestellte. Die Komponente bestehend aus dem Durchschnitt der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie dem Anteil der Asylsuchenden hat eine hohe, negative Korrelation mit der Zukunftsperspektive sowie Abgelegenheit. Vor allem in urbanen Regionen leben demnach Ausländer*innen. Ebenfalls hat die Komponente Zukunftsperspektive eine hohe Korrelation mit der Komponente Abgelegenheit: Eine negative demographische Entwicklung sowie ein hoher Anteil Erwerbstätiger im industriellen Sektor lässt sich vor allem in ländlicheren

Gegenden wiederfinden; in städtischen Gegenden ist hingegen oftmals der Dienstleistungssektor größer. Die ländlicheren Gegenden sind die, die nach den Indikatoren abgelegener sind: Versorgungs- und Mobilitätsangebote sind in der Regel weiter entfernt. Dadurch könnte die hohe Korrelation der Komponenten Zukunftsperspektive und Abgelegenheit zustande kommen. Zwar ist auf der theoretischen Ebene noch eine gewisse Differenzierung bei der Zusammenführung der Hauptkomponenten angebracht, jedoch zeigte sich in den später folgenden Regressionsanalysen zu Hypothese 2, dass die beiden Indikatoren als einzeln aufgenommene Faktoren bei gleichzeitiger Inkludierung in das Regressionsmodell keine statistische Signifikanz aufwiesen, als gemeinsamer Faktor sowie individuell in getrennten Modellen jedoch schon.³⁵ Daher wurden die beiden Konzepte in einer weiteren Hauptkomponentenanalyse auf eine neue Komponente aufgeladen (EV 1,79).

Bei den Faktoren zur wirtschaftlichen Leistung zeigte sich bei Hypothese 1, dass je nachdem, ob die Variable zum Durchschnitt oder die zur Entwicklung oder jeweils beide bzw. zusammengefügt als Komponente im Modell sind, unterschiedliche Indikatoren signifikant sind: Wenn beide als einzelne Variablen gemeinsam in ein Modell aufgenommen werden, so ist nur die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung signifikant. Wenn sie jeweils allein aufgenommen werden sowie als zusammengefügte Komponente ist die jeweilige Variable signifikant (Tabelle 18 im Anhang).³⁶ Da jedoch aus diesen noch Interaktionseffekte mit der Ausländerquote gebildet werden, werden diese im Sinne der Vergleichbarkeit nicht weiter zusammengefasst.

Zuletzt wurden jeweils zwei Interaktionsterme auf Variablenebene und Hauptkomponentenebene in das Modell aufgenommen: Auf Variablenebene sind das die Interaktion zwischen der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung mit dem durchschnittlichen Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung mit der Entwicklung des Anteils von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Bei den Hauptkomponenten sind dies die Interaktion der Hauptkomponente der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung mit der durchschnittlichen Migrationskomponente sowie die Interaktion der Hauptkomponente der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung mit der Variable der Entwicklung des Ausländeranteils.

³⁵ Bei Hypothese 1 sowie im Gesamtmodell waren hierbei keine Unterschiede ersichtlich. Die Tabellen zu Hypothese 1 (Tabelle 17) und 2 (Tabelle 19) sowie dem Gesamtmodell (Tabelle 21) finden sich im Anhang.

³⁶ Bei der Regressionstabelle zu Hypothese 2 (Tabelle 20) sowie im Gesamtmodell (Tabelle 22) fand sich keine Signifikanz der beiden Variablen zur wirtschaftlichen Leistung.

Analyse

Hypothese 1 – Entwicklung der Deprivation

Tabelle 1 enthält Regressionsmodelle mit der subjektiven Deprivation als abhängige Variable. Modell 1 und 2 enthält nur die Wahlkreisfaktoren sowie das Geschlecht und die ostdeutsche Jugend; in Modell 3 und 4 werden die Merkmale einer objektiven Deprivation ins Modell aufgenommen. Variablen des Migrationsanteils im Wahlkreis sind jeweils in Modell 2 und 4. Personen, die weiblich sind, sind in allen vier Modellen wahrscheinlicher subjektiv depriviert, eine ostdeutsche Jugend ist nur in Modell 1 signifikant: Dort erhöht sie die subjektive Deprivation. Auf Wahlkreisebene erhöht eine ungünstige demographische Entwicklung sowie eine geringe durchschnittliche wirtschaftliche Leistung die subjektive Deprivation des*der Einzelnen. Bei Hinzunahme der Variablen des Anteils von Ausländer*innen sowie der Interaktionsterme (Modell 2) verliert die durchschnittliche wirtschaftliche Leistung ihre Signifikanz; eine hohe Ländlichkeit reduziert die subjektive Deprivation. Keine der neu hinzugefügten Variablen ist jedoch signifikant. In Modell 3 reduziert ein hoher Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor nun die subjektive Deprivation; von den Merkmalen auf individueller Ebene zeigt sich, dass Personen, die im Vergleich zur Hochschulreife die mittlere Reife oder einen Hauptschulabschluss haben, ein geringeres Einkommen erhalten, Teil einer niedrigeren Berufsklasse sind und bzw. oder Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, eher das Gefühl haben, subjektiv depriviert zu sein. Interessant ist hierbei, dass die Effektstärke der Arbeitslosigkeit U-Förmig zu sein scheint: Kurzzeitige Arbeitslosigkeit von unter drei Monaten wirkt sich stärker auf die subjektive Deprivation aus als eine Arbeitslosigkeit von drei bis sechs Monaten. Ab sechs Monaten zeigt sich jedoch der stärkste Effekt der Arbeitslosigkeit auf die subjektive Deprivation. Werden nun erneut die Indikatoren zum Anteil der Ausländer*innen aufgenommen, verändern sich die Merkmale auf individueller Ebene nur minimal in ihrer Effektstärke. Während der durchschnittliche Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor sowie die demographische Entwicklung eines Wahlkreises weiterhin signifikant bleiben, verliert die Ländlichkeit ihre Signifikanz. Stattdessen reduziert ein hohes Durchschnittsalter im Wahlkreis die subjektive Deprivation der dort lebenden. Zuletzt wurde der Interaktionsterm der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung mit dem Ausländeranteil signifikant: Hohe Werte erhöhen die subjektive Deprivation. Das AIC und BIC reduziert sich bei Hinzunahme der individuellen Merkmale um ca. 2.500 Punkte, demnach steigt dadurch die Modellgüte beachtlich. Sie erhöhen sich

jedoch bei Hinzunahme der Migrationsvariablen; das Modell könnte hier zu überkomplex werden.

Tabelle 1 - Mixed-Effects-Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 1. Abhängige Variable: Subjektive Deprivation. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Wahlkreis ohne Migra- tion	(2) Wahlkreis mit Migration	(3) Wahlkreis & Individuum ohne Migra- tion	(4) Wahlkreis & Individuum mit Migration
Geschlecht weiblich	0.3981*** (0.0691)	0.3990*** (0.0695)	0.2694*** (0.0614)	0.2717*** (0.0615)
Ostdeutsche Jugend	0.2628* (0.1218)	0.2153 (0.1262)	0.0938 (0.0938)	0.0487 (0.0979)
<i>Bildungsgrad. Referenz: (Fach-)Hochschulreife</i>				
Mittlere Reife	—	—	0.3857*** (0.0827)	0.3839*** (0.0833)
Volks-, Hauptschule	—	—	0.5662*** (0.1011)	0.5727*** (0.1031)
Ohne Abschluss	—	—	0.5072 (0.4626)	0.4892 (0.4642)
<hr/>				
Geringes Einkommen	—	—	0.3835*** (0.0269)	0.3822*** (0.0270)
Niedrige Berufsklasse nach ISEI 08	—	—	0.1339*** (0.0202)	0.1350*** (0.0200)
<i>Arbeitslosigkeit. Referenz: In vergangenen 10 Jahren nicht arbeitslos</i>				
Unter drei Monaten	—	—	0.7164*** (0.2035)	0.7215*** (0.2018)
Drei bis sechs Monate	—	—	0.3851** (0.1206)	0.3933** (0.1205)
Mehr als sechs Monate	—	—	0.8523*** (0.1387)	0.8544*** (0.1381)
<hr/>				
WK: Demographische Entwicklung	0.1976* (0.0815)	0.2279** (0.0826)	0.2150*** (0.0618)	0.1852** (0.0648)
WK: Durchschnittsalter	-0.0486 (0.0534)	-0.0835 (0.0602)	-0.0827* (0.0400)	-0.1180** (0.0414)
WK: Durchschnittliche	0.1801**	0.1681	0.0699	0.1128

Wirtschaftliche Leistung	(0.0679)	(0.0968)	(0.0505)	(0.0682)
WK: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	0.0818 (0.0857)	0.1516 (0.1098)	-0.0502 (0.0632)	-0.0467 (0.0780)
WK: Medizinische Versorgung	0.0439 (0.0550)	0.0539 (0.0565)	-0.0137 (0.0388)	0.0214 (0.0404)
WK: Soziale Infrastruktur/ Grundversorgung	-0.0246 (0.0634)	-0.0529 (0.0620)	-0.0313 (0.0489)	-0.0354 (0.0486)
WK: Durchschnitt Erwerbstätige sek. Sektor	-0.0302 (0.0578)	-0.0351 (0.0583)	-0.0821* (0.0388)	-0.1088** (0.0386)
WK: Entwicklung Erwerbstätige sek. Sektor	0.0989 (0.0516)	0.0972 (0.0521)	0.0466 (0.0385)	0.0546 (0.0386)
WK: Ländlichkeit	-0.1306 (0.0687)	-0.1527* (0.0757)	-0.1387** (0.0519)	-0.1008 (0.0581)
WK: Erreichbarkeit	0.0813 (0.0859)	0.0738 (0.0889)	0.0058 (0.0614)	-0.0014 (0.0623)
WK: Durchschnitt Ausländeranteil	—	-0.0576 (0.1152)	—	0.0419 (0.0746)
WK: Entwicklung Ausländeranteil	—	0.0441 (0.0329)	—	-0.0192 (0.0244)
WK: Durchschnitt Asylsuchende	—	-0.0719 (0.0865)	—	-0.1650* (0.0789)
WK: Entwicklung Asylsuchende	—	0.0553 (0.0739)	—	0.1455 (0.0752)
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	0.0480 (0.0553)	—	0.0888* (0.0450)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	-0.0610 (0.0429)	—	-0.0548 (0.0327)
Constant	-0.3176*** (0.0547)	-0.3360*** (0.0562)	-2.2951*** (0.0923)	-2.3132*** (0.0916)
var(_cons)	0.0614*** (0.0260)	0.0559*** (0.0245)	0.0000 (0.0000)	0.0000* (0.0000)
var(Residual)	2.3526*** (0.0826)	2.3524*** (0.0825)	1.6251*** (0.0534)	1.6188*** (0.0532)
AIC	9963.6268	9971.2548	7464.7843	7468.0933
BIC	1.01e+04	1.01e+04	7596.5480	7634.2301
Beobachtungen	2706	2706	2273	2273

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 2 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1. Abhängige Variable: Subjektive Deprivation. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Kontrollvari- ablen	(2) Ohne obj. De- privation und Migration	(3) Ohne Migra- tion	(4) Mit Migration
Geschlecht weiblich	0.3977*** (0.0695)	0.3966*** (0.0684)	0.3278*** (0.0620)	0.3250*** (0.0623)
Ostdeutsche Jugend	0.4939*** (0.0835)	0.1904 (0.0988)	0.1312 (0.0744)	0.0577 (0.0900)
Objektive Deprivation	—	—	0.6279*** (0.0214)	0.6301*** (0.0215)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	—	0.1269 (0.0661)	0.1091* (0.0451)	0.1127* (0.0509)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	—	0.0058 (0.0715)	-0.0435 (0.0442)	-0.0521 (0.0476)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	—	0.0715** (0.0251)	-0.0309 (0.0203)	-0.0431 (0.0383)
WK: Durchschnitt Auslän- der & Asyl	—	—	—	-0.0608 (0.0556)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	—	—	—	0.0736 (0.0530)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	—	—	—	-0.0045 (0.0242)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Migrationsanteil	—	—	—	-0.0256* (0.0121)
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	—	—	0.0053 (0.0152)
Constant	-0.4021*** (0.0538)	-0.2901*** (0.0530)	-0.1944*** (0.0443)	-0.1910*** (0.0444)
var(_cons)	0.1261*** (0.0313)	0.0740*** (0.0263)	0.0061* (0.0124)	0.0041 (0.0126)
var(Residual)	2.3552*** (0.0819)	2.3511*** (0.0824)	1.6841*** (0.0619)	1.6826*** (0.0620)
AIC	9988.7024	9957.1460	7524.2147	7529.6177
BIC	1.00e+04	1.00e+04	7575.7744	7609.8217
Beobachtungen	2706	2706	2273	2273

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

In der Regressionstabelle 2, welche die Hauptkomponenten als unabhängige Variablen aufgenommen hat, zeigt Modell 1 nur den Einfluss der ostdeutschen Jugend und dem Geschlecht auf die subjektive Deprivation. Eine ostdeutsche Jugend sowie das weibliche Geschlecht erhöhen die subjektive Deprivation. In Modell 2 wird dazu der Einfluss der ökonomischen Wahlkreisindikatoren auf die subjektive Deprivation untersucht. Die Komponente zu Abgelegenheit und Zukunftsperspektive hat einen signifikanten Einfluss auf die subjektive Deprivation: Je abgelegener eine Region bzw. je geringer die Zukunftsperspektive, desto höher die subjektive Deprivation. Während Frauen in allen weiteren Modellen weiterhin stärker subjektiv depriviert sind, hat die ostdeutsche Jugend keinen Einfluss mehr. Bei Hinzunahme der objektiven Deprivations-Komponente verliert die Abgelegenheit und Zukunftsperspektive-Komponente ihre Signifikanz; eine hohe objektive Deprivation macht eine subjektive Deprivation wahrscheinlicher. Weiterhin führt eine ungünstige wirtschaftliche Leistung des Wahlkreises zu einer subjektiven Deprivation. In Modell 4 behalten die vorher im Modell beinhalteten Variablen ihre Signifikanz; die Interaktion der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung mit dem Durchschnitt der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit hat einen signifikant-negativen Effekt. Wenn viele Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in einer Region wohnen und diese Region ökonomisch schlechter dasteht, reduziert dies die subjektive Deprivation.

Der AIC und BIC-Wert verhält sich ähnlich wie in Tabelle 1: Bei Hinzunahme der objektiven Deprivation auf individueller Ebene verbessern sich die Modelle stark. Die geschätzte Varianz des zufälligen Effekts für die Wahlkreise ist bei den Regressionsmodellen zu Hypothese 1 oftmals gering; die einzige Ausnahme bietet Modell 1 im Regressionsmodell der Hauptkomponenten, bei welcher dieser ca. 0,13 beträgt. Dies ist das einzige Modell ohne Wahlkreisfaktoren. Sobald diese in ein Modell hinzugefügt worden sind, sinkt die geschätzte Varianz deutlich. Demnach können die Wahlkreisfaktoren einen Großteil der Varianz zwischen den Wahlkreisen erklären.

Die empirischen Ergebnisse zur Hypothese 1 bestätigen demnach die Idee der *left-behind places*, in welchen die schlechten ökonomischen Begebenheiten der eigenen Wohnregion dazu führen, dass Menschen sich abgehängt und ungerecht behandelt fühlen und in der Folge negative Zukunftsaussichten entwickeln. Dass die Ländlichkeit einen negativen Effekt hat, zeigt, dass es nicht eine geringe Einwohnerdichte und Dörflichkeit per se ist, welche subjektive Deprivation auslöst. Stattdessen verringert auf dem Land zu wohnen sogar die subjektive Deprivation. Ein möglicher Grund dafür könnte eine andere Form des Zusammenhaltes

im Dorf sein, was zu einer geringeren Ungerechtigkeitsempfinden führt und sich von der individualisierten Stadt unterscheidet. Stattdessen sind es die ökonomischen Bedingungen, Versorgungs- und Mobilitätsangebote sowie die demographische Entwicklung, welche das Gefühl des Verlassenwerdens entstehen lassen. Die Hypothesen *H1b* und *H1c* können daher angenommen werden.

Warum ein hoher Anteil in der Industrie arbeitender Personen sowie hohe Werte der Interaktion von wirtschaftlicher Leistung mit Migration die subjektive Deprivation reduzieren, bleibt an dieser Stelle unklar. Bezüglich beider Phänomene würde ein Effekt in umgekehrter Weise den theoretischen Erwartungen entsprechen. Hypothese *H1e* muss demnach abgelehnt werden.

Bei den Merkmalen auf individueller Ebene zeigt sich deutlich, dass eine schlechte ökonomische Situation bzw. eine objektive Deprivation die subjektive Deprivation erhöht: Ein geringes Einkommen, ein niedrigerer Schulabschluss, ein statusniedriger Beruf sowie Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit lassen ein Gefühl von Ungerechtigkeit und negativen Zukunftsaussichten entstehen. Demnach spielt neben der ökonomischen Situation der Wohnregion auch die eigene wirtschaftliche Lage eine große Rolle. *H1a* ist daher anzunehmen. Die Variable der ostdeutschen Jugend hat in den Regressionsmodellen zur subjektiven Deprivation nur in dem Variablen-Modell eine Signifikanz, in welchem neben dem Geschlecht keine weiteren individuellen Merkmale oder migrationsbezogene Wahlkreisfaktoren hinzugefügt wurden; im Hauptkomponentenmodell hat sie nur ohne weitere individuelle Merkmale sowie Wahlkreisfaktoren einen Effekt. Die Effekte der ostdeutschen Jugend könnten durch die Begebenheiten der (ostdeutschen) Wahlkreise vermittelt werden; gleichzeitig stellte sich in den anderen Regressionsanalysen die ostdeutsche Jugend als reliabler Prädiktor für eine höhere AfD-Wahlwahrscheinlichkeit in fast allen Modellen³⁷ heraus, trotz „Kontrolle“ anderer Wahlkreisfaktoren. Es könnte sein, dass die ostdeutsche Jugend hier eine ostspezifische Deprivation bzw. eine „Ostalgie“ misst (Betz/Habersack 2020, 119), die unabhängig von der klassischen subjektiven Deprivation steht. Dies könnte erklären, warum sie keinen Einfluss auf die subjektive Deprivation hat, jedoch die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD erhöht. Dies zu untersuchen, bedarf jedoch weiterer Forschung, da in dieser Arbeit sowohl aus Platzmangel als auch wegen nicht passenden Daten des *ALLBUS 2018* nicht darauf eingegangen

³⁷ Außer dem Gesamtmodell der Variablen.

werden kann. *H1d* muss jedoch durch die fehlende Signifikanz im Modell zur subjektiven Deprivation abgelehnt werden.

Die Regressionsmodelle zeigen ebenso auf, dass Frauen wahrscheinlicher subjektiv depriviert sind. Dies lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass ein Ungerechtigkeitsempfinden oder Benachteiligungsgefühl dadurch entsteht, dass Frauen weniger Chancen und Möglichkeiten offen stehen und sie für ihre Arbeit weniger entlohnt werden (Geisberger/Glaser 2017; Schmidt et al. 2020, 111–120). Die unmittelbare Wahrnehmung dieser strukturellen Diskriminierung könnte eine subjektive Deprivation ausbauen.

Hypothese 2 – Deprivation und AfD-Wahl

Tabelle 3 präsentiert eine Regressionsanalyse zur Wahlwahrscheinlichkeit der AfD. Unabhängige Faktoren sind in Modell 1 die Variablen der subjektiven Deprivation und objektiven Deprivation sowie in Modell 2 dazu ergänzend die ökonomischen Wahlkreisindikatoren.³⁸ Modell 1 und Modell 2 unterscheiden sich bezüglich den individuellen Merkmalen nicht: Frauen wählen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit die AfD als Männer; Personen, die ihre Jugend in Ostdeutschland verbracht haben, geben an, wahrscheinlicher die AfD zu wählen. Von den objektiven Deprivationsindikatoren führt nur eine statusniedrige Berufsklasse zu einer wahrscheinlicheren AfD-Wahl; kein Schulabschluss zu haben verringert sogar die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Viele der subjektiven Deprivationsmerkmale sind hingegen signifikant: Eine negative gesellschaftliche Zukunftsperspektive und die Einschätzungen, sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, dass die Weltmarktmarktöffnung nicht zum Wohle aller war sowie eine pessimistische Haltung zur aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Situation der BRD sind Prädiktoren für eine erhöhte Wahrscheinlichkeit die AfD zu wählen. Beide Items zur eigenen Wirtschaftslage, die Schicht-SelbstEinstufung sowie die Einschätzung, wie viele Personen im nahen Umfeld arbeitslos sind, sind nicht signifikant. Die Wahlkreisfaktoren in Modell 2 machen deutlich, dass ein hohes Durchschnittsalter, ein hoher Anteil Erwerbstätiger im sekundären Sektor und eine hohe Ländlichkeit die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit erhöhen. Ein Anstieg des Anteils von Erwerbstätigen im sekundären Sektor verringert die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Die Random Effects

³⁸ Eine Betrachtung des Einflusses der objektiven Deprivationsvariablen sowohl mit als auch ohne die Wahlkreisindikatoren zeigte keinen Unterschied jener Variablen zum Modell mit den subjektiven Deprivationsvariablen. Aus Platzgründen wurden diese daher nicht aufgenommen.

zeigen, dass es eine Varianz des zufälligen Effekts der subjektiven Deprivation von ca. 0,06 in den verschiedenen Wahlkreisen gibt. Weiterhin gibt es Unterschiede zwischen den Wahlkreisen in der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit: Im Modell ohne die Wahlkreisvariablen beträgt der Estimate 0,05; im Modell mit nur noch 0,017. Demnach erklären die eingepflegten unabhängigen Variablen auf Kontextebene einen großen Teil der Varianz zwischen den Wahlkreisen. Das AIC verringert sich um von ca. 9794 beim Modell ohne die Wahlkreisindikatoren auf ca. 9793 beim Modell mit Wahlkreisindikatoren geringfügig. Demnach ist das zweite Modell minimal besser; gleichzeitig steigt das BIC um 55. Der Anstieg kann dabei durch die große Anzahl an Parametern erklärt werden, da das BIC ein Overfitting vermeiden möchte.

Tabelle 3 - Mixed-Effects-Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 2. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Objektive De- privation ohne Wahlkreis	(2) Objektive De- privation mit Wahlkreis
Geschlecht weiblich	-0.7412*** (0.0894)	-0.7425*** (0.0880)
Ostdeutsche Jugend	0.5491*** (0.1303)	0.4041* (0.1712)
<i>Bildungsgrad. Referenz: (Fach-)Hochschulreife</i>		
Mittlere Reife	0.1013 (0.1259)	0.0524 (0.1227)
Volks-, Hauptschule	-0.1650 (0.1663)	-0.2055 (0.1636)
Ohne Abschluss	-0.9879* (0.3997)	-0.9814* (0.4033)
<i>Arbeitslosigkeit. Referenz: In vergangenen 10 Jahren nicht arbeitslos</i>		
Unter drei Monaten	-0.1581 (0.2532)	-0.1458 (0.2476)
<i>Geringes Einkommen</i>		
Geringes Einkommen	-0.0845 (0.0493)	-0.0953 (0.0498)
<i>Niedrige Berufsklasse nach ISEI 08</i>		
Niedrige Berufsklasse nach ISEI 08	0.1065** (0.0340)	0.1043** (0.0344)

Drei bis sechs Monate	0.0067 (0.2010)	0.0023 (0.2004)
Mehr als sechs Monate	0.2559 (0.2418)	0.2485 (0.2415)
<hr/>		
<i>Ungerechtigkeitsempfinden. Referenz: Mehr als gerecht</i>		
Gerechter Anteil	0.0634 (0.1875)	0.0377 (0.1888)
Etwas weniger	0.2805 (0.2176)	0.2495 (0.2194)
Sehr viel weniger	1.1439*** (0.3447)	1.0846** (0.3374)
<hr/>		
<i>Gesellschaftliche Zukunftsperspektive. Referenz: Positiv</i>		
Neutral	0.0953 (0.1079)	0.1088 (0.1082)
Negativ	0.6533*** (0.1399)	0.6758*** (0.1433)
<hr/>		
BRD-Wirtschaftslage aktuell	0.2799*** (0.0762)	0.2832*** (0.0755)
Eigene Wirtschaftslage aktuell	-0.0418 (0.0755)	-0.0281 (0.0760)
BRD-Wirtschaftslage zukünftig	0.3628*** (0.0954)	0.3600*** (0.0962)
Eigene Wirtschaftslage zukünftig	0.0659 (0.0958)	0.0640 (0.0953)
<hr/>		
<i>Schicht-Selbsteinstufung. Referenz: Oberschicht</i>		
Obere Mittelschicht	-0.3155 (0.5216)	-0.2969 (0.5075)
Mittelschicht	-0.2704 (0.5278)	-0.2711 (0.5136)
Arbeiterschicht	-0.1645 (0.5502)	-0.1498 (0.5371)
Unterschicht	0.2086	0.2550

	(0.7439)	(0.7294)
Arbeitslosigkeit Freunde/ Verwandte	0.1031 (0.0954)	0.1094 (0.0942)
Weltmarktöffnung nicht für das Wohl aller	0.1031* (0.0422)	0.1020* (0.0421)
WK: Demographische Entwicklung	—	-0.2094 (0.1173)
WK: Durchschnittsalter	—	0.1494* (0.0691)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	—	0.0326 (0.0898)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	—	-0.1011 (0.1104)
WK: Medizinische Versor- gung	—	0.0210 (0.0783)
WK: Soziale Infrastruktur/ Grundversorgung	—	-0.0690 (0.1096)
WK: Durchschnitt Er- werbstätige sek. Sektor	—	0.1477* (0.0712)
WK: Entwicklung Er- werbstätige sek. Sektor	—	-0.1480* (0.0738)
WK: Ländlichkeit	—	0.2098* (0.0984)
WK: Erreichbarkeit	—	0.1279 (0.1077)
Constant	-0.3357 (0.6223)	-0.2058 (0.6164)
var(subj_Depri) Constant	0.0612*** (0.0218)	0.0632*** (0.0223)
var(_cons) Constant	0.0538*** (0.0473)	0.0170 (0.0405)
var(Residual) Constant	4.8138*** (0.2982)	4.7960*** (0.2978)
AIC	9794.0085	9793.2311
BIC	9959.5785	1.00e+04
Beobachtungen	2229	2229

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 4 zeigt die Regressionsmodelle zur AfD-Wahlwahrscheinlichkeit mit den Hauptkomponenten der Konzepte. Modell 1 beinhaltet die Hauptkomponenten der subjektiven und objektiven Deprivation sowie die ökonomischen Wahlkreisfaktoren. Während eine ostdeutsche Jugend die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit erhöht sowie das weibliche Geschlecht sie reduziert, hat bis auf die subjektive Deprivation keine andere Variable auf individueller Ebene eine Signifikanz. Eine hohe subjektive Deprivation erhöht jedoch die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Eine hohe Abgelegenheit bzw. negative Zukunftsperspektive des Wahlkreises erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Dieser Effekt ist zwar nicht so stark wie der der subjektiven Deprivation einer Person, dennoch mit dem Signifikanzniveau $p < 0,01$ ein unmittelbarer Effekt auf die Wahlentscheidungswahrscheinlichkeit.

Nach den Regressionsmodellen zur Hypothese 2 wird die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD unmittelbar durch Faktoren der Wahlkreise beeinflusst: Überalterung eines Wahlkreises führt dazu, dass die AfD wahrscheinlicher gewählt wird. Gleichzeitig hat die Wirtschaftsstruktur einen deutlichen Einfluss: Sowohl ein hoher Anteil Erwerbstätiger im sekundären Sektor als auch die Abnahme dieses Anteils erhöht die Wahrscheinlichkeit die AfD zu wählen. Da ebenfalls die Hauptkomponente der Abgelegenheit und Zukunftsperspektive einen signifikanten Einfluss hat, zeigt sich deutlich, dass eine Veränderung in der Wirtschaftsstruktur durch einen Abbau von Industriearbeitsplätzen sowie eine negative demographische Zukunftsperspektive die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD erhöhen – erst recht, wenn es in der Region einen hohen Anteil von Erwerbstätigen im sekundären Sektor gibt. Ein möglicher Fachkräftemangel durch die Überalterung und wegfallende Jobs in der Industrie, welche bisher einen großen Anteil der lokalen Wirtschaft ausmacht – Diese soziotropischen Entwicklungen werden von den Personen unmittelbar wahrgenommen und beeinflussen ihre politischen Einstellungen. Sorgen um die gesellschaftliche Zukunft, die Wirtschaftslage der BRD sowie der kritische Blick auf die Weltmarktöffnung führen ebenfalls zur Wahl der AfD. Ebenso macht ein statusniedriger Beruf die Wahl der AfD wahrscheinlicher: Dass diese vornehmlich in der Industrie angesiedelt sowie am häufigsten von der Globalisierung betroffen sind, ist Kernbestandteil der Modernisierungsverlierertheorie. Ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der Wohnregion, der eigenen beruflichen Stellung und den soziotropischen Einstellungen ist an dieser Stelle mehr als plausibel. Die Hypothesen, dass eine subjektive Deprivation (*H2a*) sowie eine ökonomische Abhängigkeit im Raum (*H2c*) die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, erhöht, werden demnach angenommen. Da jedoch nur der Berufsstatus einen signifikanten Effekt hat, ist *H2b* eher abzulehnen als anzunehmen.

Tabelle 4 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zur Hypothesen 2, 4 und das Gesamtmodell. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1)	(2)	(3)	(4)
	Subjektive Deprivation mit Wahlkreis	Pol. Entfrem- dung und Na- tivismus	Deprivation, pol. Entfrem- dung und Na- tivismus	Gesamt
Geschlecht weiblich	-0.7156*** (0.0883)	-0.4839*** (0.0780)	-0.4713*** (0.0796)	-0.4184*** (0.0881)
Ostdeutsche Jugend	0.6086*** (0.1471)	0.3870** (0.1207)	0.3805** (0.1215)	0.3422* (0.1565)
Subjektive Deprivation	0.4123*** (0.0454)	—	-0.0178 (0.0379)	-0.0061 (0.0408)
Objektive Deprivation	-0.0233 (0.0366)	—	—	-0.1061** (0.0372)
Wirtschaftlicher Nativis- mus	—	0.4681*** (0.0405)	0.4621*** (0.0436)	0.1748*** (0.0427)
Politische Unterstützung	—	0.3639*** (0.0411)	0.3390*** (0.0432)	0.3695*** (0.0456)
Populismus nach Akker- man	—	0.0569 (0.0396)	0.0669 (0.0425)	-0.0156 (0.0456)
Hohe Interne Political Efficacy	—	0.0919* (0.0376)	0.0819* (0.0381)	0.1235** (0.0399)
Geringe Externe Political Efficacy	—	-0.0000 (0.0466)	0.0067 (0.0464)	0.0195 (0.0520)
Inter: Subj. Deprivation/ wirtschaftlicher Nativis- mus	—	—	0.0087 (0.0291)	0.0590* (0.0266)
Inter: Subj. Deprivation/ Politische Unterstützung	—	—	0.0712** (0.0254)	0.0781** (0.0268)
Inter: Subj. Deprivation/ Populismus	—	—	-0.0087 (0.0296)	-0.0292 (0.0278)
Inter: Subj. Deprivation/ externe pol. Efficacy	—	—	0.0064 (0.0344)	0.0178 (0.0372)
Nativismus	—	—	—	0.5187*** (0.0514)
Sozialkonservative Ein- stellungen	—	—	—	0.1485** (0.0452)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	-0.1627 (0.0921)	—	—	0.0504 (0.0772)

WK: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	0.1663 (0.1013)	—	—	-0.0351 (0.0797)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	0.1218*** (0.0342)	—	—	0.0677 (0.0561)
WK: Durchschnitt Ausländer & Asyl	—	—	—	0.1758 (0.0921)
WK: Entwicklung Asylsuchende	—	—	—	-0.0279 (0.0713)
WK: Entwicklung Ausländeranteil	—	—	—	-0.1409*** (0.0420)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Migrationsanteil	—	—	—	0.0040 (0.0197)
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	—	—	-0.0689* (0.0276)
Constant	2.3771*** (0.0844)	2.2900*** (0.0753)	2.1919*** (0.0811)	2.1483*** (0.0709)
var(subj_Depri)	0.0793*** (0.0244)	0.0614*** (0.0202)	0.0530*** (0.0192)	0.0326 (0.1056)
var(_cons)	0.0352* (0.0478)	0.0618** (0.0531)	0.0633*** (0.0528)	0.0000 (0.0000)
var(Residual)	4.9365*** (0.3154)	3.9428*** (0.2326)	3.9128*** (0.2317)	3.7948*** (0.5942)
AIC	9817.1911	9886.7517	9872.9944	8044.1054
BIC	9879.9935	9950.0557	9965.0730	8194.3398
Beobachtungen	2229	2333	2333	1928

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Spannend ist, dass sich vermehrt Sorgen um die wirtschaftliche Situation der Umgebung, nicht jedoch um die eigene gemacht wird. Zwar führt die Einstellung, nicht den gerechten Anteil zu erhalten, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für die AfD zu stimmen, jedoch hat die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie die Schicht-Selbsteinstufung keinen Einfluss. Ebenso hat auch aktuelle Arbeitslosigkeit im unmittelbaren Umfeld keine Signifikanz: Es könnten daher Zukunftssorgen um die allgemeine Umgebung sein, welche die Wahl der AfD wahrscheinlicher machen. Weiterhin könnte es sein, dass sich Personen nicht eingestehen möchten, dass ihre eigene wirtschaftliche Lage prekär ist; gleichzeitig könnte Effekte der sozialen Erwünschtheit auch eintreten, bei welchen die befragte Person nicht von den eigenen wirtschaftlichen Sorgen berichten will.

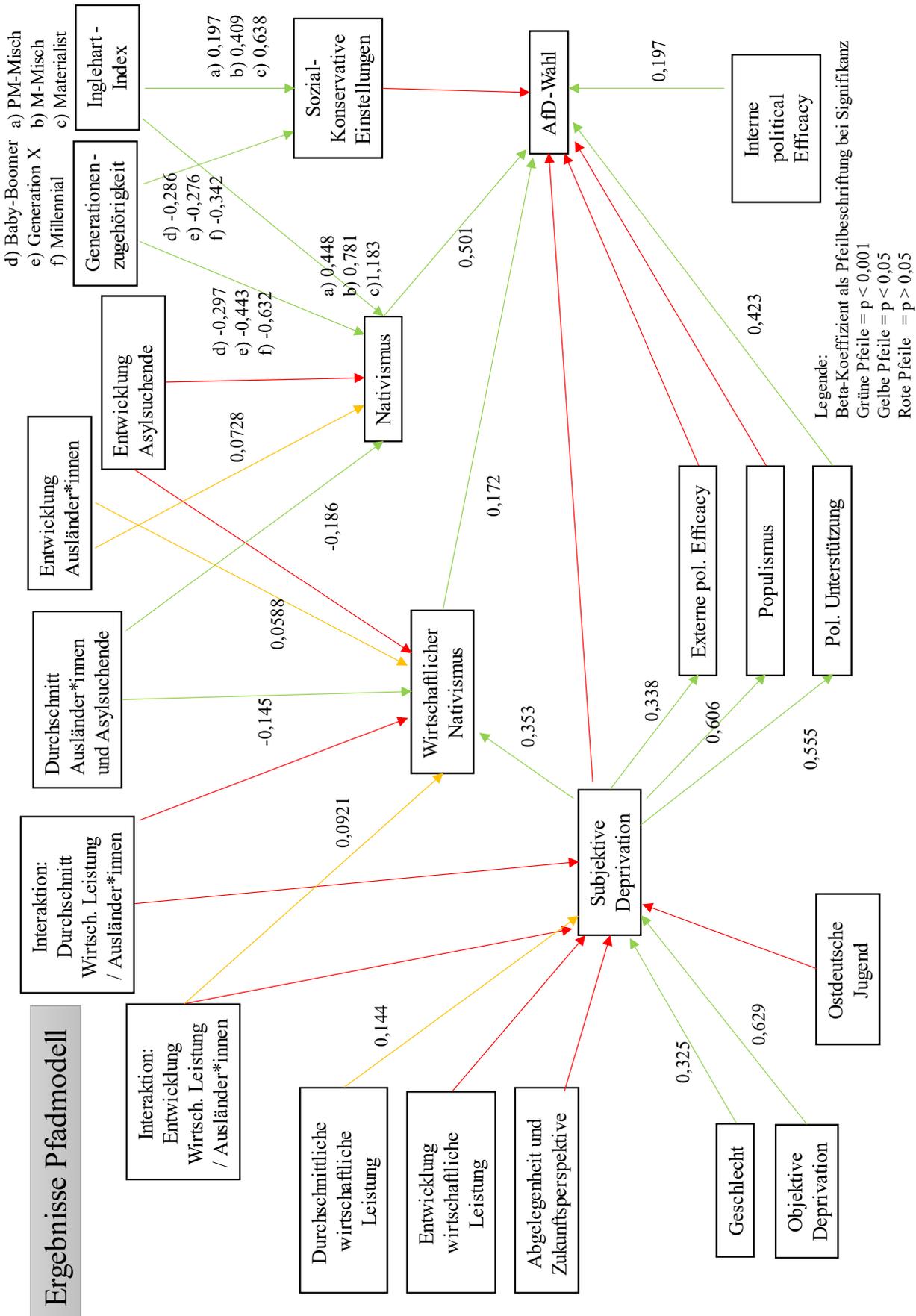
Weshalb an dieser Stelle eine hohe Ländlichkeit ebenfalls die AfD-Wahl wahrscheinlicher macht, ist unklar. Zwar gibt es eine hohe Korrelation mit der demographischen Entwicklung und der Grundversorgung eines Wahlkreises mit Ländlichkeit – und hohe Ausprägungen dieser beiden Variablen würden die AfD-Wahl unmittelbar theoretisch erklären – jedoch sind diese im Modell nicht signifikant.

Hypothese 3 – Deprivation und politische Einstellungen

Der Einfluss der Deprivationsempfindung auf die verschiedenen Einstellungsmuster, welcher durch das Pfadmodell in Abbildung 3.³⁹ veranschaulicht wurde, ist sehr deutlich: Sie beeinflusst die politische Unterstützung (*H3a*), die externe political Efficacy (*H3b*), populistische Einstellungen (*H3c*) sowie den wirtschaftlichen Nativismus (*H3d*) einer Person. Letzterer wird ebenfalls durch Kontextfaktoren beeinflusst: Ein hoher Wert der Komponente aus dem durchschnittlichen Anteil von Ausländer*innen und Asylsuchenden verringert den wirtschaftlichen Nativismus. Hier können Effekte der Kontakthypothese einschlägig sein: Wenn viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der Region wohnen, werden Ängste und Vorurteile durch die Interaktion mit diesen abgebaut. Demnach werden sie weniger als Bedrohung um Arbeitsplätze wahrgenommen. Gleichzeitig erhöht ein Anstieg von Ausländer*innen – ganz nach der Bedrohungshypothese – den wirtschaftlichen Nativismus einer Person, da die Veränderung Sorgen um die eigene finanzielle Situation aufwirft. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn sich parallel zum Anstieg der Ausländerzahlen die Wirtschaft in einer Region negativ entwickelt hat. Dies gibt der auf dem $p < 0,05$ -Niveau signifikante Interaktionsterm an. *H3e* kann daher bestätigt werden. Der Interaktionsterm der durchschnittlichen Leistung mit dem durchschnittlichen Anteil von Ausländer*innen ist jedoch ebenso wie die Entwicklung des Anteils von Asylsuchenden nicht signifikant.

³⁹ Die tabellarischen Ergebnisse des Pfadmodells befinden sich im Anhang in Tabelle 23.

Abbildung 3 - Ergebnisse Pfadmodell. Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Eigene Abbildung. Ergebnisse des Pfadmodells in Tabelle 23



Hypothese 4 – politische Einstellungen und AfD-Wahl

In Tabelle 5 finden sich die Regressionsergebnisse des Einflusses der verschiedenen politischen Einstellungsmuster, welche auf einer subjektiven Deprivation basieren, auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Modell 1 beinhaltet die Variablen zu den nativistischen Einstellungen, Modell 2 zur politischen Entfremdung und Modell 3 die Variablen beider Konzepte. Wahlkreisfaktoren sind in diesem Modell nicht hinzugefügt worden, weiterhin wurden die Modelle in der Mixed-Effects Regression über die Wahlkreisnummer gruppiert, in welcher die subjektive Deprivation als Random Effect hinzugefügt wurde. Wie in den vorigen Regressionsmodellen hat das weibliche Geschlecht einen negativen und die ostdeutsche Jugend einen positiven Effekt auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit.

Der Index zu wirtschaftlichem Nativismus ist in Modell 1 positiv und hat einen sehr starken Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit die AfD zu wählen. In Modell 2 haben fast alle Indikatoren einen signifikanten Einfluss auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit: Eine Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik, eine negative Bewertung von Demokratie als Idee, ein geringes Vertrauen in die Politik erhöhen die Wahrscheinlichkeit die AfD zu wählen (*H4a*). Ebenfalls macht eine geringe externe political Efficacy (*H4b*) sowie populistische Einstellungen (*H4c*) und eine hohe interne political Efficacy (*H4e*) die AfD-Wahl wahrscheinlicher. Die Variablen zum Vertrauen in die staatliche Gerichtsbarkeit sowie die Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung haben keinen Einfluss auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Bei der Hinzunahme des wirtschaftlichen Nativismusindizes zu den politischen Entfremdungsvariablen verlor der Index der externen political Efficacy sowie die populistischen Einstellungen ihre statistische Signifikanz, während der wirtschaftlicher Nativismus-Index weiterhin signifikant blieb (*H4d*). Dieser Index hat von allen Variablen im Modell die stärkste Effektgröße; dies spricht gemeinsam mit dem Verlieren der Signifikanz der Indikatoren der politischen Entfremdung dafür, dass die Effekte externen political Efficacy sowie die populistischen Einstellungen durch diesen Index vermittelt werden. Demnach könnte es sein, dass populistische Einstellungen nicht als eigenständige dünne Ideologie getrennt von einer dicken Host-Ideologie stehen, sondern sie mehr mit dieser zusammenhängen. Diese Ergebnisinterpretation bedarf jedoch noch weiterer Untersuchung.

Tabelle 5 - Mixed-Effects-Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 4. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Nativismus	(2) Pol. Entfrem- dung	(3) Pol. Entfrem- dung und Na- tivismus
Geschlecht weiblich	-0.5737*** (0.0739)	-0.5267*** (0.0783)	-0.4695*** (0.0735)
Ostdeutsche Jugend	0.5344*** (0.1201)	0.4364*** (0.1237)	0.4084** (0.1246)
Index wirtschaftlicher Na- tivismus	0.9745*** (0.0587)	—	0.7142*** (0.0621)
Zufriedenheit mit Leistung Bundesregierung	—	0.0619 (0.0494)	0.0757 (0.0476)
Zufriedenheit Demokratie in BRD	—	0.3901*** (0.0588)	0.3104*** (0.0570)
Bewertung Demokratie als Idee	—	0.3301*** (0.0705)	0.2659*** (0.0688)
Index Vertrauen in Politik	—	0.1796** (0.0619)	0.1562** (0.0596)
Index Vertrauen in Staatli- che Gerichtsbarkeit	—	0.0391 (0.0537)	-0.0003 (0.0525)
Index geringe externe po- litical Efficacy	—	0.1808* (0.0846)	0.0640 (0.0788)
Index hohe interne politi- cal Efficacy	—	0.1843** (0.0685)	0.2359*** (0.0679)
Index populistische Ein- stellungen	—	0.3338*** (0.0926)	0.1588 (0.0874)
Constant	-0.8321*** (0.1601)	-2.4329*** (0.3470)	-3.4766*** (0.3579)
var(subj_Depri)	0.0852*** (0.0252)	0.0552*** (0.0193)	0.0518*** (0.0183)
var(_cons)	0.0517** (0.0533)	0.0806*** (0.0528)	0.0529** (0.0498)
var(Residual)	4.1919*** (0.2414)	4.1465*** (0.2393)	3.9016*** (0.2225)
AIC	1.13e+04	1.06e+04	1.05e+04
BIC	1.13e+04	1.07e+04	1.05e+04
Beobachtungen	2638	2476	2475

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Ein differenzierter Blick auf die einzelnen Bestandteile der politischen Unterstützung zeigt, dass nur das Vertrauen in die staatliche Gerichtsbarkeit sowie die Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung keinen positiven Effekt auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit haben. Da die Institutionen der staatlichen Gerichtsbarkeit in der Regel nicht als unmittelbare politische Akteure wahrgenommen werden, werden sie nicht Ziel von politischer Unzufriedenheit. Daher könnte es sein, dass eine Unzufriedenheit mit diesen nicht Unzufriedenheit mit der Politik bedeutet. Dass eine (Un-)Zufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung nicht die Wahl der AfD wahrscheinlicher macht, steht im Kontrast zur Empirie. Es könnte sein, dass dieser Effekt schon durch andere Variablen abgefragt bzw. vermittelt wird, da diese mangelnde spezifische Unterstützung als einer der prominentesten Gründe für den Erfolg der AfD gilt (Diermeier 2020, 51f.; Schmitt-Beck et al. 2017, 283f.; Weiß et al. 2020, 55–60).

Die Varianz der subjektiven Deprivation zwischen den Wahlkreisen verringert sich bei Hinzunahme der politischen Entfremdungsvariablen im Vergleich zum Modell mit den wirtschaftlichen Nativismus-Variablen von 0,09 auf 0,06, in Modell 3 sinkt diese weiter auf 0,05. Unterschiede der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit zwischen den Wahlkreisen, welche nicht durch die unabhängigen Variablen erklärt werden, belaufen sich in Modell 1 auf 0,05, Modell 2 auf 0,08 und Modell 3 0,05. Die wirtschaftlichen Nativismusvariablen können demnach mehr dieser Unterschiede erklären.

Die Analyse der Hauptkomponenten (Modell 2 in Tabelle 4) zeigt ähnliche Effekte wie das Gesamtmodell der Hypothese 4: Ein hoher Wert auf der wirtschaftlichen Nativismus-Komponente (*H4d*), eine geringe politische Unterstützung (*H4a*) sowie eine hohe interne political Efficacy (*H4e*) erhöht die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Der wirtschaftliche Nativismus hat auch hier – nach dem Geschlecht – die größte Effektstärke der Einstellungsvariablen. Modell 3 inkludiert zusätzlich die subjektive Deprivation sowie Interaktionsterme der Hauptkomponenten mit dieser. Die subjektive Deprivation hat jedoch keinen Effekt; nur als Teil des Interaktionsterms mit der politischen Unterstützung, wobei hohe Werte die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit erhöhen.⁴⁰ Demnach vermitteln alle Einstellungen den Effekt der subjektiven Deprivation auf die Wahlentscheidung. Die Hypothesen *H4a* bis *H4e* können daher

⁴⁰ Es wurde überprüft, ob in einem Modell ohne Interaktionsterm die subjektive Deprivation einen positiven Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit hat. Dies war nicht der Fall.

angenommen werden. Weiterhin verringert sich das AIC durch die Hinzunahme um ca. 14 Punkte, das BIC erhöht sich um ca. 15 Punkte.

Hypothese 5 – Ausländeranteile im Wahlkreis und Cultural Backlash

Die Ergebnisse des Pfadmodells in Abbildung 3. zeigen sehr anschaulich die unterschiedlichen Wirkungsweisen der Bedrohungs- und Kontakttheorie: Während ein hoher Anteil von Ausländer*innen und Asylsuchenden im Wahlkreis die nativistischen Einstellungen frei nach der Kontakttheorie verringert, fühlen sich Menschen durch einen Anstieg jener Anteile bedroht und nativistische Einstellungen stellen sich ein. *H5a* und *H5b* können demnach angenommen werden. Weiterhin zeigt sich – den theoretischen Annahmen von Inglehart/ Norris (2016) bzw. Norris/Inglehart (2019) entsprechend –, dass mit Postmaterialismus als Referenzwert die Wertevorstellungen des PM-Mischtyp, M-Mischtyp sowie eines*einer Materialistin die nativistischen Einstellungen erhöhen. Je materieller die Wertevorstellung, desto größer ist hierbei die Effektstärke. Ebenfalls hat die Generationenzugehörigkeit einen signifikanten Effekt: Desto jünger die Person, desto weniger nativistisch ist sie. Sowohl die Wertevorstellungen als auch die Generationenzugehörigkeit wirkt sich in gleicher Weise auf die sozialliberalen Einstellungen aus, auch wenn die Effektstärke im Vergleich zu den nativistischen Einstellungen bei allen Indikatoren geringer ausfällt.

Hypothese 6 – Cultural Backlash und AfD-Wahl

Der Einfluss der *Cultural Backlash* Variablen auf die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, wird in Tabelle 6 aufgezeigt. Modell 1 enthält nur die individuellen Faktoren, in Modell 2 wurde dies durch die Wahlkreisfaktoren ergänzt. Bei Hinzunahme verändern sich die Variablen auf der Ebene des Individuums nur in ihrer Effektstärke geringfügig. Frauen und westdeutsch sozialisierte wählen weiterhin unwahrscheinlicher die AfD. Ausgeprägte nativistische und sozial-konservative Einstellungen erhöhen die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit; der Effekt des Nativismus ist dabei stärker als der der Sozial-Konservativität. *H6a* und *H6b* können angenommen werden.

Je jünger die Generation, zu welcher eine Person zugehörig ist, desto wahrscheinlicher wählt diese die AfD. Die Effektgröße wächst hierbei je jünger die Generation ist. Dieser Effekt reiht sich ein in die Ergebnisse von Schafer (2022, 1987–1991), welcher ebenfalls jüngeren Generationen eine höhere Wahrscheinlichkeit attestiert, autoritär-populistische Parteien zu

wählen. Bezüglich der (post-)materiellen Wertevorstellungen einer Person zeigt sich, dass in Abhängigkeit postmaterieller Werte nur der M-Mischtyp einen signifikanten Einfluss auf die AfD-Wahlentscheidung hat, jedoch entgegen der theoretischen Erwartungen: Ein M-Mischtyp verringert die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Weiß et al. (2020, 62) postulieren, dass dieser Effekt durch die hohe Anzahl an Wähler*innen der Unionsparteien, welche im Durchschnitt eher materiellere Werte als AfD-Wählende vertreten, zustande kommt. Von den Kontextfaktoren hat ausschließlich die Entwicklung des Ausländeranteils einen signifikanten Effekt: Ein steigender Anteil von Ausländer*innen verringert die Wahrscheinlichkeit, der AfD die Stimme zu geben. Der Estimate des Random-Effects der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit zwischen den Wahlkreisen verringert sich bei Hinzunahme von 0,05 auf 0,03.

Tabelle 6 - Mixed-Effects-Regression mit Variablen & Indizes zu Hypothese 6. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Cultural Back- lash ohne Wahlkreis	(2) Cultural Back- lash mit Wahl- kreis
Geschlecht weiblich	-0.3970*** (0.0739)	-0.4006*** (0.0740)
Ostdeutsche Jugend	0.4846*** (0.1065)	0.5103*** (0.1180)
Index nativistische Einstel- lungen	0.9918*** (0.0530)	0.9994*** (0.0525)
Sozial-konservative Ein- stellungen	0.3845*** (0.0705)	0.3866*** (0.0694)
<i>Generation. Referenz: In- terwar-Kohorte (1900- 1945)</i>		
Baby-Boomer (1946- 1964)	0.6133*** (0.0990)	0.6136*** (0.0995)
Generation X (1965-1979)	1.0043*** (0.1165)	1.0085*** (0.1166)
Millennials (ab 1980)	1.1947*** (0.1186)	1.2104*** (0.1202)
<i>Wertevorstellung. Refe- renz: Postmaterialismus</i>		
PM-Mischtyp	0.0321 (0.0905)	0.0258 (0.0915)
M- Mischtyp	-0.2661** (0.0903)	-0.2654** (0.0899)

Materialismus	-0.3085 (0.1853)	-0.3092 (0.1883)
<hr/>		
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	-0.0560 (0.0619)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	—	-0.0060 (0.0343)
WK: Durchschnitt Auslän- deranteil	—	0.0163 (0.0549)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	—	-0.1327*** (0.0366)
WK: Durchschnitt Asylsu- chende	—	-0.0349 (0.0788)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	—	0.0496 (0.0674)
Constant	-2.5176*** (0.2251)	-2.5622*** (0.2299)
var(_cons)	0.0452***	0.0294***
Constant	(0.0357)	(0.0285)
var(Residual)	3.9883***	3.9815***
Constant	(0.2027)	(0.2018)
AIC	1.26e+04	1.26e+04
BIC	1.27e+04	1.27e+04
Beobachtungen	3013	3013

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Gesamtmodell der AfD-Wahl

Das Gesamtmodell der Einflüsse aller Indikatoren auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit ist in Tabelle 7 zu finden. Die Ergebnisse zeigen, dass das weibliche Geschlecht und ein niedrigerer Bildungsgrad (Hauptschule und ohne Abschluss) die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit reduzieren; die Variable des Sozialisationsortes hat zum ersten Mal ihre Signifikanz verloren. Eine neutrale gesellschaftliche Zukunftsperspektive verringert im Vergleich zu einer positiven Sicht die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Alle weiteren Variablen der objektiven und subjektiven Deprivation sind nicht signifikant. Die Indizes zu nativistischen Einstellungen, wirtschaftlichem Nativismus sowie Sozial-Konservativismus haben einen starken, positiven Effekt auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Während die (post-)materiellen Werte

keinen Einfluss haben, bleibt der Einfluss der Generationenzugehörigkeit entgegen den theoretischen Erwartungen: Je jünger eine Generation, desto wahrscheinlicher ist die AfD-Wahl. Im Feld der politischen Unterstützung zeigt sich, dass eine Unzufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung, eine Unzufriedenheit mit der Demokratie in der BRD sowie eine negative Bewertung von Demokratie als Idee die Wahl der AfD wahrscheinlicher macht. Die beiden Vertrauensindizes sind hingegen nicht signifikant; ebenso wie die externe political Efficacy und die populistischen Einstellungen. Eine hohe interne political Efficacy erhöht wiederum die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Auf Wahlkreisebene verringert eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung von 1998 bzw. 2000 bis 2018 die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eine Abnahme des Anteils der Erwerbstätigen im sekundären Sektor sowie eine Zunahme des Ausländeranteils verringert die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit ebenfalls signifikant.

Tabelle 7 - Mixed-Effects-Regression mit Variablen & Indizes zum Gesamtmodell. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

	(1) Gesamt
Geschlecht weiblich	-0.3877*** (0.0870)
Ostdeutsche Jugend	0.3405 (0.1783)
<hr/>	
<i>Bildungsgrad. Referenz: (Fach-)Hochschulreife</i>	
Mittlere Reife	-0.1941 (0.1097)
Volks-, Hauptschule	-0.3698* (0.1622)
Ohne Abschluss	-1.1963* (0.4656)
<hr/>	
Geringes Einkommen	-0.0200 (0.0452)
Niedrige Berufsklasse nach ISEI 08	0.0117 (0.0293)
<hr/>	
<i>Arbeitslosigkeit. Referenz: In vergangenen 10 Jahren nicht arbeitslos</i>	
Unter drei Monaten	-0.0690

	(0.1981)
Drei bis sechs Monate	0.0225 (0.1759)
Mehr als sechs Monate	0.1637 (0.2181)
<hr/>	
<i>Ungerechtigkeitsempfinden. Referenz: Mehr als gerecht</i>	
Gerechter Anteil	-0.3000 (0.2103)
Etwas weniger	-0.3286 (0.2353)
Sehr viel weniger	0.0600 (0.3451)
<hr/>	
<i>Gesellschaftliche Zukunftsperspektive. Referenz: Positiv</i>	
Neutral	-0.2093* (0.1046)
Negativ	-0.2479 (0.1474)
<hr/>	
BRD-Wirtschaftslage aktuell	-0.0303 (0.0771)
Eigene Wirtschaftslage aktuell	-0.1127 (0.0789)
BRD-Wirtschaftslage zukünftig	0.1144 (0.0801)
Eigene Wirtschaftslage zukünftig	0.1071 (0.0928)
<hr/>	
<i>Schicht-Selbsteinstufung. Referenz: Oberschicht</i>	
Obere Mittelschicht	0.4323 (0.3941)
Mittelschicht	0.4920 (0.3850)
Arbeiterschicht	0.6442 (0.4045)

Unterschicht	0.9157 (0.6402)
<hr/>	
Arbeitslosigkeit Freunde/ Verwandte	0.0476 (0.0873)
Weltmarktöffnung nicht für das Wohl aller	0.0226 (0.0382)
Index nativistische Einstel- lungen	0.7628*** (0.0677)
Index wirtschaftlicher Na- tivismus	0.2327*** (0.0625)
Sozial-konservative Ein- stellungen	0.3796*** (0.0897)
<hr/>	
<i>Generation. Referenz: In- terwar-Kohorte (1900- 1945)</i>	
Baby-Boomer (1946- 1964)	0.3880** (0.1214)
Generation X (1965-1979)	0.6369*** (0.1521)
Millennials (ab 1980)	0.8712*** (0.1679)
<hr/>	
<i>Wertevorstellung. Referenz: Postmaterialis- mus</i>	
PM-Mischtyp	0.1787 (0.1063)
M- Mischtyp	-0.0708 (0.0923)
Materialismus	-0.0645 (0.2058)
<hr/>	
Zufriedenheit mit Leistung Bundesregierung	0.1213* (0.0503)
Zufriedenheit Demokratie in BRD	0.2773*** (0.0601)
Bewertung Demokratie als Idee	0.1975** (0.0741)
Vertrauen in Politik	0.1001

	(0.0618)
Vertrauen in Staatliche Gerichtsbarkeit	0.0190 (0.0570)
Geringe externe political Efficacy	0.0318 (0.0900)
Hohe interne political Effi- cacy	0.2771*** (0.0727)
Populistische Einstellun- gen	0.1261 (0.1067)
WK: Demographische Entwicklung	-0.1187 (0.1083)
WK: Durchschnittsalter	0.0752 (0.0653)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	0.0271 (0.1054)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	-0.2862* (0.1276)
WK: Medizinische Versor- gung	-0.0034 (0.0702)
WK: Soziale Infrastruktur/ Grundversorgung	0.0961 (0.1182)
WK: Durchschnitt Er- werbstätige sek. Sektor	0.0430 (0.0549)
WK: Entwicklung Er- werbstätige sek. Sektor	-0.1370* (0.0644)
WK: Ländlichkeit	0.1187 (0.0921)
WK: Erreichbarkeit	0.1417 (0.1012)
WK: Durchschnitt Auslän- deranteil	0.1782 (0.1160)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	-0.1549** (0.0480)
WK: Durchschnitt Asylsu- chende	0.1541 (0.1001)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	0.0203 (0.0930)

WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0316 (0.0737)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0781 (0.0409)
Constant	-5.8474*** (0.6917)
var(subj_Depri)	0.0485***
Constant	(0.0200)
var(_cons)	0.0000**
Constant	(0.0000)
var(Residual)	3.6574***
Constant	(0.2112)
AIC	8724.0881
BIC	9074.1028
Beobachtungen	2091

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Die Analyse anhand der Hauptkomponenten (Modell 4 in Tabelle 4) zeigt weiterhin einen signifikanten Einfluss des Geschlechts sowie der ostdeutschen Jugend. Die subjektive Deprivation ist nicht signifikant, eine hohe objektive Deprivation verringert hingegen die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Wirtschaftlicher Nativismus, mangelnde politische Unterstützung und eine hohe interne political Efficacy erhöhen die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit; populistische Einstellungen sowie die externe political Efficacy sind auch hier nicht signifikant. Nativistische Einstellungen und sozialkonservative Einstellungen machen die AfD-Wahl wahrscheinlicher. Ein Blick auf die Interaktionsterme der Individualebene zeigt, dass sowohl der Term von subjektiver Deprivation mit politischer Unterstützung sowie mit wirtschaftlichem Nativismus signifikant sind. Hohe Werte machen hier die AfD-Wahl wahrscheinlicher. Auf Kontextebene ist ausschließlich die Entwicklung des Ausländeranteils sowie die Interaktion der Entwicklung des Ausländeranteils mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung signifikant. Hohe Werte bei beiden Indikatoren verringern die Wahrscheinlichkeit die AfD anzukreuzen. Im Vergleich zu den anderen Hauptkomponentenmodellen verringerte sich das AIC um 1.828 auf 8.044 sowie das BIC um 1.771 auf 8.194. Demnach hat sich die Modellgüte weiterhin verbessert, die vergleichsweise geringere Verbesserung des BIC kommt vermutlich durch die hohe Anzahl an Variablen im Regressionsmodell zu Stande.

Das Gesamtmodell zeigt, dass die politischen Einstellungen einen starken Effekt auf die Wahlentscheidung haben. Dass Nativismus, Sozialkonservatismus und eine geringe politische Unterstützung sowie eine hohe interne political Efficacy die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD erhöhen, bestätigt Ergebnisse politikwissenschaftlicher Forschung zur Analyse des Wahlverhaltens für rechtspopulistische Parteien. An dieser Stelle zeigt sich auch der erwartete Effekt der Unzufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung: Diese macht die potenzielle Stimmabgabe für die AfD wahrscheinlicher. Dass trotz der Hinzunahme des Nativismus-Items der wirtschaftliche Nativismus einen starken signifikanten Effekt hat, hebt hervor, dass die explizite Verbindung von ökonomischer Sorge und Ablehnung von Immigration ein eigenständiger Prädiktor ist. Die Verbindung von ökonomischen Sorgen sowie politischen Einstellungen zeigt sich auch durch die signifikanten Interaktionsterme der subjektiven Deprivation mit der politischen Unterstützung sowie dem wirtschaftlichen Nativismus: Als signifikante Prädiktoren weisen sie darauf hin, dass die Deprivation Ursprung rechtspopulistisches Wählen ist, welches durch politische Einstellungen vermittelt wird. Wenn nun auf die politischen Einstellungen kontrolliert wird, reduziert eine objektive Deprivation bzw. ein niedrigerer Bildungsgrad in Form eines Hauptschulabschlusses oder kein Abschlusses die Wahrscheinlichkeit, der AfD jemals eine Stimme zu geben. Es könnte sein, dass diese Personen dann eher nicht zur Wahl gehen, da eine geringe Bildung sowie ein niedriges Einkommen die Wahrscheinlichkeit, Nichtwähler*in zu sein, erhöht (Schäfer et al. 2016, 26–32). Eine Analyse, ob diese Personengruppen zur Wahlwahrscheinlichkeit anderer Parteien ebenfalls so geringe Werte haben, könnte diese Frage möglicherweise klären.

Einen unmittelbaren verstärkenden Einfluss der Wahlkreisfaktoren auf die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit zeigt sich nur bei einem sinkenden Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor: Eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur weg von einer Industriegesellschaft – welche im Rahmen von Globalisierungs- bzw. Modernisierungsprozesse weiter stattfinden wird – erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Person, rechtspopulistisch zu wählen. Konträr zu den theoretischen Erwartungen reduzieren eine schlechte Entwicklung der Wirtschaft und ein steigender Ausländeranteil sowie die Interaktion beider Faktoren die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Dies kann an dieser Stelle nicht erklärt werden und bietet einen Anhaltspunkt für weitere Forschung und Diskussion.

Der Effekt, dass Frauen weniger wahrscheinlich jemals die AfD ankreuzen, bleibt über alle Modelle hinweg konstant. Gleichzeitig hat sich jedoch herausgestellt, dass Frauen wahrscheinlicher subjektiv depriviert sind. Es wäre an dieser Stelle interessant,

geschlechtsspezifische Unterschiede der Wirkungsweise der subjektiven Deprivation auf politische Einstellungen und im nächsten Schritt auf das Wahlverhalten zu untersuchen.

Während im Regressionsmodell der Variablen bzw. Indices die ostdeutsche Jugend nicht signifikant ist, hat sie im Modell der Hauptkomponenten wie in allen anderen berechneten Regressionsmodellen einen positiven Einfluss auf die rechtspopulistische Wahlentscheidung. Da sie an vielen Stellen trotz Kontrolle anderer Faktoren wie die wirtschaftliche Lage oder der Migrationsanteil im Wahlkreis sowie Einstellungen ein signifikanter Prädiktor ist, könnte es durchaus sein, dass diese Variable für eine „Ostalgie“ bzw. eine ostspezifische Deprivation steht, welche nicht bzw. kaum durch die bestehenden Variablen abgedeckt wird. Die „Besonderheit Ostdeutschlands“, welche in dieser Arbeit theoretisch behandelt wird, sollte in zukünftiger Forschung noch intensiver auch empirisch in Modellen zur Erklärung rechtspopulistischen Wahlverhaltens in Deutschland aufgenommen werden.

Zusammenfassung

Die Analyseergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die subjektive Deprivation ein entscheidender Faktor in der Erklärung des Wahlverhaltens der AfD ist. Auslöser dieses Ungerechtigkeitsempfindens sind auf der einen Seite die schlechten ökonomischen Umstände der eigenen Wohnregion: Eine geringere wirtschaftliche Leistung, eine ungünstige demographische Entwicklung und mangelnde Versorgungsangebote erhöhen die subjektive Deprivation der dort lebenden Personen. Auf der anderen Seite ist es auch eine individuelle Abhängigkeit, welche die subjektive Deprivation erhöht: Ein niedriger sozioökonomischer Status erhöht die subjektive Deprivation. Im nächsten Schritt beeinflusst sie die verschiedenen Ebenen der politischen Unterstützung, populistische Einstellungen, die externe political Efficacy und den wirtschaftlichen Nativismus. Diese sind alle signifikante Prädiktoren der AfD-Wahlwahrscheinlichkeit, wobei die Konzepte nicht vollkommen unabhängig voneinander sind. Ein wirtschaftlicher Nativismus könnte dabei weiter den Effekt von populistischen Einstellungen oder einer externen political Efficacy vermitteln. Wirtschaftlicher Nativismus wird sogar noch verstärkt, wenn die Region sich ökonomisch schlechter entwickelt und dabei der Anteil der Ausländer*innen zunimmt. Eingepflegte signifikante Interaktionsterme machen weiterhin den Zusammenhang der Deprivation und der Einstellungsvariablen im Hinblick auf die Wahlentscheidungswahrscheinlichkeit deutlich.

Ergänzt wird dies noch durch Effekte des *Cultural Backlash*: Je älter einer Person, desto nativistischer ist diese. Ein Anstieg des Ausländeranteils in der Wohnregion verstärkt dabei die nativistischen Bedrohungsgefühle. Nativismus und sozialer Konservatismus macht die

Wahl der AfD ebenfalls wahrscheinlicher. Die Random-Effects der Wahlkreisgruppierung und der subjektiven Deprivation ab Hypothese 2 zeigen die Unterschiede zwischen den Wahlkreisen auf; dass die Werte bei Hinzunahme der Wahlkreisindikatoren sinken, zeigt, dass die räumlichen Gegebenheiten sich unmittelbar auf politische Einstellungen und im nächsten Schritt auf das Wahlverhalten auswirken.

Fazit: Always has been...

Die Frage nach den Ursachen rechtspopulistischen Wählens in Deutschland ist keine neue; viele verschiedene Theorien und Ansätze versuchen dies zu erklären. Während die meisten Arbeiten entweder nur Analysen auf Wahl- oder Landkreisebene oder anhand individueller Merkmale und Einstellungen durchführen, verbindet diese Arbeit durch ein Mehrebenenmodell Makro- und Mikroinflüsse auf das Wahlverhalten. Die inhaltlichen Gründe für die Wahl der AfD werden dabei in der Literatur ausführlich diskutiert: Ökonomische Abhängigkeit und Deprivation, eine Ablehnung von Migration und ein *Cultural Backlash* sowie eine politische Unzufriedenheit und populistische Einstellungen werden angeführt, um die Wahl der AfD zu erklären. Diese Arbeit hatte das Ziel, diese Theorien zu verbinden; Ausgangspunkt bildete dabei die Überlegung, dass eine subjektive Deprivation Ursprung für die politischen Einstellungen ist, welche die AfD-Wahl begünstigen. Die subjektive Deprivation entsteht durch Modernisierungsprozesse und ökonomischer Abhängigkeit, welche Individuen selbst, aber auch die Wohnregion betreffen. Weiterhin spielt die Anzahl und Entwicklung von Personen mit Migrationshintergrund in der Region eine Rolle: Diese kann nativistische Einstellungen, welche auch als Teil eines *Cultural Backlash* auftreten können, entweder abbauen oder verstärken. Um dies zu untersuchen, wurden Daten des *ALLBUS 2018* auf individueller Ebene mit Daten der *INKAR - Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung* auf Landkreisebene verknüpft. Letztere wurden im Rahmen der Analyse zu Wahlkreisdaten transformiert.

Die Analyse macht deutlich, dass durch eine schlechtere wirtschaftliche Lage, eine negative demographische Entwicklung, mangelnde Versorgungsangebote und einen höheren Anteil von Industriebeschäftigten im Wahlkreis ein Ungerechtigkeitsempfinden sowie Benachteiligungsgefühle ausgelöst werden. Die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsperspektive der Wohnregion wirken sich unmittelbar auf die Befindlichkeiten der dort lebenden aus, eine ökonomische Benachteiligung des Wahlkreises erhöht demnach die subjektive Deprivation. Diese wird auch durch einen niedrigeren sozioökonomischen Status begünstigt. Eine subjektive Deprivation macht erstens die Wahl der AfD unmittelbar wahrscheinlicher, löst zweitens aber auch verschiedene politische Einstellungen aus: Einwanderer*innen werden durch einen wahrgenommenen ökonomischen Konkurrenzdruck abgelehnt, wirtschaftlicher Nativismus ist die Folge. Jene Wahrnehmung wird verstärkt, wenn sich zeitgleich zu einer schlechten ökonomischen Lage des Wahlkreises der Anteil der ansässigen Ausländer*innen erhöht. Weiterhin wird die Regierung für die eigene Situation bzw. die Situation des Umfelds

verantwortlich gemacht: Die Unzufriedenheit mit der Exekutive steigt, die politische Unterstützung nimmt ab und der Prozess der Politik wird als nicht beeinflussbar wahrgenommen. Dies ist Nährboden für populistische Einstellungen, in welchen die Elite als korrupt angesehen wird; das Volk als gut, rein und der absolute Souverän. All diese von der subjektiven Deprivation ausgelöst und durch mögliche Kontextfaktoren verstärkten Einstellungen machen die Wahl der AfD wahrscheinlicher. Die subjektive Deprivation ist demnach ein zentrales Element, um die Wahl der rechtspopulistischen AfD zu erklären: Sie hat sowohl einen direkten als auch einen via die politischen Einstellungen vermittelten Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD. Ebenso führen sozialkonservative Einstellungen, wie beispielsweise der Wunsch nach restriktiven Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche oder die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe, und nativistische Einstellungen, welche durch einen Anstieg des Anteils von Ausländer*innen im Wahlkreis verstärkt werden, im Zuge eines *Cultural Backlash* zur Wahl der AfD.

Weitere Forschung könnte an der Verbindung von populistischen Einstellungen und wirtschaftlichem Nativismus ansetzen: Die Arbeit hat einen potenziellen Vermittlungseffekt aufgezeigt, welcher entgegen bisherigen Forschungsergebnissen steht, die populistischen Einstellungen als dünne Ideologie einen eigenen Einfluss auf die Wahlentscheidung populistischer Parteien beimessen. Ebenso sollte die Frage von Geschlecht, subjektiver Deprivation und Wahlverhalten weiter erörtert werden: Wieso sind Frauen eher subjektiver depriviert, wählen aber unwahrscheinlicher rechtspopulistische Parteien?

Ebenso könnte in zukünftiger Forschung versucht werden, die Limitationen dieser Arbeit zu berücksichtigen: Hier wurden, um Effekte der Kontakttheorie oder Bedrohungshypothese zu messen, Zahlen zu Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft genutzt. Da es jedoch für die Einheimischen nicht zwingend auf einen Pass ankommt, sondern darauf, ob eine Person als Ausländer*in von ihnen gelesen wird, verwässert dies die Ergebnisse des Anteils von Ausländer*innen auf (wirtschaftlich-)nativistische Einstellungen. An dieser Stelle könnte auch noch intensiver der *Halo-Effekt* untersucht werden, welcher in bisherigen Studien die Einstellung gegenüber Migration beeinflusste (Rydgren/Ruth 2013, 723; van Wijk et al. 2020, 11).

Weiterhin wäre es für die weitere Operationalisierung der abgehängten Regionen sehr förderlich gewesen, die Binnenmigration als Indikator aufzunehmen: Diese weist sehr gut auf wahrgenommene Lebensqualitätsunterschiede hin (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2022). Ebenso konnten innerstädtische Unterschiede im Rahmen der

Analyse nicht beachtet werden, da die Daten der *INKAR* nur auf Kreisebene vorhanden waren. Zuletzt beinhaltet der *ALLBUS 2018* mit 3.477 zwar eine vergleichsweise hohe Anzahl von Befragten, jedoch teilen sich diese auf nur 173 Wahlkreise auf. Eine größere Anzahl von Befragten, welche mehr Wahlkreise repräsentieren, würde die Repräsentativität deutlich verbessern.

Dennoch zeigen die Ergebnisse eine mögliche Antwort auf anti-demokratische Einstellungen auf: Ein Ausgleich wirtschaftlicher Benachteiligung und mehr Versorgungsangebote können möglicherweise eine subjektive Deprivation wieder abbauen; in der Folge könnten rechtspopulistische Einstellungsmuster eingedämmt werden. Da ein hoher Industrieanteil sowie eine Abnahme dessen ebenfalls die Wahl der AfD erhöht, könnte auch an dieser Stelle angesetzt werden: Zwar werden weitere Globalisierungsprozesse gepaart mit Deindustrialisierung und Automatisierung unvermeidlich sein, aber die Betroffenen könnten besser in diese Prozesse integriert und mitgenommen werden, sodass mögliche Ängste vor der Veränderung besser aufgefangen werden. In diesem Sinne zeigt die Arbeit auch den „klassischen“ Effekt des Vorurteilsabbaus nach der Kontakttheorie: Nativistische Einstellungen werden abgebaut, wenn ein hoher Anteil von Ausländer*innen in der Region wohnt. Dies könnte bewusst bespielt und Anreize zum gegenseitigen Kennenlernen von der Exekutive gesetzt werden – gekoppelt mit neuen Formen der politischen Partizipation etwa in Bürgerräten könnte so gleichzeitig auch Demokratie wieder erleb- und nahbar gemacht werden, was möglicherweise auch einer politischen Entfremdung Einhalt gebietet.

Die kulturelle Dimension wirkt sich auf die Wahlentscheidung aus, überdies zeigt sich, dass viele politische Einstellungen durch die Wahrnehmung einer ökonomischen Benachteiligung resultieren, welche durch die Abhängigkeit des Wahlkreises verstärkt wird. Kultur und Ökonomie sind demnach eng miteinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Eine angemessene Erfassung der Komplexität dieses Phänomens erfordert eine umfassende Untersuchung und Einbeziehung dieser Wechselwirkung in weiteren Analysen.

Um auch die politikwissenschaftliche Tradition der Adaption der Phrase von Carville in der Jugendkultur des 21.-Jahrhunderts ebenso fortzuführen wie die Diskussion über deren Einschlägigkeit, könnte eine Konvergenz von Social-Media-Kultur und Politikwissenschaft lauten: „Wait, it’s just the economy, stupid? Always has been“. Denn nach der Analyse ist eine schlechte ökonomische Lage eine Hauptursache für rechtspopulistische Einstellungen und Wahlverhalten, auch wenn diese Frage weiterhin heftig diskutiert wird.

Literatur

- Aichholzer, Julian/Kritzinger, Sylvia/Wagner, Markus/Zeglovits, Eva. 2014. „How has Radical Right Support Transformed Established Political Conflicts? The Case of Austria“ *West European politics*. 37 (1): 113–137.
- Akkerman, Agnes/Mudde, Cas/Zaslave, Andrej. 2014. „How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters“ *Comparative Political Studies*. 47 (9): 1324–1353.
- Akkerman, Agnes/Zaslave, Andrej/Spruyt, Bram. 2017. „‘We the People’ or ‘We the Peoples’? A Comparison of Support for the Populist Radical Right and Populist Radical Left in the Netherlands“ *Swiss Political Science Review*. 23 (4): 377–403.
- Allport, Gordon Willard. 1954. *The Nature of Prejudice*. New York: Addison-Wesley Pub. Co.
- Angeli, Oliviero/Otteni, Cyrill. 2022. „Migration und Wahlverhalten in Deutschland“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 371–393.
- Arzheimer, Kai. 2008. *Die Wähler der extremen Rechten 1980 - 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Arzheimer, Kai/Berning, Carl C. 2019. „How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017“ *Electoral Studies*. 60.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. 2001. „Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten“ In: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hg.). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 220–245.
- Autor, David H./Dorn, David/Hanson, Gordon H. 2013. „The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States“ *American Economic Review*. 103 (6): 2121–2168.
- Barlow, Fiona Kate/Paolini, Stefania/Pedersen, Anne/Hornsey, Matthew J./Radke, Helena R. M./Harwood, Jake/Rubin, Mark/Sibley, Chris G. 2012. „The contact caveat: negative contact predicts increased prejudice more than positive contact predicts reduced prejudice“ *Personality & social psychology bulletin*. 38 (12): 1629–1643.
- Baron, Daniel. 2018. „Who identifies with the AfD? Explorative analyses in longitudinal perspective“. SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research 983. Berlin.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Becker, Sascha O./Fetzer, Thiemo/Novy, Dennis. 2017. „Who voted for Brexit? A comprehensive district-level analysis“ *Economic Policy*. 32 (92): 601–650.
- Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin. 2015. „The AfD and its sympathisers: Finally a right-wing populist movement in Germany?“ *German Politics*. 24 (2): 154–178.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith. 2017. „Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen*: 57–75.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith. 2018. „Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. 49 (2): 243–264.
- Best, Heinrich/Salheiser, Axel. 2022. „Regionale und individuelle Einflussfaktoren auf den Rechtspopulismus“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 335–367.
- Betz, Hans-Georg/Habersack, Fabian. 2020. „Regional nativism in East Germany : The case of the AfD“ In: Reinhard Heinisch/Emanuele Massetti/Oscar Mazzoleni (Hg.). *The people and the nation. Populism and ethno-territorial politics in Europe*. London, New York, NY: Routledge: 110–135.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp. 2018. „Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative?“ *Politische Vierteljahresschrift*. 59 (3): 433–461.
- Biggs, Michael/Knauss, Steven. 2012. „Explaining Membership in the British National Party: A Multilevel Analysis of Contact and Threat“ *European Sociological Review*. 28 (5): 633–646.
- Bisbee, James. 2019. *Free Trade and American Politics: Essays on the Domestic Political Economy of Free Trade*. Ph.D. Ann Arbor.
- Blanz, Mathias. 2015. *Forschungsmethoden und Statistik für die Soziale Arbeit. Grundlagen und Anwendungen*. 1. Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Brachert, Matthias/Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias. 2020. *Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern*. Empirische Sozialforschung. 12. Berlin: Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. 2017. „Wählerstruktur im Wandel“ *diw Wochenbericht*. 84 (29): 595–606.

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. 2022. *INKAR–Indikatoren und Karten zur Raum-und Stadtentwicklung*. www.bbsr.bund.de Zugriff am 10.11.2022.
- Bundeswahlleiter, Der. 2017. *Bevölkerung am 31.12.2015 nach Teilkreisen zur Bundestagswahl 2017*.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. 1960. *The american voter*. New York: John Wiley.
- Canache, Damarys/Mondak, Jeffery J./Seligson, Mitchell A. 2001. „Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy“ *Public opinion quarterly*. 65 (4): 506–528.
- Canovan, Margaret. 1999. „Trust the people! Populism and the two faces of democracy“ *Political Studies*. 47 (1): 2–16.
- Carreras, Miguel/Irepoglu Carreras, Yasemin/Bowler, Shaun. 2019. „Long-Term Economic Distress, Cultural Backlash, and Support for Brexit“ *Comparative Political Studies*. 52 (9): 1396–1424.
- Cohen, Denis. 2018. *When Supply Meets Demand. Context-Dependent Mechanisms of Radical Right Voting*. PhD Thesis. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Cohen, Denis. 2021. „Ökonomisches Risiko und die elektorale Anziehungskraft der AfD“ In: Bernhard Weßels/Harald Schoen (Hg.). *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS: 297–320.
- Colantone, Italo/Stanig, Piero. 2018a. „The Economic Determinants of the “Cultural Backlash”: Globalization and Attitudes in Western Europe“ *SSRN Electronic Journal*.
- Colantone, Italo/Stanig, Piero. 2018b. „The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe“ *American Journal of Political Science*. 62 (4): 936–953.
- Craig, Stephen C. 1979. „Efficacy, Trust, and Political Behavior“ *American Politics Quarterly*. 7 (2): 225–239.
- Dalton, Russell J. 2013. *Citizen politics: Public opinion and political parties in advanced industrial democracies*: Cq Press.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel. 2017. „Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien“ *Zeitschrift für Politik*. 64 (1): 21–38.
- Deiss-Helbig, Elisa/Remer, Uwe. 2022. „Does the Local Presence of Asylum Seekers Affect Attitudes toward Asylum Seekers? Results from a Natural Experiment“ *European Sociological Review*. 38 (2): 219–233.

- Dennison, James/Geddes, Andrew. 2019. „A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe“ *The Political Quarterly*. 90 (1): 107–116.
- Dicke, Klaus. 2018. „Der Aufbau funktionierender politischer Strukturen“ In: Torsten Oppelland (Hg.). *Politik und Regieren in Thüringen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 13–32.
- Diermeier, Matthias. 2020. „The AfD’s Winning Formula — No Need for Economic Strategy Blurring in Germany“ *Intereconomics*. 55 (1): 43–52.
- Dijkstra, Lewis/Poelman, Hugo/Rodríguez-Pose, Andrés. 2020. „The geography of EU discontent“ *Regional Studies*. 54 (6): 737–753.
- Dilling, Matthias. 2018. „Two of the Same Kind?“ *German Politics and Society*. 36 (1): 84–104.
- Dinas, Elias/Matakos, Konstantinos/Xeferis, Dimitrios/Hangartner, Dominik. 2019. „Waking Up the Golden Dawn: Does Exposure to the Refugee Crisis Increase Support for Extreme-Right Parties?“ *Political Analysis*. 27 (2): 244–254.
- Dollard, John/Doob, Leonhard/Miller, Neal E./Mowrer, Orval H./Sears, Robert P. 1939. *Frustration and aggression*. New Haven: Yale University Press.
- Dülmer, Hermann/Ohr, Dieter. 2008. „Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland“ *Politische Vierteljahresschrift*. 49 (3): 491–517.
- Dustmann, Christian/Vasiljeva, Kristine/Piil Damm, Anna. 2019. „Refugee Migration and Electoral Outcomes“ *The Review of Economic Studies*. 86 (5): 2035–2091.
- Easton, David. 1975. „A re-assessment of the concept of political support“ *British journal of political science*. 5 (4): 435–457.
- Endt, Christian. 2019. „Anfällig für die Populisten“ *Süddeutsche Zeitung*. (30.09.2019): 5.
- Engler, Sarah/Weisstanner, David. 2020. „Income inequality, status decline and support for the radical right“ In: Romana Careja/Patrick Emmenegger/Nathalie Giger (Hg.). *The European Social Model under Pressure*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 383–400.
- Fang, Lumin. 2020. „Constituency map of the alternative for Germany (AfD) vote in 2017: analysing characteristic differences via multiple correspondence analysis“ *Journal of Contemporary European Studies*: 1–18.

- Farah, Barbara G./Barnes, Samuel H./Heunks, Felix. 1979. „Political dissatisfaction“ In: Samuel Henry Barnes/Max Kaase (Hg.). *Political action: Mass participation in five western democracies*. Beverly Hills, California: Sage Publications: 409–447.
- Ferger, Florian. 2012. „Alles Verlierer? Die Modernisierungsverliererhypothese auf dem empirischen Prüfstand“ In: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hg.). *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*. Wiesbaden: Harrassowitz-Verl.: 139–151.
- Franz, Christian/Fratzsch, Marcel/Kritikos, Alexander. 2019. „At opposite poles: How the success of the Green Party and AfD reflects the geographical and social cleavages in Germany“ *DIW Weekly Report*. 9 (34): 289–300.
- Franz, Christian/Fratzsch, Marcel/Kritikos, Alexander S. 2018. „AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker“. *DIW Wochenbericht* 8/2018: DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Fröhlich, Paulina/Mannewitz, Tom/Ranft, Florian. 2022. *Die Übergangenen. Struktur-schwach & erfahrungstark : zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die große Transformation*. Studie. Berlin, Bonn: Das Progressive Zentrum; Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Geisberger, Tamara/Glaser, Thomas. 2017. „Gender Pay Gap“ *Analysen zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Statistische Nachrichten*. 6: 2017.
- Georgiadou, Vasiliki/Rori, Lamprini/Roumanias, Costas. 2018. „Mapping the European far right in the 21st century: A meso-level analysis“ *Electoral Studies*. 54: 103–115.
- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. 2021. „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften - ALLBUS Sensitive Regionaldaten“ ZA5260. Köln: GESIS Datenarchiv.
- GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften. 2019. „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018“ ZA5270. Köln: GESIS Datenarchiv.
- Geurkink, Bram/Zaslove, Andrej/Sluiter, Roderick/Jacobs, Kristof. 2020. „Populist Attitudes, Political Trust, and External Political Efficacy: Old Wine in New Bottles?“ *Political Studies*. 68 (1): 247–267.
- Giebler, Heiko/Regel, Sven. 2017. „Wer wählt rechtspopulistisch“ *Geografische und Individuelle Erklärungsfaktoren bei Sieben Landtagswahlen*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- GLES. 2016. „Langfrist-Online-Tracking T31 (GLES)“ ZA5731. Köln: GESIS Datenarchiv.

- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Kumlin, Staffan. 2018. „The electoral supporter base of the alternative for Germany“ *Swiss Political Science Review*. 24 (3): 246–269.
- Greve, Maria/Fritsch, Michael/Wyrwich, Michael. 2021. „Long-term decline of regions and the rise of populism: The case of Germany“. Jena Economic Research Papers 2021-006. Jena.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja. 2018. „Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. 12 (1): 133–154.
- Hangartner, Dominik/Dinas, Elias/Marbach, Moritz/Matakos, Konstantinos/Xeferis, Dimitrios. 2019. „Does exposure to the refugee crisis make natives more hostile?“ *American Political Science Review*. 113 (2): 442–455.
- Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan. 2019. „Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election“ *German Politics*. 28 (1): 1–19.
- Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan. 2022. „A Tale of Two Electorates?“ *German Politics and Society*. 40 (2): 110–133.
- Hartmann, Jörg/Kurz, Karin/Lengfeld, Holger. 2022. „Modernization Losers’ Revenge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany“ *European Sociological Review*. 38 (1): 138–152.
- Hawkins, Kirk Andrew/Riding, Scott/Mudde, Cas. 2012. „Measuring populist attitudes“ *Committee on Concepts and Methods Working Paper Series (55)*.
- Hillje, Johannes. 2018. „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ *Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich*. Berlin: 1–26.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie. 2017. „Einstellung und soziale Lebenslage: Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern“: Working Paper Forschungsförderung.
- Hirschman, Albert O. 1970. *Exit, voice, and loyalty: Responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge: Harvard university press.
- Hochschild, Arlie Russell. 2016. *Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right*. New York, London: The New Press.

- Hoxhaj, Rezart/Zuccotti, Carolina V. 2021. „The complex relationship between immigrants’ concentration, socioeconomic environment and attitudes towards immigrants in Europe“ *Ethnic and Racial Studies*. 44 (2): 272–292.
- Iammarino, Simona/Rodriguez-Pose, Andrés/Storper, Michael. 2019. „Regional inequality in Europe: evidence, theory and policy implications“ *Journal of Economic Geography*. 19 (2): 273–298.
- Ignazi, Piero. 1992. „The silent counter-revolution“ *European Journal of Political Research*. 22 (1): 3–34.
- Inglehart, Ronald. 1971. „The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies“ *American Political Science Review*. 65 (4): 991–1017.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics*: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1981. „Post-materialism in an environment of insecurity“ *American Political Science Review*. 75 (4): 880–900.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture shift in advanced industrial society*: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa. 2016. „Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash“ *SSRN Electronic Journal*.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa. 2017. „Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse“ *Perspectives on Politics*. 15 (2): 443–454.
- Jäckle, Sebastian. 2022. „Improving the Explanation of Electoral Behavior Through a Combination of Historical and Local Context – The Case of the AfD’s Results at the Federal Election in Germany in 2017“ *Statistics, Politics and Policy*. 13 (2): 163–199.
- Jäckle, Sebastian/Wagschal, Uwe/Kattler, Andreas. 2018. „Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern?“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. 12 (3): 539–566.
- Jackson, Jay W. 1993. „Realistic Group Conflict Theory: A Review and Evaluation of the Theoretical and Empirical Literature“ *The Psychological Record*. 43 (3): 395.
- Johann, David/Thomas, Kathrin/Faas, Thorsten/Fietkau, Sebastian. 2016. „Alternative Messverfahren rechtspopulistischen Wählens im Vergleich: Empirische Erkenntnisse aus Deutschland und Österreich“ In: Harald Schoen/Bernhard Weßels (Hg.). *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 447–470.

- Jones, Candace/Lee, Ju Young/Lee, Taehyun. 2019. „Institutionalizing Place: Materiality and Meaning in Boston’s North End“ In: Patrick Haack/Jost Sieweke/Lauri Wessel (Hg.). *Microfoundations of Institutions*: Emerald Publishing Limited: 211–239.
- Jung, Matthias/Jung, Leona. 2022. „Ökonomische Bestimmungsgründe der Bundestagswahl 2017“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 137–161.
- Kaufmann, Eric. 2017. „Levels or changes?: Ethnic context, immigration and the UK Independence Party vote“ *Electoral Studies*. 48: 57–69.
- Kaufmann, Eric/Goodwin, Matthew J. 2018. „The diversity Wave:A meta-analysis of the native-born white response to ethnic diversity“ *Social science research*. 76: 120–131.
- Kaufmann, Eric/Harris, Gareth. 2015. „“White Flight” or Positive Contact? Local Diversity and Attitudes to Immigration in Britain“ *Comparative Political Studies*. 48 (12): 1563–1590.
- Kellermann, Kim Leonie/Winter, Simon. 2019. „A New East-West Divide? Immigration and Anti-Immigrant Voting in the 2017 German Parliamentary Election“ *Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2019: 30 Jahre Mauerfall - Demokratie und Marktwirtschaft*.
- Klein, Markus/Kühling, Christoph/Springer, Frederik. 2022. „Die Wählerschaft der Alternative für Deutschland (AfD)“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 193–225.
- Kleinert, Manuel. 2021. „Abgehängt, fremdenfeindlich, oder einfach nur unzufrieden?“ In: Sonja Schulz/Pascal Siegers/Bettina Westle/Oshrat Hochman (Hg.). *(In)Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft?* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 97–118.
- Koepen, Luise/Ballas, Dimitris/Edzes, Arjen/Koster, Sierdjan. 2021. „Places that don't matter or people that don't matter? A multilevel modelling approach to the analysis of the geographies of discontent“ *Regional Science Policy & Practice*. 13 (2): 221–245.
- Köpl-Turyna, Monika/Grunewald, Mara. 2017. „Gründe für die Wahl zugunsten rechtspopulistischer Parteien“: IW-Kurzbericht.
- Krause, Werner/Wagner, Aiko. 2021. „Becoming part of the gang? Established and nonestablished populist parties and the role of external efficacy“ *Party Politics*. 27 (1): 161–173.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Lachat, Romain/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos. 2008. „Contexts of party mobilization“ In: Hanspeter Kriesi/Edgar

- Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschiefer/Timotheos Frey (Hg.). *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press: 23–52.
- Kroh, Martin/Fetz, Karolina. 2016. „Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert“ *diw Wochenbericht*. 83 (34): 711–719.
- Kurtenbach, Sebastian. 2019. *Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus*. FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie. Bd. 1. Düsseldorf, Mannheim: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW); SSOAR - Social Science Open Access Repository.
- Kustov, Alexander/Laaker, Dillon/Reller, Cassidy. 2021. „The Stability of Immigration Attitudes: Evidence and Implications“ *The Journal of Politics*. 83 (4): 1478–1494.
- Lange, Sarah de/van der Brug, Wouter/Harteveld, Eelco. 2023. „Regional resentment in the Netherlands: A rural or peripheral phenomenon?“ *Regional Studies*. 57 (3): 403–415.
- Lengfeld, Holger. 2017. „Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 69 (2): 209–232.
- Lengfeld, Holger. 2018. „Der „Kleine Mann“ und die AfD: Was steckt dahinter?“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 70 (2): 295–310.
- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara. 2018. „Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016: Cultural and Economic Threats. A Causal Analysis of the Party Identification with the “Alternative for Germany”(AfD) using the German Socio-Economic Panel 2016“ *Zeitschrift für Soziologie*. 47 (3): 181–199.
- Lenzi, Camilla/Perucca, Giovanni. 2021. „People or places that don’t matter? Individual and contextual determinants of the geography of discontent“ *Economic Geography*. 97 (5): 415–445.
- Linde, Jonas/Ekman, Joakim. 2003. „Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics“ *European Journal of Political Research*. 42 (3): 391–408.
- Los, Bart/McCann, Philip/Springford, John/Thissen, Mark. 2017. „The mismatch between local voting and the local economic consequences of Brexit“ *Regional Studies*. 51 (5): 786–799.

- Lux, Thomas. 2018. „Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine forschungsnotiz zu holger lengfelds studie die „alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 70 (2): 255–273.
- Maier, Jürgen. 1999. *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland*. Dissertation. Forschung Politikwissenschaft. 82.
- Manow, Philip. 2018. *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Manow, Philip/Schwander, Hanna. 2022. „Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 163–191.
- Martig, Noemi/Bernauer, Julian. 2016. „Der Halo-Effekt: Diffuses Bedrohungsempfinden und SVP-Wähleranteil“ *Swiss Political Science Review*. 22 (3): 385–408.
- Maslow, Abraham H. (Hg.). 1954. *Motivation and personality*. New York: Harper & Row.
- McCann, Philip. 2020. „Perceptions of regional inequality and the geography of discontent: insights from the UK“ *Regional Studies*. 54 (2): 256–267.
- Meisner, Matthias. 2019. „AfD profitiert von Abwanderung. Zurückbleibende Bewohner sich leerender Landstriche verlieren das Vertrauen in Politik und Demokratie – sie werden konservativer und autoritärer“ *Der Tagesspiegel*. (01.09.2019): 5.
- Moffitt, Benjamin. 2016. *The global rise of populism: Performance, political style, and representation*. Stanford University Press.
- Mudde, Cas. 2004. „The populist zeitgeist“ *Government and opposition*. 39 (4): 541–563.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Newman, Benjamin J./Velez, Yamil. 2014. „Group Size versus Change? Assessing Americans’ Perception of Local Immigration“ *Political Research Quarterly*. 67 (2): 293–303.
- Norris, Pippa. 1999. „Introduction: The growth of critical citizens?“ In: Pippa Norris (Hg.). *Critical citizens. Global support for democratic government*. 1. Aufl. Oxford: Oxford University Press: 1–27.
- Norris, Pippa. 2011. *Democratic deficit. Critical citizens revisited*. New York: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald. 2019. *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and the rise of authoritarian-populism*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Panreck, Isabelle-Christine. 2019. „Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept?“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Isabelle-Christine

- Panreck (Hg.). *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 25–41.
- Pappi, Franz Urban. 1990. „Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative“ *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 40 (21): 37–44.
- Pardos-Prado, Sergi/Xena, Carla. 2019. „Skill Specificity and Attitudes toward Immigration“ *American Journal of Political Science*. 63 (2): 286–304.
- Patana, Pauliina. 2020. „Changes in local context and electoral support for the populist radical right: Evidence from Finland“ *Party Politics*. 26 (6): 718–729.
- Pesthy, Maria/Mader, Matthias/Schoen, Harald. 2021. „Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election“ *Politische Vierteljahresschrift*. 62 (1): 69–91.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. 2006. „A meta-analytic test of intergroup contact theory“ *Journal of personality and social psychology*. 90 (5): 751–783.
- Pickel, Gert/Yendell, Alexander. 2018. „Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl“ In: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft : die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Pickel, Susanne. 2019. „Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?“ In: Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hg.). *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS: 145–175.
- Poses, Carlos/Revilla, Melanie. 2022. „Measuring satisfaction with democracy: how good are different scales across countries and languages?“ *European Political Science Review*. 14 (1): 18–35.
- Priester, Karin. 2017. „Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen“ In: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 533–560.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel. 2019. *Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl*. Jena.
- Rama Caamaño, José/Cordero, Guillermo. 2018. „Who are the losers of the economic crisis? Explaining the vote for rightwing populist parties in Europe after the Great Recession“ *Revista Española de Ciencia Política* (48): 13–43.

- Richter, Christoph/Bösch, Lukas. 2017. *Demokratieferne Räume. Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. Jena.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias. 2022. „Demokratie auf dem Rückzug?“ In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.). *Rechtspopulismus in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 299–333.
- Rico, Guillem/Guinjoan, Marc/Anduiza, Eva. 2020. „Empowered and enraged: Political efficacy, anger and support for populism in Europe“ *European Journal of Political Research*. 59 (4): 797–816.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian. 2018. „Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 70 (2): 237–254.
- Rodríguez-Pose, Andrés. 2018. „The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)“ *Cambridge journal of regions, economy and society*. 11 (1): 189–209.
- Rodríguez-Pose, Andrés. 2020. „The Rise of Populism and the Revenge of the Places That Don't Matter“ *LSE Public Policy Review*. 1 (1).
- Rodrik, Dani. 1998a. „Has Globalization Gone Too Far?“ *Challenge*. 41 (2): 81–94.
- Rodrik, Dani. 1998b. „Why do More Open Economies Have Bigger Governments?“ *Journal of Political Economy*. 106 (5): 997–1032.
- Rodrik, Dani. 2018. „Populism and the economics of globalization“ *Journal of international business policy*. 1 (1): 12–33.
- Rooduijn, Matthijs. 2018. „What unites the voter bases of populist parties? Comparing the electorates of 15 populist parties“ *European Political Science Review*. 10 (3): 351–368.
- Rösel, Felix. 2019. „Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt“ *ifo Dresden berichtet*. 26 (03): 23–25.
- Runciman, Walter G. 1966. *Relative deprivation and social justice. a study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. Berkeley: University of California Press.
- Rydgren, Jens/Ruth, Patrick. 2013. „Contextual explanations of radical right-wing support in Sweden: socioeconomic marginalization, group threat, and the halo effect“ *Ethnic and Racial Studies*. 36 (4): 711–728.
- Salomo, Katja. 2019. „The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia“ *Political Geography*. 69: 103–117.
- Schäfer, Armin. 2022. „Cultural Backlash? How (Not) to Explain the Rise of Authoritarian Populism“ *British journal of political science*. 52 (4): 1977–1993.

- Schäfer, Armin/Schwander, Hanna/Manow, Philip. 2016. „Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013“ In: Harald Schoen/Bernhard Weßels (Hg.). *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 21–44.
- Schaub, Max/Gereke, Johanna/Baldassarri, Delia. 2021. „Strangers in Hostile Lands: Exposure to Refugees and Right-Wing Support in Germany’s Eastern Regions“ *Comparative Political Studies*. 54 (3-4): 686–717.
- Schmidt, Eva-Maria/Kaindl, Markus/Mazal, Wolfgang. 2020. „Frauen in der Arbeitswelt“ *Erwerbsarbeitszeitmodelle und deren Potenzial für Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung*. Wien: ÖIF Forschungsbericht. 32.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/van Deth, Jan W./Staudt, Alexander. 2017. „Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 27 (3): 273–303.
- Schöneck, Nadine M./Mau, Steffen/Schupp, Jürgen. 2011. „Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegsorgen der Bevölkerung in Deutschland“. SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research 428. Berlin.
- Schröder, Martin. 2018. „AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich“. SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Schwander, Hanna/Manow, Philip. 2017. „It’s not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD“ *CIS Working Paper* (94).
- Siegers, Pascal/Jedinger, Alexander. 2021. „Religious Immunity to Populism: Christian Religiosity and Public Support for the Alternative for Germany“ *German Politics*. 30 (2): 149–169.
- Spier, Tim. 2010. *Modernisierungsverlierer?: die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: Springer.
- Spruyt, Bram/Keppens, Gil/van Droogenbroeck, Filip. 2016. „Who Supports Populism and What Attracts People to It?“ *Political Research Quarterly*. 69 (2): 335–346.
- Stecker, Christian/Debus, Marc. 2019. „Refugees Welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern“ *Politische Vierteljahresschrift*. 60 (2): 299–323.
- Steiner, Nils D./Landwehr, Claudia. 2018. „Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie“ *Politische Vierteljahresschrift*. 59 (3): 463–491.
- Sthamer, Evelyn. 2018. „Die AfD-Wahl als Antwort auf Statusängste?“ *Zeitschrift für Sozialreform*. 64 (4): 563–591.

- Thomas, William I./Thomas, Dorothy Swaine. 1928. *The child in America*. New York: Knopf.
- Tutić, Andreas/Hermann, Hagen von. 2018. „Sozioökonomischer status, deprivation und die affinität zur AfD—eine forschungsnotiz“ *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 70 (2): 275–294.
- van Wijk, Daniël/Bolt, Gideon/Tolsma, Jochem. 2020. „Where does ethnic concentration matter for populist radical right support? An analysis of geographical scale and the halo effect“ *Political Geography*. 77 (102097).
- Vehrkamp, Robert B./Wegschaidt, Klaudia. 2017. *Populäre Wahlen: Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*: Bertelsmann Stiftung.
- Weiß, Johannes/Overmeyer, Jonathan/Fuhrmann, Stephan. 2020. *Die Wahl der „Alternative für Deutschland“: Eine Analyse von Theorien zur Erklärung der Einstellungen von AfD-Wähler*innen*. Seminararbeit. Jena.
- Weisskircher, Manès. 2020. „The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind ‘Populism’“ *The Political Quarterly*. 91 (3): 614–622.
- Wolf, Tanja. 2017. *Rechtspopulismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Yermakova, Olena. 2021. „PiS vs LGBT: The “Othering” of the LGBT Movement as an Element of Populist Radical Right Party Discourse in Poland“ *Sprawy Narodowościowe*. 0 (53).
- Yoder, Jennifer A. 2020. „“Revenge of the East”?“ *German Politics and Society*. 38 (2): 35–58.

Anhang

Tabelle 8 - Indikatoren der Literatur zu Kontextfaktoren

Indikator	Paper (beispielsweise)
Immigration Makro Ebene	
Anteil Migrant*innen	Angeli/ Otteni 2022
Veränderung Anteil Migrant*innen	Angeli/ Otteni 2022
Anzahl Geflüchtete/ Geflüchtetenunterkünfte	Jäckle 2022
Größe der Region/ Level of Analysis	Kaufmann/ Hars 2015; Angeli/ Otteni 2022
Inter: Arbeitslosenquote und Anteil Migrant*innen	Angeli/ Otteni 2022
Inter: Arbeitslosenquote und Veränderung Migrant*innen	Angeli/ Otteni 2022
Inter: Arbeitslosenquote Anzahl Geflüchtete	Stecker/ Debus 2019
Inter: Steuereinnahmen Anzahl Geflüchtete	Stecker/ Debus 2019
Nähe zur Grenze (Österreich & Tschechien)	Jäckle et al 2018, Jäckle 2022
Halo - Effekt: Flüchtlingsunterkunft Nachbargemeinde	Stecker/ Debus 2019
Halo - Effekt: Viele Migrant*innen Nachbargemeinde	
Segregation Geflüchtete	Stecker/ Debus 2019
Left-Behind Places	
Arbeitslosigkeit Region	Dijkstra et al 2020
lokale soziale/ infrastrukturelle Versorgung	Fröhlich et al. 2022
Geographische Abgelegenheit	Immarino et al 2019
Besiedlungsdichte	Immarino et al 2019; Rodríguez-Pose 2018
Kommunale Haushalte/ Steuereinnahmen	Fröhlich et al. 2022
Anbindung ÖPNV	Hillje 2018
Einkaufsmöglichkeiten	Hillje 2018
Ärztliche Versorgung	Hillje 2018
Schulen/ KiTas	Hillje 2018
Negative Erfahrungen mit Transformationsprozessen in der Vergangenheit	Brachert et al. 2020; Weisskircher 2020; Fröhlich et al. 2022
langfristiger ökonomischer Abstieg	Greve et al 2021
kurzfristiger ökonomischer Abstieg	
BIP pro Kopf	McCann 2020
verfügbares HH-Einkommen pro Kopf	McCann 2020
Anteil von Industriearbeitsplätzen	Dijkstra et al 2020
interregionale Ungleichheit/ Geni-Koeffizient	Lenzi/ Perucca 2021
Anteil Bildungsabschlüsse	Kurtenbach 2019
Dichte Handwerksunternehmen	Franz et al. 2019
Anteil Beschäftigte on Berufen, welche Potenzial haben ersetzt zu werden	Franz et al. 2018
Anzahl Personen, welche Sozialleistungen beziehen	Fang 2020
Altersstruktur in Region	Franz et al 2018; 2019
Wegzug & Hinzug in Region/ Migrationssaldo	Richter et al 2022

Tabelle 9 - Indikatoren der Literatur zu individuellen Merkmalen und ihre Äquivalente im ALLBUS 2018

Indikator	Paper (beispielsweise)	ALLBUS 2018
Abhängige Variable		
Sonntagsfrage (Wahlabsicht BTW)		pv01
Wahlwahrscheinlichkeit AfD		pv24
Objektive Deprivation		
Niedriges Einkommen	Lengfeld/ Dilger 2018, 185	di08c
Statusniedriger Beruf	Lengfeld/ Dilger 2018, 185	siops08/ siops08a ; isei08/ isei08a ; eseg
Niedriger Bildungsgrad	Lengfeld/ Dilger 2018, 185	educ
Langzeitarbeitlose	Lengfeld/ Dilger 2018, 185	dw19c ; dw23c
Ökonomisches Risiko	Cohen 2021	
Entwicklung Einkommen letzte 10 Jahre	Hartmann et al. 2022	
Subjektive Deprivation		
Vergleich Gewinner*innen/ Verlierer*innen	Lengfeld/ Dilger 2018, 185	id01
Ungerechtigkeitsempfinden	Sthamer 2018; Lux 2018	(im20 ; im21)
Eigene Wirtschaftslage aktuell		ep01, ep03
Zukunftserwartungen Wirtschaft	Sthamer 2018	ep04 ; ep06
Inter: Zukunftserwartungen und Schicht	Sthamer 2018/ Schöneck 2011	
Inter: Ungerechtigkeitsempfinden und Schicht	Sthamer 2018	
Selbsteinstufung Schicht	Betz/ Habersack 2021	id02
Furcht Stellenwechsel	Weiß et al. 2020	dw16 ; dw17
Furcht Stellenwechsel Partner*in		pdw16; pdw17; scdw16; scdw17
Einschätzung Einkommen der letzten 10 Jahre	Hartmann et al. 2022	
Angst, Alltagskosten nicht zahlen zu können	Goerres et al 2018; Bergmann et al. 2017	
Wahrgenommener Abstieg in der Vergangenheit	Hilmer et al 2018	
Weltmarktöffnung zum Wohle aller		pa18
Zukunftsperspektive gesellschaftlich		lp03 ; lp04
Arbeitslosigkeit Freund*innen/ Verwandte		id05
Ostdeutsche Besonderheit		
Ost-Sozialisation		dg03 ; dg10
Wiedervereinigungsvorteile		pr04 ; pr05
Bürger im anderen Teil der BRD fremd		pr07
Cultural Backlash		
Alter/ Generation	Norris/ Inglehart 2019	age

Postmaterialismus	Norris/ Inglehart 2019	ingle
Kultureller Wandel gesellschaftlich	Norris/ Inglehart 2019	
Ablehnung Geflüchtete: Kulturell	Rippl/ Seipel 2018; Schaub et al. 2021	mp17 ; mp18
Ablehnung Migrant*innen: Kulturell	Rippl/ Seipel 2018; Schaub et al. 2021	pa09 ; px06
Ablehnung Geflüchtete: Ökonomisch	Kellermann/ Winter 2019	
Ablehnung Migrant*innen: Ökonomisch	Kellermann/ Winter 2019	
Ablehnung Geflüchtete: Generell		pa19; px10
Autoritäre Einstellungen	Norris/ Inglehart 2019	px*
Islam	Pesthy et al 2021	
Sozialliberale Einstellungen (Gender, Umwelt, Sexualität...)	Norris/ Inglehart 2019; Dilling 2018	pa11 ; pa12; pa13 ; pa08a
Politische Entfremdung		
Vertrauen in Institutionen (diffuse Unterstützung)	Schmitt-Beck et al 2017	pt03 ; pt08 ; pt02; pt12 ; pt14 ; pt15
Unterstützung Demokratie Idee (diffuse Unterstützung)	Schmitt-Beck et al 2017	pd12
Leistungsbewertung Demokratie (spezifische Unterstützung)	Schmitt-Beck et al 2017	ps03
Leistungsbewertung Regierung/ Politiker*innen (spezifische Unterstützung)	Weiß et al. 2020	ps01
Zufriedenheit Funktionsweise Demokratie	Weiß et al. 2020	
Populismus-Skala nach Akkerman et al. (2014)	Akkerman et al. 2014	pa29; pa30; pa31; pa32; pa33; pa34; pa35
Majoritarismus	Steiner/ Landwehr 2018	pa29 ; pa33 ;pa34; pd09a; pd01a
Unmittelbarkeit	Steiner/ Landwehr 2018	pa20; pe12 ; pa33
Antipluralismus	Steiner/ Landwehr 2018	pa32; pd07a; pd01a; pd13 ; (pd14) ; (pd06a)
Wirtschaftlicher Nativismus		
Migration als Kostenfaktor (Verknüpfung mit Ökonomie)	Hillje 2018; Lengfeld/ Dilger 2018	
Agenda 2010	Manow 2018	
Staat soll Geld für Bedürfnisse Einheimischer ausgeben	Hillje 2018; Lengfeld/ Dilger 2018	
Hohe Renten und Pension, aber keine Umverteilung	Goerres et al. 2018	
Konkurrenzdruck um Arbeitsplätze	Pardos-Prado/ Xena 2019	
Einwanderer gut für die Wirtschaft		pa17
Flüchtlinge Chance oder Risiko: Sozialstaat		mp16
Flüchtlinge Chance oder Risiko: Wirtschaft		mp19
Ökonomische Einstellungen		

Soziale Sicherung am wichtigsten für Regierung		pa15
Umverteilung zugunsten einfacher Leute		pa16

Tabelle 10 – Thematisch einschlägige INKAR-Indikatoren

Indikator/ Operationalisierung	Jahre	In Analyse
Demographie/ Alters- und Geschlechterstruktur		
Bevölkerung gesamt	1995 - 2020	ja (2018 - 1998)
Bevölkerung männlich	1995 - 2020	
Bevölkerung weiblich	1995 - 2020	
Bevölkerung mit Korrent VZ 1986/ Zensus 2011	1995 - 2020	
Verhältnis junge zu alte Erwerbsfähige	1995 - 2020	
Durchschnittsalter der Bevölkerung	1995 - 2020	ja (2018 - 1998)
Frauenanteil	1995 - 2020	
Frauenanteil (20 bis 39 Jahre)	1995 - 2020	
Geburten und Sterbefälle (Natürlicher Saldo)	1995 - 2020	
Binnenmigration		
Gesamtwanderungssaldo (BRD und Ausland)	1995 - 2020	
Binnenwanderungssaldo (innerhalb BRD)	1995 - 2020	
Zuzugsrate	1995 - 2020	
Fortzugsrate	1995 - 2020	
Arbeitslosigkeit		
Arbeitslosenquote	1998 - 2020	ja (2018 - 1998)
Anteil Langzeitarbeitslosen an Arbeitslosenquote	1995 - 2020	
Beschäftigtenquote am Wohnort	1997 - 2020	
Erwerbsquote (regionales Angebot an Arbeitskräften; Erwerbstätige und Arbeitslose)	1998 - 2020	
SGB II-Quote	2010 - 2020	
Arbeitslosigkeit & Nativismus		
Ausländische Arbeitslose	1995 - 2020	
Beschäftigtenquote Ausländer am Wohnort	2011 - 2020	
Regelleistungen nach Asylbewerbergesetz (Asylbewerber)	2010 - 2020	
Wirtschaftszweige		
Industriequote	2008 - 2020	
Dienstleistungsquote	2008 - 2020	

Anteil Erwerbstätige verarbeitendes Gewerbe an Industrie	2000 - 2020	
Anteil Erwerbstätige Finanz- und Unternehmensdienstleistungen	2000 - 2020	
Beschäftigte sekundärer Sektor	2008 - 2020	
Anteil Erwerbstätigen im primären Sektor	2000 - 2020	
Anteil Erwerbstätigen im sekundären Sektor	2000 - 2020	ja (2018-2000)
Anteil Erwerbstätigen im tertiären Sektor	2000 - 2020	
Anteil der SV Beschäftigten im primären Sektor	2008 - 2020	
Anteil der SV Beschäftigten im sekundären Sektor	2008 - 2020	
Anteil der SV Beschäftigten im tertiären Sektor	2008 - 2020	
Immigration		
Ausländeranteil	1995 - 2020	ja (2018 - 1998)
Anteil Schutzsuchende an Bevölkerung	2007 - 2020	ja (2018 - 2007)
Anteil Schutzsuchende an ausländischer Bevölkerung	2007 - 2020	
Bundestagswahlen		
Wahlbeteiligung	1998, 2002, 2005, 2009, 2013, 2017, 2021	
Stimmenanteile der Parteien (CDU/CSU; SPD; Grüne; FDP; Linke; AfD, Sonstige)	1998, 2002, 2005, 2009, 2013, 2017, 2021	
Einkommen		
Bruttoverdienst	2000 - 2020	
Haushaltseinkommen	2000 - 2019	ja (2018 - 1998)
Haushalte mit niedrigem/ mittlerem/ hohen Einkommen	2013 - 2020	
Kaufkraft	2013 - 2020	
Einzelhandelsrelevante Kaufkraft	2015 - 2020	
BIP je Einwohner*in	2000 - 2020	ja (2018 - 1998)
BIP je Erwerbstätigen	2000 - 2020	
Soziale/ infrastrukturelle Versorgung		
Krankenhausbetten	2004 - 2020	ja
Ärzt*innen	2015 - 2020	ja
Hausärzt*innen	2015 - 2020	ja
Betreuungsquote Kleinkinder	2006 - 2020	
Siedlungsstruktur		
Einwohnerdichte	1996, 2000, 2004, 2008 - 2020	ja
Ländlichkeit	2019	
Mittelzentren	2019	
Oberzentren	2019	

Einwohner-Arbeitsplatzdichte	2000, 2004, 2008 - 2020	
Regionales Bevölkerungspotenzial	2008 - 2019	ja
Erreichbarkeit von Orten		
Durchschnittsfahrzeit Autobahnen, Flughäfen, IC/ ICE-Bahnhof	2021	ja
Durchschnittsfahrzeit Oberzentren und Mittelzentren	2021	
Durchschnittsdistanz Apotheke, Supermärkte, Grundschulen, Haltestellen ÖV	2020/2021	
Anteil der Bev. 1 km Radius: Apotheke, Supermärkte, Grundschulen, Haltestellen ÖV	2020/2021	
Öffentliche Finanzen		
Steuerkraft je Einwohner*in	1995 - 2019	
Einkommenssteuer je Einwohner*in	1995 - 2020	
Gewerbsteuer je Einwohner*in	1995 - 2020	
Kommunale Schulden je Einwohner*in	2010 - 2020	ja
SDG-Indikatoren		
SGB II / SGB XII-Quote	2014 - 2019	
Wohnungsnah Grundversorgung Hausarzt, Apotheke, Supermarkt, Grundschule	2021/ 2018	ja
Steuereinnahmen der Gemeinde je Einwohner*in	1995 - 2019	ja (2018 - 1998)
Kassenkredite je Einwohner*in	2010 - 2020	

Tabelle 11 - Operationalisierung der Wahlkreisfaktoren anhand INKAR.

Indikator	Operationalisierung der Variablen	Jahre	Hohe Werte bedeuten	Vorzeichen:	Konzept (Variable/ Index)	Hohe Werte d. Index bedeuten	Hauptkomponente
Arbeitslosenquotenentwicklung	Differenz der Arbeitslosenquote	2018/ 1998	Steigende Arbeitslosenquote	Positiv	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	Negative wirtschaftliche Entwicklung	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung
Entwicklung des Haushaltseinkommen	Differenz des durchschnittlichen Haushaltseinkommens pro Einwohner	2018/ 2000	Wachsendes HH-Einkommen	Negativ --> abnehmendes Einkommen	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	Negative wirtschaftliche Entwicklung	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung
Entwicklung der Steuereinnahmen	Differenz der Steuereinnahmen der Gemeinden	2018/ 1998	Steigende Steuereinnahmen	Negativ --> abnehmende Steuereinnahmen	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	Negative wirtschaftliche Entwicklung	Entwicklung Wirtschaftliche Leistung
Arbeitslosenquotendurchschnitt	Durchschnitt aller Arbeitslosenquoten	1998 - 2018	Hohe Arbeitslosenquoten	Positiv	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Geringe durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung
Durchschnittliches Haushaltseinkommen	Durchschnitt aller durchschnittlichen HH-Einkommen pro Einwohner	2000 - 2018	Hohes HH-Einkommen	Negativ --> geringeres Einkommen	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Geringe durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung
Durchschnitt der Steuereinnahmen	Durchschnitt aller Steuereinnahmen der Gemeinden	1998 - 2018	Hohe Steuereinnahmen	Negativ --> geringere Steuereinnahmen	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Geringe durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung

Ausländeranteilentwicklung	Differenz des Ausländeranteils an Gesamtbevölkerung	2018/1998	Steigender Ausländeranteil	Positiv	Ausländeranteil	Steigender Ausländeranteil	_____
Durchschnittlicher Ausländeranteil	Durchschnitt aller Ausländeranteile an Gesamtbevölkerung	1998 - 2018	Hoher Ausländeranteil	Positiv	Ausländeranteil	Hoher Ausländeranteil	Immigration
Entwicklung der Asylsuchenden	Differenz des Anteils der Asylsuchenden an Gesamtbevölkerung	2018/2007	Steigender Asylsuchendenanteil	Positiv	Geflüchtete	Steigender Asylsuchendenanteil	_____
Durchschnittlicher Asylsuchendenanteil	Durchschnitt des Anteils der Asylsuchenden an Gesamtbevölkerung	2007 - 2018	Hoher Asylsuchendenanteil	Positiv	Geflüchtete	Hoher Asylsuchendenanteil	Immigration
Bevölkerungsentwicklung	Differenz der Bevölkerungszahl	2018/1998	Wachsende Bevölkerung	Negativ --> abnehmende Bevölkerung	Demographische Entwicklung	Negative Bevölkerungsentwicklung	Zukunftsperspektive
Altersentwicklung	Differenz des Durchschnittalters	2018/1998	Alternde Bevölkerung	Positiv	Demographische Entwicklung	Negative Bevölkerungsentwicklung	Zukunftsperspektive
Altersdurchschnitt	Durchschnitt aller Altersdurchschnitte	1998 - 2018	Ältere Region	Positiv	Durchschnittliches Alter	Hohes durchschnittliches Alter	Zukunftsperspektive
Entwicklung Erwerbstätige sekundärer Sektor	Differenz des Anteils der Erwerbstätigen im sekundären Sektor	2018/1998	Steigender Anteil Erwerbstätigen im sek. Sektor	Positiv	Wirtschaftsstruktur	Steigender Anteil von Erwerbstätigen im sek. Sektor	Zukunftsperspektive

Durchschnitt Erwerbstätige sekundärer Sektor	Durchschnitt des Anteils der Erwerbstätigen im sekundären Sektor	1998 - 2018	Hohe Anteil Erwerbstätigen im sek. Sektor	Positiv	Wirtschaftsstruktur	Hoher Anteil von Erwerbstätigen im sek. Sektor	Zukunftsperspektive
Anzahl Ärzt*innen im Jahr 2018	Anzahl der Ärzt*innen je 10.000 Einwohner*innen	2018	Hohe Anzahl Ärzte	Negativ --> geringe Anzahl Ärzte	Medizinische Versorgung	Schlechte medizinische Versorgung	Abgelegenheit
Anzahl Hausärzt*innen im Jahr 2018	Anzahl der Hausärzt*innen je 10.000 Einwohner*innen	2018	Hohe Anzahl Hausärzte	Negativ --> geringe Anzahl Hausärzte	Medizinische Versorgung	Schlechte medizinische Versorgung	Abgelegenheit
Anzahl Krankenhausbetten	Anzahl der Krankenhausbetten je 1.000 Einwohner*innen	2018	Hohe Anzahl KKH-Betten	Negativ --> geringe Anzahl KKH-Betten	Medizinische Versorgung	Schlechte medizinische Versorgung	Abgelegenheit
Einwohnerdichte im Jahr 2018	Einwohnerdichte der Region	2018	Höhere Dichte	Negativ --> geringere Dichte	Ländlichkeit	Hohe Ländlichkeit	Abgelegenheit
Anzahl der Einwohner*innen in der Nähe	Regionales Bevölkerungspotenzial	2018	Mehr Einwohner in der Nähe	Negativ --> weniger Einwohner	Ländlichkeit	Hohe Ländlichkeit	Abgelegenheit
Versorgung Hausarzt	Wohnungsnah Grundversorgung Hausarzt	2021	Schlechte Grundversorgung Hausarzt	Positiv	Grundversorgung	Schlecht Versorgungslage	Abgelegenheit
Versorgung Apotheke	Wohnungsnah Grundversorgung Apotheke	2021	Schlechte Grundversorgung Apotheke	Positiv	Grundversorgung	Schlecht Versorgungslage	Abgelegenheit

Versorgung Supermarkt	Wohnungsnah Grundversorgung Supermarkt	2021	Schlechte Grundversorgung Supermarkt	Positiv	Grundversorgung	Schlecht Versorgungslage	Abgelegeneheit
Versorgung Grundschule	Wohnungsnah Grundversorgung Grundschule	2021	Schlechte Grundversorgung Grundschule	Positiv	Grundversorgung	Schlecht Versorgungslage	Abgelegeneheit
Erreichbarkeit Autobahnen	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten zur Autobahn	2021	Längere Fahrtzeit	Positiv	Erreichbarkeit	Schlechte Erreichbarkeit von Mobilitätsstrukturen	Abgelegeneheit
Erreichbarkeit Flughäfen	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten zum Flughafen	2021	Längere Fahrtzeit	Positiv	Erreichbarkeit	Schlechte Erreichbarkeit von Mobilitätsstrukturen	Abgelegeneheit
Erreichbarkeit IC/EC/ICE - Bahnhöfe	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit in Minuten zum Bahnhof	2021	Längere Fahrtzeit	Positiv	Erreichbarkeit	Schlechte Erreichbarkeit von Mobilitätsstrukturen	Abgelegeneheit

Tabelle 12 - Hauptkomponenten der Wahlkreisfaktoren. Eigene Berechnung anhand INKAR

Hauptkomponente	Bestehend aus	Eigenvalue	EV weiterer Komponenten	Bemerkung
Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	Entwicklung Haushaltseinkommen, Entwicklung Steuereinnahmen, Entwicklung Arbeitslosenquote	1,4	0,87	
Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Durchschnittliches Haushaltseinkommen, durchschnittliche Steuereinnahmen, durchschnittliche Arbeitslosenquote	2,23	0,6	
Entwicklung Ausländer*innen	Entwicklung Ausländeranteil, Entwicklung Asylsuchende	1,06	0,94	Keine Korrelation zwischen den beiden Variablen. Daher getrennte Aufnahme in Modelle
Durchschnitt Ausländer*innen	Durchschnitt Ausländeranteil, Durchschnitt Asylsuchendenanteil	1,55	0,45	
Abgelegenheit	Medizinische Versorgung, Grundversorgung, Ländlichkeit, Erreichbarkeit	2,56	0,91	Komponente besteht aus Indices mehrerer Variablen --> wurde weitere Komponente
Zukunftsperspektive	Entwicklung Bevölkerungszahlen, Entwicklung Durchschnittsalter, durchschnittliches Durchschnittsalter, durchschnittlicher Anteil Erwerbstätige sekundärer Sektor	2,21	1,004	2. Komponente vor allem Anteil Erwerbstätige zweiter Sektor (EV 0,73) --> wurde weitere Komponente
Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	Hauptkomponenten Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	1,79	0,21	
Interaktionseffekte: Entwicklung wirtschaftliche Leistung mit Entwicklung Ausländeranteil (Variable)				

Interaktionseffekte: Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung mit Durchschnitt Ausländer*innen (Komponente)				
--	--	--	--	--

Tabelle 13 - Operationalisierung der individuellen Einstellungen und Merkmale anhand des ALLBUS 2018

Indikator	ALLBUS 2018-Variablen	Fragetext der Variablen	Index (Ja,wie?/Nein)	Bei Index: Cronbach's Alpha	Anmerkung	Kodiert
Abhängige Variable						
AfD-Wahlwahrscheinlichkeit	pv24	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen werden. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala.	Nein			1= Sehr Unwahrscheinlich; 10= Sehr Wahrscheinlich
Kontrollvariable						
Geschlecht	sex	Geschlecht Befragter/Befragte (Ohne Befragung)	Nein			0= Mann; 1= Frau
Ostdeutsche Jugend	dg03	Wo haben Sie während Ihrer Jugendzeit vorwiegend gelebt?	Nein		Jugend außerhalb Deutschlands wurde ausgeschlossen	0= Westdeutsche Jugend; 1=Ostdeutsche Jugend
Objektive Deprivation						
Einkommen	di08	Äquivalenzeinkommen OECD (monatlich) der/des Befragte(n) (abgeleitet aus dem monatlichen Nettoeinkommen des Haushalts und Informationen zum Alter der Haushaltsmitglieder)	Nein		Alle Befragten in fünf ungefähr gleichgroße Einkommensgruppen kodiert	1= Reichste 20%; 2= 60-80%; 3= 40-60%; 4=20-40%; 5=Ärmste 20%

Status des Berufs	isei08; isei08a	Sozioökonomischer Status des Berufs (ISCO-08) nach dem International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) nach Ganzeboom	Ja: 2 Variablen von Berufstätigen und ehemals Berufstätigen zusammengefügt	Nicht anwendbar	Sowohl aktueller als auch letzter Beruf wurden zusammengefügt	Gruppiert nach ISEI-Score: 1= 80-89.99; 2= 70-79.99 ; 3 =60-69.99; 4 =50-59.99 ; 5 =40-49.99 ; 6 =30-39.99 ; 7 = 20-29.99; 8 =10-19.99;
Bildungsgrad	educ	Als nächstes kommen jetzt Fragen zu Ihrer Ausbildung und Ihrem Beruf. Beginnen wir mit Ihrer Ausbildung: Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?“	Nein		Schüler und anderer Abschluss als Missing; Fachhochschulreife und Hochschulreife zusammengefügt	1=(Fach-)Hochschulreife; 2= Mittlere Reife; 3= Volks-, Hauptschule; 4= Ohne Abschluss
Erfahrung mit Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit	dw18, dw20, dw19c, dw23c	dw18: Waren Sie in den letzten 10 Jahren irgendwann einmal arbeitslos?; dw20: Waren Sie in den letzten 10 Jahren irgendwann einmal arbeitslos?; dw19c: Wie lange waren Sie insgesamt in den letzten 10 Jahren arbeitslos?; dw23: Wie lange waren Sie insgesamt in den letzten 10 Jahren	Ja: Berufstätige und Nichtberufstätige zusammengefügt	Nicht anwendbar	Zunächst keine Erfahrung mit Arbeitslosigkeit bei Berufstätigen und Nichtberufstätigen kodiert, dann die Dauer einer möglichen Erfahrung gruppiert eingepflegt	1= In vergangenen 10 Jahren nicht arbeitslos gewesen; 2= Unter drei Monaten; 3= Drei bis sechs Monate; 4= Mehr als sechs Monate
Subjektive Deprivation						
Gerechter Anteil	id01	Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren -- gerechten Anteil erhalten, - mehr als Ihren gerechten Anteil, - etwas weniger oder - sehr viel weniger ?	Nein			1= Mehr als gerecht, 2=Gerechter Anteil; 3= Etwas weniger; 4= Sehr viel weniger
Gesellschaftliche Zukunftsperspektive	lp03 ; lp04	Ich werde Ihnen nun einige Aussagen vorlesen. Sagen Sie mir bitte zu jeder einzelnen dieser Aussagen, ob Sie persönlich: - derselben Meinung sind oder - ob Sie anderer Meinung sind. lp03: Egal, was manche Leute sagen: Die Situation der einfachen Leute wird nicht besser, sondern schlechter; lp04: So wie die Zukunft aussieht, kann man es	Ja: Addiert	0,44	Die Zustimmungswerte der Fragen wurde addiert.	1=Positive Perspektive; 2=Neutrale Perspektive; 3=Negative Perspektive

		kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.				
Wirtschaftslage der BRD heute	ep01	Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?	Nein			1=Sehr gut; 2=Gut; 3= Teils teils; 4=Schlecht; 5=Sehr schlecht
Wirtschaftslage des Befragten heute	ep03	Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?	Nein			1=Sehr gut; 2=Gut; 3= Teils teils; 4=Schlecht; 5=Sehr schlecht
Wirtschaftslage der BRD zukünftig	ep04	Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland IN EINEM JAHR sein?	Nein			1= Wesentlich besser; 2= Etwas besser; 3=Gleichbleibend; 4=Etwas schlechter; 5= Wesentlich schlechter
Wirtschaftslage des Befragten zukünftig	eo06	Und wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage IN EINEM JAHR sein?	Nein			1= Wesentlich besser; 2= Etwas besser; 3=Gleichbleibend; 4=Etwas schlechter; 5= Wesentlich schlechter
Subjektive Schichteinstufung	id02	Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?	Nein			1= Oberschicht; 2=Obere Mittelschicht; 3=Mittelschicht; 4=Arbeiter-schicht; 5=Unter-schicht
Arbeitslosigkeit Freunde/ Verwandte	id05	Wie viele Ihrer Familienmitglieder, Verwandten oder Freunde sind derzeit arbeitslos?	Nein			1= Überhaupt Niemand; 2=Sehr weniger; 3=Eher weniger; 4=Eher viele; 5=Sehr viele

Weltmarktöffnung nicht zum Wohle aller	pa18	Man kann zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen haben. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Die weitere Öffnung der Weltmärkte dient dem Wohl aller.	Nein			5= Stimme voll zu; 4= Stimme eher zu; 3=Weder noch; 2= Stimme eher zu; 1=Stimme gar nicht zu
Cultural Backlash						
Generationen	yborn	Sagen Sie mir bitte, in welchem Monat und in welchem Jahr Sie geboren sind?	Nein		Kodiert nach Norris/ Inglehart (2019, 36)	1= Interwar-Kohort (1900-1946); 2=Baby-Boomer (1946-1964); 3=Generation X (1965-1979); 4=Millenials (ab 1980)
Inglehart-Index	ingle	Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene: - Ihnen persönlich AM WICHTIGSTEN? - Und welches Ziel erschiene Ihnen am ZWEITWICHTIGSTEN? - Und welches Ziel käme an DRITTER Stelle? - Und welches Ziel käme an VIERTER Stelle? 1. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land. 2. Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung. 3. Kampf gegen die steigenden Preise. 4. Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung.	Nein			1=Postmaterialisten; 2=PM-Mischtyp; 3=M-Mischtyp; 4=Materialisten

Nativistische Einstellungen (Einwanderer zur Anpassung verpflichtet, BRD ist gefährlich überfremdet, Zuzug von Flüchtlingen unterbinden)	pa09; px06; pa19	Man kann zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen haben. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Bitte antworten Sie anhand der Liste: pa09: Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich den deutschen Sitten und Gebräuchen anzupassen.; px06: Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.; pa19: Der Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland sollte unterbunden werden.	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,76		1= Gar nicht Nativistisch; 5= Sehr nativistisch
Sozialliberale Einstellungen (Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz, Sexualität, Schwangerschaftsabbrüche)	pa13; pa11; pa12; pa08a	Man kann zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen haben. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Pa13: Frauen sollten bei gleicher Eignung bei Bewerbungen und Beförderungen bevorzugt behandelt werden.; pa11: Zum Schutz der Umwelt sollten härtere Maßnahmen getroffen werden.; pa12: Gleichgeschlechtliche Ehen sollten gesetzlich verboten sein. pa08a: Frauen sollten selbst über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden können	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,24		1= Sehr Sozialliberal; 5= Sehr konservativ
Verbindung Nativismus und Wirtschaft						
Wirtschaftlicher Nativismus (Einwanderer gut für die Wirtschaft, Flüchtlinge Chance/ Risiko für Sozialstaat, Flüchtlinge Chance/ Risiko Wirtschaft)	pa17; mp16; mp19	Man kann zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen haben. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Pa17: Einwanderer sind gut für die deutsche Wirtschaft.; In den letzten Jahren sind viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Wenn Sie an die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren denken: Ergeben sich da Ihrer Meinung nach in	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,76		1= Gar nicht Nativistisch; 5= Sehr nativistisch

		den folgenden Bereichen wegen der Flüchtlinge mehr Chancen, mehr Risiken oder weder noch? m16: In Bezug auf den Sozialstaat. ; mp19: In Bezug auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland				
Politische Entfremdung						
Zufriedenheit Leistung Bundesregierung	ps01	Wie zufrieden sind Sie - insgesamt betrachtet - mit den gegenwärtigen Leistungen der BUNDESREGIERUNG?	Nein			1= Sehr zufrieden; 6=Sehr Unzufrieden
Zufriedenheit Demokratie in BRD	ps03	Kommen wir nun zu der DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?	Nein			1= Sehr zufrieden; 6=Sehr Unzufrieden
Bewertung Demokratie als Idee	pd12	Bei der folgenden Frage geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die IDEE DER DEMOKRATIE. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die IDEE DER DEMOKRATIE sind.	Nein			1= Sehr dafür; 6= Sehr dagegen
Vertrauen in Politik (Bundestag, Bundesregierung; politische Parteien)	pt03; pt12; pt15	Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. Pt03: Bundestag; pt12: der Bundesregierung; pt15: den politischen Parteien	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,84		1= Großes Vertrauen; 7=Gar kein Vertrauen

Vertrauen in staatliche Gerichtsbarkeit und Polizei (BVerfG, Justiz, Polizei)	pt02; pt08; pt14	Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.pt02: dem Bundesverfassungsgericht; pt08: der Justiz; pt14: der Polizei	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,75		1= Großes Vertrauen; 7=Gar kein Vertrauen
Externe political Efficacy	pe01; pe05	Auf dieser Liste stehen einige Meinungen, die man gelegentlich hört.Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr -> voll und ganz zustimmen, > eher zustimmen, > eher nicht zustimmen oder > überhaupt nicht zustimmen.pe01: Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken; pe05 Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,61		1= Hohe externe political Efficacy; 4= Niedrige externe political Efficacy
Interne political Efficacy	pe02; pe04; pe06	Auf dieser Liste stehen einige Meinungen, die man gelegentlich hört. Sagen Sie mir bitte zu jeder Meinung, ob Sie ihr -> voll und ganz zustimmen, > eher zustimmen, > eher nicht zustimmen oder > überhaupt nicht zustimmen. Pe02: Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.; pe04: Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.; pe06: Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.	Ja: Durchschnitt aller Variablen	0,71		1= Niedrige interne political Efficacy; 4 = Hohe interne political Efficacy

Populismus-Skala	pa29; pa30; pa31; pa32; pa33; pa34; pa35	<p>Ich werde Ihnen nun einige Aussagen zur Politik in Deutschland vorlesen.</p> <p>Sagen Sie mir bitte anhand der Liste jeweils, inwieweit Sie dieser Aussage zustimmen oder diese ablehnen. Pa29: Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.; pa30: Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.; pa31: Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.; pa32: Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien; pa33: Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.; pa34: Das Volk ist sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.; pa35: Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen.</p>	Ja, Durchschnitt aller Variablen	0,8	Populismus-Skala nach Akkerman et al (2014)	1= Niedriger Populismus; 5= Hoher Populismus
------------------	--	---	----------------------------------	-----	---	--

Tabelle 14 - Hauptkomponenten der individuellen Merkmale. Eigene Berechnung anhand ALLBUS 2018.

Indikator	Bestehend aus	Eigen- va- lue	EV weite- rer Kom- ponenten	Bemerkung
Sozioökonomischer Status	Einkommen, Berufsstatus, Bildungsgrad, Erfahrung mit Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit	2,04	0,96	
Subjektive Deprivation	Gerechter Anteil, Gesellschaftliche Zukunftsperspektive, Wirtschaftslage der BRD heute und zukünftig, Wirtschaftslage des Befragten heute und zukünftig, Subjektive Schicht-einstufung, Arbeitslosigkeit Freunde/ Verwandte, Weltmarkt-öffnung nicht zum Wohle aller	2,55	1,29 & 1,03	Zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Befragter (Eigenvektor 0,62) und BRD (Eigenvektor 0,54) sowie Weltmarktöffnung nicht zum Wohl aller (Eigenvektor 0,82) sind stark auf den anderen beiden Komponenten aufgeladen
Nativistische Einstellungen	Zuzug von Flüchtlingen unterbinden, Einwanderer zur Anpassung verpflichten, BRD ist überfremdet	2,04	0,58	
Wirtschaftlicher Nativismus	Einwanderer sind gut für die Wirtschaft, Flüchtlinge sind Chance/ Risiko für Wirtschaft, Flüchtlinge sind Chance/ Risiko für Sozialstaat	2,04	0,55	
Sozialliberale Einstellungen	Frauen bei gleicher Eignung bevorzugen, Härtere Strafen für Umweltschutz, Gleichgeschlechtliche Ehe verbieten, Schwangerschaftsabbrüche freistellen	1,28	1,06 & 0,89	Frauen bevorzugen stark auf zweiter Komponente (Eigenvektor 0,85), Schwangerschaftsabbruch (Eigenvektor 0,67) und Umweltschutz (Eigenvektor -0,61) auf dritter Komponente
Politische Unterstützung	Zufriedenheit mit Leistung Bundesregierung, Zufriedenheit mit Demokratie in BRD, Bewertung Demokratie als Idee, Vertrauen in Politik, Vertrauen in Gerichtsbarkeit und Polizei	2,66	0,95	
Interne Political Efficacy	Weiss wenig über Politik, Politik ist zu komplex für mich, Kann in einer Polit. Gruppe aktiv werden	1,90	0,67	
Externe Political Efficacy	Politiker vertreten Interessen der Bevölkerung, Politiker vertreten nicht meine Gedanken	1,44	0,56	

Populismus	Die Abgeordneten sind nur dem Volk verpflichtet; die Politiker*innen reden zu viel und handeln zu wenig; einfache Bürger*innen sind besser Volksvertreter*innen; der politische Kompromiss ist ein Verrat von Prinzipien; das Volk sollte politische Entscheidungen treffen; das Volk ist einig was politisch passieren muss; Politiker*innen vertreten nur die Reichen	3,22	0,85	
Interaktion: Subjektive Deprivation mit Nativistischen Einstellungen mit Wirtschaft				
Interaktion: Subjektive Deprivation mit politischer Unterstützung				
Interaktion: Subjektive Deprivation mit externer political Efficacy				
Interaktion: Subjektive Deprivation mit populistischen Einstellungen				

Tabelle 15 - Korrelationen der Indexe und Variablen auf Wahlkreisebene. Eigene Berechnung anhand INKAR. Signifikanzniveau in Klammern. Korrelation > 0,7 helles grau; > 0,8 dunkles grau

Indexe/ Variablen	Demographische Entwicklung	Durchschnitts alter	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Entwicklung wirtschaftliche Leistung	Medizinische Versorgung	Grundversorgung	Durchschnitt Anteil Erwerbstätiger sek. Sektor	Entwicklung Anteil Erwerbstätiger sek. Sektor	Ländlichkeit	Erreichbarkeit	Durchschnitt Ausländeranteil	Entwicklung Ausländeranteil	Durchschnitt Asylsuchende	Entwicklung Asylsuchende
Demographische Entwicklung	1.00													
Durchschnittsalter	0.58 (0.00)	1.00												
Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	0.50 (0.00)	0.67 (0.00)	1.00											
Entwicklung wirtschaftliche Leistung	-0.11 (0.00)	-0.18 (0.00)	0.13 (0.00)	1.00										
Medizinische Versorgung	0.30 (0.00)	-0.08 (0.00)	-0.12 (0.00)	-0.05 (0.01)	1.00									
Grundversorgung	0.74 (0.00)	0.36 (0.00)	0.39 (0.00)	-0.24 (0.00)	0.35 (0.00)	1.00								
Durchschnitt Anteil Erwerbstätiger sek. Sektor	0.59 (0.00)	0.16 (0.00)	0.02 (0.24)	-0.19 (0.00)	0.51 (0.00)	0.47 (0.00)	1.00							
Entwicklung Anteil Erwerbstätiger sek. Sektor	0.35 (0.00)	0.18 (0.00)	0.06 (0.00)	-0.39 (0.00)	0.06 (0.00)	0.49 (0.00)	0.40 (0.00)	1.00						
Ländlichkeit	0.85 (0.00)	0.32 (0.00)	0.22 (0.00)	-0.21 (0.00)	0.29 (0.00)	0.73 (0.00)	0.59 (0.00)	0.50 (0.00)	1.00					
Erreichbarkeit	0.70 (0.00)	0.41 (0.00)	0.38 (0.00)	-0.24 (0.00)	0.29 (0.00)	0.80 (0.00)	0.54 (0.00)	0.52 (0.00)	0.69 (0.00)	1.00				
Durchschnitt Ausländeranteil	-0.79 (0.00)	-0.62 (0.00)	-0.69 (0.00)	0.24 (0.00)	-0.17 (0.00)	-0.75 (0.00)	-0.37 (0.00)	-0.42 (0.00)	-0.72 (0.00)	-0.69 (0.00)	1.00			

Entwicklung Ausländeranteil	-0.34 (0.00)	-0.21 (0.00)	-0.01 (0.40)	0.02 (0.25)	-0.07 (0.00)	-0.19 (0.00)	-0.17 (0.00)	0.01 (0.61)	-0.23 (0.00)	-0.21 (0.00)	0.13 (0.00)	1.00		
Durchschnitt Asylsuchende	-0.66 (0.00)	-0.40 (0.00)	-0.27 (0.00)	0.42 (0.00)	-0.37 (0.00)	-0.68 (0.00)	-0.62 (0.00)	-0.43 (0.00)	-0.65 (0.00)	-0.64 (0.00)	0.68 (0.00)	0.19 (0.00)	1.00	
Entwicklung Asylsuchende	-0.38 (0.00)	-0.18 (0.00)	0.03 (0.14)	0.50 (0.00)	-0.38 (0.00)	-0.51 (0.00)	-0.48 (0.00)	-0.37 (0.00)	-0.43 (0.00)	-0.48 (0.00)	0.35 (0.00)	0.20 (0.00)	0.78 (0.00)	1.00

Tabelle 16 - Korrelationen der Hauptkomponenten auf Wahlkreisebene. Eigene Berechnung anhand INKAR. Signifikanzniveau in Klammern. Korrelation > 0,7 helles grau; > 0,8 dunkles grau

Hauptkomponenten	Zukunftsperspektive	Abgelegenheit	Entwicklung wirtschaftlicher Leistung	Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	Durchschnitt Ausländer	Entwicklung Asylsuchende	Entwicklung Ausländeranteil
Zukunftsperspektive	1.00						
Abgelegenheit	0.84 (0.00)	1.00					
Entwicklung wirtschaftlicher Leistung	0.36 (0.00)	0.18 (0.00)	1.00				
Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	0.48 (0.00)	0.32 (0.00)	0.92 (0.00)	1.00			
Durchschnitt Ausländer	-0.83 (0.00)	-0.82 (0.00)	-0.36 (0.00)	-0.53 (0.00)	1.00		
Entwicklung Asylsuchende	-0.45 (0.00)	-0.54 (0.00)	0.15 (0.00)	0.03 (0.05)	0.60 (0.00)	1.00	
Entwicklung Ausländeranteil	-0.30 (0.00)	-0.23 (0.00)	-0.01 (0.74)	-0.01 (0.49)	0.17 (0.00)	0.20 (0.00)	1.00

Tabelle 17 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1. Abhängige Variable: Subjektive Deprivation. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegenheit und Zukunftsperspektive.

	(1) Standard	(2) Nur Abgelegen	(3) Nur Zukunftsperspektive	(4) Einzel: Abgelegen & Zukunftsperspektive
Geschlecht weiblich	0.3250*** (0.0623)	0.3258*** (0.0622)	0.3246*** (0.0623)	0.3258*** (0.0622)
Ostdeutsche Jugend	0.0577 (0.0900)	0.0485 (0.0952)	0.0735 (0.0859)	0.0487 (0.0949)
Objektive Deprivation	0.6301*** (0.0215)	0.6302*** (0.0215)	0.6289*** (0.0215)	0.6301*** (0.0215)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	0.1127* (0.0509)	0.1117* (0.0509)	0.1147* (0.0512)	0.1117* (0.0509)
WK: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung	-0.0521 (0.0476)	-0.0542 (0.0477)	-0.0552 (0.0480)	-0.0548 (0.0477)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	-0.0431 (0.0383)	—	—	—
WK: Abgelegenheit	—	-0.0414 (0.0333)	—	-0.0430 (0.0405)
WK: Zukunftsperspektive: Erwerbsstruktur und Demographie	—	—	-0.0168 (0.0296)	0.0033 (0.0367)
WK: Durchschnitt Ausländer & Asyl	-0.0608 (0.0556)	-0.0653 (0.0538)	-0.0338 (0.0528)	-0.0634 (0.0558)
WK: Entwicklung Asylsuchende	0.0736 (0.0530)	0.0719 (0.0524)	0.0701 (0.0535)	0.0713 (0.0531)
WK: Entwicklung Ausländeranteil	-0.0045 (0.0242)	-0.0016 (0.0238)	-0.0030 (0.0256)	-0.0010 (0.0261)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Migrationsanteil	-0.0256* (0.0121)	-0.0259* (0.0121)	-0.0245* (0.0120)	-0.0259* (0.0120)
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0053 (0.0152)	0.0046 (0.0153)	0.0084 (0.0153)	0.0048 (0.0152)
Constant	-0.1910*** (0.0444)	-0.1899*** (0.0443)	-0.1924*** (0.0445)	-0.1898*** (0.0443)
var(_cons)	0.0041 (0.0126)	0.0036 (0.0123)	0.0054* (0.0126)	0.0036 (0.0123)
var(Residual)	1.6826*** (0.0620)	1.6826*** (0.0619)	1.6819*** (0.0620)	1.6825*** (0.0619)

<i>AIC</i>	7529.6177	7529.0268	7530.4627	7531.0178
<i>BIC</i>	7609.8217	7609.2308	7610.6667	7616.9506
Beobachtungen	2273	2273	2273	2273

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 18 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 1. Abhängige Variable: Subjektive Deprivation. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten zur wirtschaftlichen Leistung.

	(1) Standard	(2) Nur Entwick- lung	(3) Nur Durch- schnitt	(4) Komponente: Entwicklung & Durch- schnitt
Geschlecht weiblich	0.3250*** (0.0623)	0.3293*** (0.0622)	0.3266*** (0.0623)	0.3282*** (0.0622)
Ostdeutsche Jugend	0.0577 (0.0900)	0.1194 (0.0841)	0.0651 (0.0898)	0.0898 (0.0873)
Objektive Deprivation	0.6301*** (0.0215)	0.6302*** (0.0216)	0.6293*** (0.0214)	0.6295*** (0.0215)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	0.1127* (0.0509)	—	0.0705** (0.0248)	—
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	-0.0521 (0.0476)	0.0541* (0.0241)	—	—
WK: Robust aus: Wirt- schaftliche Leistung	—	—	—	0.0628** (0.0240)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	-0.0431 (0.0383)	-0.0459 (0.0383)	-0.0468 (0.0380)	-0.0474 (0.0382)
WK: Durchschnitt Auslän- der & Asyl	-0.0608 (0.0556)	-0.0969 (0.0527)	-0.0721 (0.0530)	-0.0854 (0.0526)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	0.0736 (0.0530)	0.0948 (0.0505)	0.0744 (0.0528)	0.0831 (0.0516)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	-0.0045 (0.0242)	-0.0035 (0.0248)	-0.0034 (0.0243)	-0.0032 (0.0246)
WK-Inter: Durchschnitt Wirtschaftliche Leistung und Migrationsanteil	-0.0256* (0.0121)	-0.0232 (0.0124)	-0.0252* (0.0122)	-0.0242* (0.0123)
WK-Inter: Entwicklung Wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0053 (0.0152)	0.0028 (0.0156)	0.0008 (0.0147)	0.0004 (0.0154)

Constant	-0.1910*** (0.0444)	-0.2017*** (0.0438)	-0.1922*** (0.0443)	-0.1965*** (0.0441)
var(_cons)	0.0041 (0.0126)	0.0056* (0.0137)	0.0044 (0.0129)	0.0050* (0.0133)
var(Residual)	1.6826*** (0.0620)	1.6842*** (0.0622)	1.6828*** (0.0621)	1.6834*** (0.0622)
AIC	7529.6177	7531.7052	7528.3737	7529.9708
BIC	7609.8217	7606.1803	7602.8489	7604.4459
Beobachtungen	2273	2273	2273	2273

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 19 Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 2. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegenheit und Zukunftsperspektive

	(1) Standard	(2) Nur Abgele- gen	(3) Nur Zukunfts- perspektive	(4) Einzel: Ab- gelegen & Zu- kunftsperspek- tive
Geschlecht weiblich	-0.7156*** (0.0883)	-0.7167*** (0.0883)	-0.7146*** (0.0883)	-0.7153*** (0.0883)
Ostdeutsche Jugend	0.6086*** (0.1471)	0.6183*** (0.1477)	0.5983*** (0.1481)	0.6055*** (0.1485)
Subjektive Deprivation	0.4123*** (0.0454)	0.4127*** (0.0453)	0.4115*** (0.0455)	0.4121*** (0.0455)
Objektive Deprivation	-0.0233 (0.0366)	-0.0218 (0.0366)	-0.0210 (0.0369)	-0.0230 (0.0366)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	-0.1627 (0.0921)	-0.1500 (0.0935)	-0.1551 (0.0905)	-0.1626 (0.0920)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	0.1663 (0.1013)	0.1659 (0.1035)	0.1483 (0.0993)	0.1629 (0.1035)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	0.1218*** (0.0342)	—	—	—
WK: Abgelegenheit	—	0.0950** (0.0301)	—	0.0388 (0.0627)
WK: Zukunftsperspektive	—	—	0.1050*** (0.0303)	0.0718 (0.0637)
Constant			2.3763*** (0.0840)	2.3774*** (0.0842)
var(subj_Depri)	0.0793*** (0.0244)	0.0793*** (0.0244)	0.0794*** (0.0244)	0.0794*** (0.0244)
var(_cons)	0.0352* (0.0126)	0.0382** (0.0137)	0.0352* (0.0129)	0.0348* (0.0133)

Constant	(0.0478)	(0.0481)	(0.0474)	(0.0477)
var(Residual)	4.9365***	4.9374***	4.9375***	4.9367***
Constant	(0.3154)	(0.3157)	(0.3148)	(0.3152)
AIC	9817.1911	9818.6178	9817.5960	9819.1122
BIC	9879.9935	9881.4202	9880.3984	9887.6239
Beobachtungen	2229	2229	2229	2229

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 20 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zu Hypothese 2. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten zur wirtschaftlichen Leistung.

	(1) Standard	(2) Nur Entwick- lung	(3) Nur Durch- schnitt	(4) Komponente: Entwicklung & Durch- schnitt
Geschlecht weiblich	-0.7156*** (0.0883)	-0.7186*** (0.0885)	-0.7172*** (0.0884)	-0.7180*** (0.0884)
Ostdeutsche Jugend	0.6086*** (0.1471)	0.5135*** (0.1343)	0.5684*** (0.1421)	0.5372*** (0.1383)
Subjektive Deprivation	0.4123*** (0.0454)	0.4090*** (0.0454)	0.4113*** (0.0454)	0.4100*** (0.0454)
Objektive Deprivation	-0.0233 (0.0366)	-0.0227 (0.0370)	-0.0217 (0.0371)	-0.0221 (0.0371)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	-0.1627 (0.0921)	—	-0.0270 (0.0372)	—
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	0.1663 (0.1013)	0.0030 (0.0419)	—	—
WK:: Wirtschaftliche Leistung	—	—	—	-0.0119 (0.0385)
WK: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	0.1218*** (0.0342)	0.0966** (0.0334)	0.1034** (0.0331)	0.0988** (0.0332)
Constant	2.3771*** (0.0844)	2.3981*** (0.0841)	2.3840*** (0.0836)	2.3919*** (0.0838)
var(subj_Depri)	0.0793*** (0.0244)	0.0789*** (0.0244)	0.0785*** (0.0244)	0.0787*** (0.0244)
var(_cons)	0.0352* (0.0478)	0.0386* (0.0491)	0.0397** (0.0492)	0.0394** (0.0493)
var(Residual)	4.9365*** (0.3154)	4.9413*** (0.3153)	4.9399*** (0.3154)	4.9408*** (0.3153)
AIC	9817.1911	9818.2463	9817.7893	9818.1652
BIC	9879.9935	9875.3394	9874.8824	9875.2583
Beobachtungen	2229	2229	2229	2229

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 21 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zum Gesamtmodell. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten Abgelegenheit und Zukunftsperspektive.

	(1) Standard	(2) Nur Abgelegen	(3) Nur Zukunftsperspektive	(4) Einzel: Abgelegen & Zukunftsperspektive
Geschlecht weiblich	-0.4184*** (0.0881)	-0.4124*** (0.0881)	-0.4170*** (0.0881)	-0.4180*** (0.0880)
Ostdeutsche Jugend	0.3422* (0.1565)	0.3424* (0.1610)	0.3165* (0.1504)	0.3540* (0.1598)
Objektive Deprivation	-0.1061** (0.0372)	-0.1081** (0.0374)	-0.1043** (0.0374)	-0.1071** (0.0371)
Subjektive Deprivation	-0.0061 (0.0408)	-0.0033 (0.0416)	-0.0068 (0.0408)	-0.0061 (0.0408)
Nativismus	0.5187*** (0.0514)	0.5103*** (0.0513)	0.5207*** (0.0513)	0.5179*** (0.0515)
Wirtschaftlicher Nativismus	0.1748*** (0.0427)	0.1669*** (0.0418)	0.1739*** (0.0425)	0.1751*** (0.0429)
Sozialkonservative Einstellungen	0.1485** (0.0452)	0.1464** (0.0451)	0.1495*** (0.0453)	0.1507*** (0.0453)
Politische Unterstützung	0.3695*** (0.0456)	0.3695*** (0.0458)	0.3687*** (0.0458)	0.3693*** (0.0457)
Populismus nach Akkerman	-0.0156 (0.0456)	-0.0059 (0.0454)	-0.0164 (0.0457)	-0.0142 (0.0458)
Hohe interne Political Efficacy	0.1235** (0.0399)	0.1176** (0.0403)	0.1226** (0.0397)	0.1246** (0.0400)
Geringe externe Political Efficacy	0.0195 (0.0520)	0.0261 (0.0524)	0.0199 (0.0517)	0.0209 (0.0518)
Inter: Subj. Deprivation/ Nativismus mit Wirtschaft	0.0590* (0.0266)	0.0593* (0.0266)	0.0588* (0.0266)	0.0591* (0.0266)
Inter: Subj. Deprivation/ Politische Unterstützung	0.0781** (0.0268)	0.0903*** (0.0272)	0.0788** (0.0267)	0.0777** (0.0268)
Inter: Subj. Deprivation/ Populismus	-0.0292 (0.0278)	-0.0177 (0.0264)	-0.0299 (0.0278)	-0.0288 (0.0278)

Inter: Subj. Deprivation/ externe pol. Efficacy	0.0178 (0.0372)	0.0304 (0.0394)	0.0178 (0.0372)	0.0174 (0.0372)
WK: Komponenten: Abge- legenheit und Zukunftspers- pektive	0.0677 (0.0561)	—	—	—
WK: Abgelegenheit	—	0.0602 (0.0449)	—	0.0619 (0.0524)
WK: Zukunftsperspektive: Erwerbsstruktur und De- mographie	—	—	0.0283 (0.0437)	0.0003 (0.0512)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	-0.0351 (0.0797)	-0.0299 (0.0800)	-0.0307 (0.0803)	-0.0326 (0.0811)
WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	0.0504 (0.0772)	0.0510 (0.0783)	0.0482 (0.0767)	0.0528 (0.0768)
WK: Durchschnitt Auslän- der und Asylsuchende	0.1758 (0.0921)	0.1711 (0.0876)	0.1354 (0.0830)	0.1801 (0.0924)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	-0.0279 (0.0713)	-0.0155 (0.0682)	-0.0228 (0.0705)	-0.0245 (0.0707)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	-0.1409*** (0.0420)	-0.1423*** (0.0407)	-0.1423** (0.0434)	-0.1452*** (0.0433)
PCA: WK: Interaktion Durchschnitt Wirtschaftli- che Leistung und Migrati- onsanteil	0.0040 (0.0197)	0.0028 (0.0198)	0.0021 (0.0195)	0.0042 (0.0196)
Constant	2.1483*** (0.0709)	2.1549*** (0.0716)	2.1525*** (0.0706)	2.1452*** (0.0712)
var(subj_Depri) Constant	0.0326 (0.1056)	0.0345*** (0.0195)	0.0330*** (0.0322)	0.0324*** (0.0234)
var(_cons) Constant	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)
var(Residual) Constant	3.7948*** (0.5942)	3.8023*** (0.6720)	3.7955*** (0.7927)	3.7944*** (0.2865)
AIC	8044.1054	8047.5479	8044.7995	8045.7176
BIC	8194.3398	8192.2181	8195.0339	8201.5163
Beobachtungen	1928	1928	1928	1928

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.

Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 22 - Mixed-Effects-Regression mit Hauptkomponenten zum Gesamtmodell. Abhängige Variable: AfD-Wahlwahrscheinlichkeit. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR. Robustness-Tabelle der Komponenten der wirtschaftlichen Leistung.

	(1) Standard	(2) Nur Entwick- lung	(3) Nur Durch- schnitt	(4) Komponente: Entwicklung & Durch- schnitt
Geschlecht weiblich	-0.4184*** (0.0881)	-0.4180*** (0.0882)	-0.4181*** (0.0881)	-0.4180*** (0.0881)
Ostdeutsche Jugend	0.3422* (0.1565)	0.3706* (0.1511)	0.3478* (0.1565)	0.3594* (0.1541)
Subjektive Deprivation	-0.1061** (0.0372)	-0.1059** (0.0372)	-0.1063** (0.0371)	-0.1062** (0.0371)
Objektive Deprivation	-0.0061 (0.0408)	-0.0052 (0.0409)	-0.0059 (0.0408)	-0.0056 (0.0408)
Nativismus	0.5187*** (0.0514)	0.5180*** (0.0513)	0.5182*** (0.0514)	0.5180*** (0.0513)
Wirtschaftlicher Nativis- mus	0.1748*** (0.0427)	0.1747*** (0.0428)	0.1746*** (0.0427)	0.1746*** (0.0428)
Sozialkonservative Ein- stellungen	0.1485** (0.0452)	0.1473** (0.0452)	0.1478** (0.0451)	0.1475** (0.0452)
Politische Unterstützung	0.3695*** (0.0456)	0.3694*** (0.0457)	0.3694*** (0.0457)	0.3694*** (0.0457)
Populismus nach Akker- man	-0.0156 (0.0456)	-0.0156 (0.0456)	-0.0156 (0.0455)	-0.0156 (0.0455)
Hohe interne Political Efficacy	0.1235** (0.0399)	0.1229** (0.0398)	0.1231** (0.0398)	0.1229** (0.0398)
Geringe externe Political Efficacy	0.0195 (0.0520)	0.0197 (0.0521)	0.0198 (0.0522)	0.0198 (0.0521)
Inter: Subj. Deprivation/ Nativismus mit Wirtschaft	0.0590* (0.0266)	0.0589* (0.0266)	0.0589* (0.0266)	0.0589* (0.0266)
Inter: Subj. Deprivation/ Politische Unterstützung	0.0781** (0.0268)	0.0775** (0.0268)	0.0779** (0.0268)	0.0777** (0.0268)
Inter: Subj. Deprivation/ Populismus	-0.0292 (0.0278)	-0.0285 (0.0276)	-0.0288 (0.0276)	-0.0286 (0.0276)
Inter: Subj. Deprivation/ externe pol. Efficacy	0.0178 (0.0372)	0.0177 (0.0372)	0.0175 (0.0370)	0.0176 (0.0371)
WK: Entwicklung Wirt- schaftliche Leistung	-0.0351 (0.0797)	0.0119 (0.0386)	—	—

WK: Durchschnittliche Wirtschaftliche Leistung	0.0504 (0.0772)	—	0.0217 (0.0377)	—
WK: Robust aus: Wirt- schaftliche Leistung	—	—	—	0.0168 (0.0374)
WK: Komponenten: Abge- legenheit und Zukunftspers- pektive	0.0677 (0.0561)	0.0668 (0.0559)	0.0652 (0.0552)	0.0657 (0.0555)
WK: Durchschnitt Auslän- der und Asylsuchende	0.1758 (0.0921)	0.1601 (0.0864)	0.1680 (0.0889)	0.1634 (0.0874)
WK: Entwicklung Asylsu- chende	-0.0279 (0.0713)	-0.0187 (0.0695)	-0.0272 (0.0715)	-0.0230 (0.0707)
WK: Entwicklung Auslän- deranteil	-0.1409*** (0.0420)	-0.1402*** (0.0420)	-0.1398*** (0.0422)	-0.1398*** (0.0421)
PCA: WK: Interaktion Durchschnitt Wirtschaftli- che Leistung und Migrati- onsanteil	0.0040 (0.0197)	0.0050 (0.0192)	0.0041 (0.0196)	0.0046 (0.0194)
PCA: WK: Interaktion Entwicklung Wirtschaftli- che Leistung und Auslän- deranteil	-0.0689* (0.0276)	-0.0700* (0.0273)	-0.0719** (0.0261)	-0.0713** (0.0269)
Constant	2.1483*** (0.0709)	2.1440*** (0.0709)	2.1478*** (0.0710)	2.1459*** (0.0710)
var(subj_Depri)	0.0326 (0.1056)	0.0328*** (0.0245)	0.0326 (0.0726)	0.0327 (0.2633)
var(_cons)	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)	0.0000 (0.0000)
var(Residual)	3.7948*** (0.5942)	3.7951*** (0.2977)	3.7951** (1.8184)	3.7951 (8.2185)
AIC	8044.1054	8042.4003	8042.2310	8042.3268
BIC	8194.3398	8187.0705	8186.9012	8186.9970
Beobachtungen	1928	1928	1928	1928

Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$

Tabelle 23 - Ergebnisse Pfadmodell. Eigene Berechnung anhand des ALLBUS 2018 und INKAR.

(1)	
GSEM Results	
<hr/>	
AV: Subjektive Deprivation	
WK: Durchschnittliche wirtschaftliche Leistung	0.144* (2.51)
WK: Entwicklung wirtschaftliche Leistung	-0.0670 (-1.05)
WK: Komponenten: Abgelegenheit und Zukunftsperspektive	-0.0287 (-1.37)
Objektive Deprivation	0.629*** (28.97)
WK: Interaktion Durchschnitt wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	-0.0398 (-1.75)
WK: Interaktion Entwicklung wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0417 (0.82)
Ostdeutsche Jugend	0.0481 (0.49)
Geschlecht weiblich	0.325*** (5.66)
Constant	-0.196*** (-4.32)
<hr/>	
AV: Wirtschaftlicher Nationalismus	
Subjektive Deprivation	0.353*** (11.16)
WK: Durchschnitt Ausländer und Asylsuchende	-0.145*** (-4.70)
WK: Interaktion Durchschnitt wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	-0.0417 (-1.83)
WK: Interaktion Entwicklung wirtschaftliche Leistung und Ausländeranteil	0.0921* (2.12)
WK: Entwicklung Ausländeranteil	0.0588* (2.10)

WK: Entwicklung Asylsuchende	0.0373 (0.87)
Constant	0.00298 (0.09)
<hr/> <hr/>	
<i>AV: Nativismus</i>	
WK: Durchschnitt Ausländer und Asylsuchende	-0.186*** (-8.20)
WK: Entwicklung Ausländeranteil	0.0728** (3.17)
WK: Entwicklung Asylsuchende	0.0331 (0.97)
<hr/>	
<i>Wertevorstellung</i>	
<i>Referenz: Postmaterialismus</i>	
PM-Mischtyp	0.448*** (6.33)
M- Mischtyp	0.781*** (12.18)
Materialismus	1.183*** (12.47)
<hr/>	
<i>Generation Referenz: Interwar-Kohorte (1900-1945)</i>	
Baby-Boomer (1946-1964)	-0.297*** (-4.37)
Generation X (1965-1979)	-0.443*** (-5.83)
Millennials (ab 1980)	-0.632*** (-8.44)
<hr/>	
Constant	-0.167* (-2.26)
<hr/> <hr/>	
<i>AV: Politische Unterstützung</i>	
Subjektive Deprivation	0.555*** (18.34)
Constant	-0.00693 (-0.23)
<hr/> <hr/>	
<i>AV: Populistische</i>	

Einstellungen	
Subjektive Deprivation	0.606*** (20.34)
Constant	-0.0681* (-2.03)
AV: AfD- Wahlwahrscheinlichkeit	
Subjektive Deprivation	-0.0200 (-0.37)
Wirtschaftlicher Nativismus	0.172*** (3.51)
Nativismus	0.501*** (8.80)
Politische Unterstützung	0.423*** (9.52)
Populismus nach Akkerman	-0.0347 (-0.80)
Externe Political Efficacy	0.0274 (0.27)
Sozialkonservative Einstellungen	0.159 (1.28)
Interne Political Efficacy	0.197*** (3.63)
Constant	2.194*** (40.41)
AV: Externe Political Efficacy	
Subjektive Deprivation	0.338*** (4.49)
Constant	0.0161 (0.67)
AV: Sozialkonservative Einstellungen	
<i>Wertevorstellung</i>	
<i>Referenz: Postmaterialismus</i>	
PM-Mischtyp	0.197*** (3.70)
M- Mischtyp	0.409*** (7.96)
Materialismus	0.638*** (7.12)

<i>Generation Referenz: Interwar-Kohorte (1900-1945)</i>	
Baby-Boomer (1946-1964)	-0.286*** (-4.24)
Generation X (1965-1979)	-0.276*** (-3.85)
Millennials (ab 1980)	-0.342*** (-4.96)
<hr/>	
Constant	0.00269 (0.04)
<hr/>	
var(e.subjektive Deprivation)	1.687*** (28.32)
var(e.wirtschaftlicher Nativismus)	1.662*** (25.62)
var(e.Nativismus)	1.752*** (45.52)
var(e.politische Unterstützung)	1.775*** (11.78)
var(e.populistische Einstellungen)	2.261*** (10.73)
var(e.AfD- Wahrscheinlichkeit)	4.091*** (21.57)
var(e.Externe pol. Efficacy)	1.066*** (29.29)
var(e.Sozialkonservative Einstellungen)	1.266*** (27.93)
<i>AIC</i>	65388.6
<i>BIC</i>	65732.3
Beobachtungen	3422

*Anmerkungen: In der Tabelle sind logistische Regressionskoeffizienten mit der T-Statistik in Klammern angegeben. Grundsätzlich sind alle Variablen so kodiert, dass hohe Werte den theoretischen Erwartungen entsprechen. Demnach sind oftmals hohe Werte eine negative Veränderung.
Signifikanzniveaus: * $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.001$*

Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel und Quellen angefertigt habe. Die eingereichte Arbeit ist nicht anderweitig als Prüfungsleistung verwendet worden oder in deutscher oder einer anderen Sprache als Veröffentlichung erschienen.

Seitens des Verfassers bestehen keine Einwände, die vorliegende Masterarbeit für die öffentliche Benutzung zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum

Unterschrift